DER HAUPTSTADTBRIEF

130. Ausgabe | 2015 INFORMATIONS- UND HINTERGRUND-DIENST AUS BERLIN 17. Jahr | 5 Euro

Die unendliche Geschichte geht weiter

Die Politik hat die Eurorettung in Endlosschleife erfunden:
Immer, wenn sie vermeintlich erreicht ist, wird sie erneut vertagt,
und das Schauspiel geht von vorne los. Aufregung in Permanenz.

Kai Konrad: Griechenlandrettung – Deadline auf Rädern

Philipp Bagus: In Sachen Griechenland verlieren Retter und Gerettete

Roland Tichy: Bargeld – eine Bastion der Freiheit

Jens Weidmann: Bargeld ist zu Recht beliebtes Zahlungsmittel

Stefan Aust: Berlin, trotz alle deine Fehler lieb ick dir

ISSN 2197-2761

Die orthopädische Bandage GenuTrain hilft bei Schmerzen im Knie, schützt vor Überlastung und gibt wieder ein sicheres Gefühl.
Smarte Features wie integrierte Anziehhilfen, eine weiche Kniekehle und einen Spezialschutz für die Kniescheibe machen sie einzigartig.

Wer steckt dahinter? Das Familienunternehmen Bauerfeind aus Thüringen, einer der führenden Hersteller von medizinischen Hilfsmitteln – Qualität „Made in Germany" von Fachhandel und Ärzten empfohlen.

STABILISIERT DAS KNIE

BAUERFEIND.COM

DER HAUPTSTADTBRIEF 130 – Inhalt

5 Editorial
Detlef Prinz: Ohne Bargeld fehlt mir was

6 Deadline auf Rädern
Kai Konrad: Griechenlands Drama findet kein Ende, solange die EZB über seine Fortsetzung entscheidet

8 Die Tragik Griechenlands – es verlieren beide, Retter und Gerettete
Philipp Bagus: In Griechenland sehen wir das Ergebnis einer Lose-lose-Strategie

15 Das Urteil des EuGH ist eine Provokation für Karlsruhe
Dietrich Murswiek: Der EU-Gerichtshof billigt das von Karlsruhe gerügte OMT-Programm der EZB

18 Bulgarien und der Balkan sind von der Peripherie Europas in seine Mitte gerückt
Rossen Plewneliew: Wir arbeiten an ehrgeizigen Reformen – nicht für Brüssel, sondern für uns selbst

22 Europa ist die große Idee vom guten Leben für 500 Millionen Bürger
Nicolas Sarkozy: Die EU braucht mehr Engagement und mehr Wertschätzung für unsere Freiheit

26 Die Europäische Armee braucht nur eines – den gemeinsamen politischen Willen
Werner Weidenfeld: Die Idee supranationaler Sicherheit – ein Symbol europäischer Werte

31 Bargeld ist eine Bastion der Freiheit – ohne Bares werden wir gläserne Bürger
Roland Tichy: Es gilt, das Bargeld gegen den Trend zum elektronischen Geld zu verteidigen

34 Bargeld ist beliebtes Zahlungsmittel und sollte es auch bleiben
Jens Weidmann: Die Diskussion um seine Existenzberechtigung geht am Problem vorbei

37 Die Zukunft ist digital und global – dafür müssen wir Deutschland fit machen
Angela Merkel: Es stehen entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft an

40 Industrie 4.0 braucht Innovation und Risikobereitschaft
Dieter Zetsche: Die Digitalisierung aller Lebensbereiche erfordert viel Mut zum Neuen

44 Guter Online-Journalismus ist sein Geld ebenso wert wie eine gute Zeitung
Mathias Döpfner: Die Medienbranche muss sich der Digitalisierung öffnen, ohne sich untreu zu werden

49 Europa und die Welt im Blick
Deutschlands Familienunternehmer suchen den Erfolg in den Nachbarländern und auf neuen Märkten

54 Die Werte der Wirtschaft
Brun-Hagen Hennerkes: Deutschlands Unternehmen schaffen Werte, die materiell wie ideell gut tun

58 Nein zu unsinniger Bürokratie, Nein zu falschen Handlungsanreizen
Rainer Kirchdörfer: Die Vorschläge zur Reform der Erbschaftsteuer werden von Mal zu Mal abwegiger

65 Was die Politik in Deutschland von den Dänen lernen kann
Manfred Güllner: Hohe Wahlbeteiligung lässt sich nicht durch politologische Mätzchen erreichen

67 Still ruhen die Gewichtungen
Die neuesten forsa-Umfragewerte

69 Energie effizient nutzen ist das A und O
Stephan Kohler: Die große Koalition ist dabei, ihre klimapolitischen Ziele aus den Augen zu verlieren

72 1945 ist noch lange nicht vorbei
Jens Orback: Kriegsenkel leiden unter Traumata, die von einer Generation auf die nächste übergehen

74 Die Ethik der Marktwirtschaft
Rainer Bieling: Eine Konferenz des Ludwig von Mises Instituts gegen zunehmenden Antikapitalismus

75 Berlin wird nie ein „Silicon Valley" sein
Antony Mueller: Spontane Ordnungen lassen sich nicht verpflanzen, schon gar nicht von Staats wegen

82 Die neue Berliner Volksdemokratie
Max Thomas Mehr: Die Demokratie läuft Gefahr, zum Unterschriften-Wunschkonzert zu verkommen

84 Impressum

86 An 2017 glauben heißt, zu viel erhoffen
Bernd Wonneberger: Die Eröffnung des BER 2017 ist eine trügerische Erlösungsverheißung

90 Berlin, trotz alle deine Fehler lieb ick dir
Stefan Aust: Wie es Otto Reutter im Couplet besang, so geht es einem auch mit der Metropole von 2015

92 Nur das Allgemeingültige hat Bestand
Irena Nalepa: Der Künstler Albert Merz ist angekommen in seiner Kunst – und in der Kirche

95 Gemeinsames Merkmal: Modernität
Peter Funken: Impressionismus und Expressionismus gemeinsam ausgestellt

WENN NIEMAND MEHR DIE ABHÖRPRAKTIKEN DER NSA AUFDECKT, SIND UNSERE DATEN DANN WIEDER PRIVAT?

DZI Spenden-Siegel

REPORTER OHNE GRENZEN E.V. - WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE
SPENDENKONTO IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80 - BIC: BEVODEBB

REPORTER OHNE GRENZEN
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT
[20 JAHRE]

DER HAUPTSTADTBRIEF 130 – Editorial

Ohne Bargeld fehlt mir was

Münzen und Scheine seien überholt und die Bundesregierung solle sich für die Abschaffung von Bargeld einsetzen, meint der Wirtschaftsweise Peter Bofinger. Wenn das Bargeld wegfalle, könnten die Märkte für Schwarzarbeit und Drogen ausgetrocknet werden.

Leider geht das auf Kosten der individuellen Freiheit des Einzelnen. Diese Idee, uns das Bargeld als Zahlungsmittel zu entziehen und uns in eine bargeldlose Gesellschaft zu manövrieren, führt zu einer uneingeschränkten Kontrolle von Geldinstituten, Unternehmen und Organisationen über das gesamte gesellschaftliche Leben.

Oder besser gesagt: Wir bestehen in der digitalisierten Welt nur noch aus Zahlungsvorgängen von kleinen und großen Transaktionen, sowohl geschäftlich als auch privat.

Nein! Gegen solche Überlegungen sollte rechtzeitig laut „Stopp!“ gerufen werden. Ich lasse mir meine 2-Euro-Münze, mit der ich den Verkäufer der Straßenzeitung „motz“ in der U-Bahn bezahle, nicht nehmen. Auch nicht den 5-Euro-Schein, den ich der netten Bedienung nach einem schönen Abend im Restaurant als „Trinkgeld“ in die Hand drücke. Und auch nicht den 50-Euro-Schein für das Patenkind zur Konfirmation. Nochmals: Nein!

Bargeld ist als Zahlungsmittel deshalb so beliebt, weil es eine individuelle Freiheit garantiert. Virtuelle „Cashpoints“ oder „Credits“ tun das leider nicht. Es gibt in vielen Bereichen des Lebens selbstverständlich auch viele positive Aspekte im bargeldlosen Zahlungsverkehr, aber eine grundsätzliche Abschaffung des Bargelds halte ich für den falschen Weg!

Unsere Autoren Roland Tichy und Jens Weidmann befassen sich in diesem Heft ausführlich mit diesem Thema. Und zum Thema „Griechenland-Rettung“ versuchen unsere Autoren Kai Konrad, Philipp Bagus und Dietrich Murswiek zum wiederholten Male, den immer komplizierter werdenden und schwer nachvollziehbaren Sachverhalt transparenter zu machen.

In unserer Rubrik „Zukunft Berlin“ beschreibt Stefan Aust für uns sein Berlin von heute und seine Vorstellung von morgen. Ich wünsche allen unseren Leserinnen und Lesern eine erholsame Sommerzeit.

Detlef Prinz

Verleger

DAVID AUSSERHOFER

Prof. Dr. Kai A. Konrad ist Direktor am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen in München und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen. Für den HAUPTSTADTBRIEF erklärt er, warum Europa der seit fünf Jahren gleichen Aufführung des Griechenland-Dramas zu Recht überdrüssig ist und welche Rolle die Europäische Zentralbank bei der künstlichen Verlängerung dieses Theaters spielt.

Deadline auf Rädern

Das Griechenland-Drama findet kein Ende, solange über seine Fortsetzung eine Institution entscheidet, die dafür kein Mandat hat | Von Kai Konrad

Die Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und ihren europäischen Partnern wurden mehrfach mit dem Autorennen im Kinodrama „... denn sie wissen nicht, was sie tun“ (Rebel Without a Cause) verglichen. In dem Film von 1955 mit James Dean rasen die Protagonisten auf einer Straße parallel mit Vollgas auf eine Klippe zu – ein sogenanntes Hasenfußrennen: Wer zuerst aus dem fahrenden Auto springt, ist ein Feigling und hat verloren. Wenn keiner der Erste sein will, stürzen beide in den Abgrund. Beide hoffen, dass der andere zuerst einlenkt – und das Gesicht verliert.

Lassen wir einmal dahingestellt, ob die Staatsinsolvenz in Griechenland – sei es mit oder ohne Austritt aus der Eurozone – einen Abgrund darstellt oder aber ein guter Ausgangspunkt für einen Neustart mit mehr politischer Selbstverantwortung wäre. Fest steht jedenfalls: Die Verhandlungen darüber folgen einem anderen Drehbuch als der Hollywood-Klassiker. Sobald die beiden Protagonisten von heute nämlich am vermeintlichen Ende der Straße angekommen sind, verändert sich wie von Geisterhand die Kulisse: Der Abgrund ist plötzlich einige hundert Meter in die Ferne gerückt, die „deadline“ ist nach hinten verschoben. Auf den ultimativen Krisengipfel folgt der nächste. Und der nächste. Auf diese Weise hat der Griechenland-Film schon längst Überlänge.

Der Regisseur, dessen Handschrift das trägt, ist die Europäische Zentralbank (EZB). Die EZB ist dafür verantwortlich, dass der Showdown zur Serie wird. Über die Erhöhung der Kreditlinien aus dem „Emergency Liquidity Assistance“-Programm (ELA) schafft sie der griechischen Zentralbank den erforderlichen Handlungsspielraum, der einen Zahlungsausfall verhindert. Die ELA-Kredite haben inzwischen dem Vernehmen nach einen Umfang von rund 85 Milliarden Euro erreicht. Sie ersetzen vor allem auch die weiter schwindenden Bankeinlagen griechischer Privatanleger, die ihr Geld abziehen und in Sicherheit bringen.

> *Die EZB wurde nicht konzipiert, zwischen den Mitgliedsstaaten Finanzmittel umzuverteilen – oder gar über die politische Gestaltung Europas zu entscheiden.*

ELA-Kredite sind eigentlich ein geldpolitisches Instrument. Sie sollen kurzfristige Liquiditätsengpässe überbrücken, zum Beispiel bei einer nationalen Bankenkrise. Niemand hat bei ihrer Erfindung daran gedacht, dass sie zu einem entscheidenden Mittel der Insolvenzverschleppung und Staatsschuldfinanzierung über die Notenbank werden könnten. Die EZB könnte das ELA-Programm jederzeit stoppen. Damit würde die wundersame Straßenverlängerung und Abgrundverschiebung unterbunden. Die Entscheidung über Griechenland liegt in der Hand einer Institution, die dafür kein Mandat hat.

PICTURE ALLIANCE / AP PHOTO / GEERT VANDER WINGAERT

Hat es mal wieder allen gezeigt: Alexis Tsipras, griechischer Ministerpräsident, beim Verlassen des EU-Sondergipfels am 22. Juni 2015 in Brüssel. Er weiß, dass in der Eurozone jede Deadline Räder hat, auf denen sie sich zum Sankt-Nimmerleins-Tag schieben lässt. Und dass er auf dem Weg dahin für Griechenland rausholen wird, was geht.

Die EZB wurde nicht konzipiert, verteilungspolitische Auseinandersetzungen unter den Mitgliedsstaaten der Eurozone zu schlichten, zwischen den Mitgliedsstaaten Finanzmittel umzuverteilen oder über die Durchsetzung von wirtschaftspolitischen Sanierungsprogrammen – oder gar über die politische Gestaltung der Zukunft Europas – mitzuentscheiden. Dass die EZB in ihre Schranken gewiesen wird, ist trotzdem unwahrscheinlich. Im Gegenteil: Am 16. Juni 2015 hat der Europäische Gerichtshof in seinem Outright-Monetary-Transactions-Urteil ihr die freie Hand für Maßnahmen eingeräumt, die in ihren Wirkungen weit über die engen geldpolitischen Zielkoordinaten hinausreichen.

Die Griechen möchten schon lange in einem anderen Film mitspielen. Sie leben in einem problembeladenen Land. Da wünscht man sich funktionierende Institutionen, gesicherte Eigentumsrechte, offenere Märkte mit weniger Korruption, ein ehrlicheres, effizienteres und gerechteres Steuersystem und ein Ende der Unsicherheit. Die anhaltenden Probleme lähmen wirtschaftliche Initiative wie eine Decke aus Blei, sie fördern Kapitalflucht und machen Griechenland für ausländische Investoren völlig unattraktiv. Die neue Regierung hingegen versucht weiterhin damit zu punkten, dem Ausland Finanzspritzen abzupressen und einen Prozess der strukturellen Erneuerung abzulehnen, weil er als ein Diktat durch die EU erscheint.

Aber auch die des Griechenland-Dramas müden Europäer wünschen sich, dass endlich ein anderer Film gespielt wird. Sie haben verstanden: Die staatlichen Kredite, die nach Griechenland geflossen sind, sind größtenteils verloren. Sie möchten wenigstens den weiteren Transferstrom stoppen. Viele sehen auch ein, dass es zwecklos ist, gute Institutionen, finanzpolitische Solidität und ein vorteilhaftes wirtschaftliches Umfeld einem Land von außen aufzwingen zu wollen.

Griechenland muss seine institutionelle Erneuerung selbst wollen. Dazu kann es nur kommen, wenn das Land für sein wirtschaftspolitisches Schicksal wieder selbst verantwortlich wird und die Bevölkerung die Politiker ihres Landes an ihren eigenen wirtschaftspolitischen Reformerfolgen misst – und nicht daran, wie wortgewaltig und vermeintlich witzig sie der EU die Stirn bieten. Das griechischen Drama in Endlosschleife ist niemandem zumutbar. ◆

Eine Liste der zahlreichen Buchveröffentlichungen und wissenschaftlichen Aufsätze unseres Autors Prof. Kai Konrad listet das Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen hier: tax.mpg.de/de/finanzwissenschaft/mitarbeiter/prof_dr_kai_a_konrad

LUDWIG VON MISES INSTITUTE

Prof. Dr. Philipp Bagus lehrt Volkswirtschaft an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid. Der Geld- und Konjunkturtheoretiker legte 2011 seine grundlegende Studie *Die Tragödie des Euro. Ein System zerstört sich selbst* vor. Für den HAUPTSTADTBRIEF vergleicht er die erfolgreiche Austeritätspolitik im Baltikum mit deren Scheitern in Griechenland.

Die Tragik Griechenlands – es verlieren beide, Retter und Gerettete

Der Weg aus der Krise führt über Sparsamkeit. Die baltischen Länder haben es vorgemacht. In Griechenland sehen wir das Ergebnis einer Lose-lose-Strategie | Von Philipp Bagus

Beim Thema der staatlichen Sparsamkeit – auch Austerität genannt – scheiden sich die Geister. Es lassen sich zwei gegensätzliche Positionen ausmachen. Auf der einen Seite steht die deutsche Bundesregierung. Sie hält Austerität für richtig und notwendig. Damit die südeuropäischen Staaten Austerität implementieren, ist die Bundesregierung bereit, ihre eigenen Steuerzahler und Sparer stark zu belasten, und setzt dabei sogar das Volksvermögen aufs Spiel (siehe HAUPTSTADTBRIEF 112 vom November 2012, Seiten 4-6). So erhalten die Südstaaten von Deutschland garantierte Kredite. Auch der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, die die europäischen Sparer schleichend enteignet, setzt die Bundesregierung wenig entgegen.

Die günstige Finanzierung der Defizite der Südstaaten soll die erwarteten negativen Effekte der Austerität abfedern. Im Gegenzug für diese politische Unterstützung verpflichten sich die Südstaaten zu Strukturreformen und Sparsamkeit. Dank Eurodisziplin kommen nach dieser Auffassung die Südstaaten endlich zur Vernunft, was letztlich auch Deutschland zugutekäme. Die Eurozone bleibt zusammen und stabil. Aus Berliner Sicht beinhaltet die Strategie „Unterstützung gegen Reformen und Austerität“ eine Win-win-Situation. Sowohl die Retter als auch die Geretteten profitieren.

Auf der anderen Seite der Austeritätsinterpretation findet sich die griechische Regierung. Athen, ideologisch unterstützt von keynesianischen Ökonomen, erachtet die durch den Euro aufgezwungene Austeritätspolitik als einen schweren Fehler, der zu einem Rückgang der aggregierten Nachfrage, einer immens hohen Arbeitslosigkeit und einer Verschärfung der Krise geführt hat. Die Dauer der Krise sei eine direkte Folge der verfehlten Austeritätspolitik, eine Erhöhung der Staatsausgaben die dringend benötigte Abhilfe.

> *„Die baltischen Staaten konnten 2008 nicht darauf spekulieren, dass die Eurostaaten sie bei einer Überschuldung retten würden.“*

Wer hat nun Recht? Ist staatliche Sparsamkeit die geeignete Antwort auf eine Krise oder verschlimmert sie die Situation?

In einem künstlichen durch expansive Geldpolitik erzeugten Boom, wie wir ihn in den 2000er-Jahren erlebten, kommt es zu Fehlinvestitionen. Knappe Ressourcen der Gesellschaft werden nicht dort verwendet, wo sie aus Sicht der Konsumenten und ihrer dringendsten Bedürfnisse sein sollten. In einigen Ländern wie Spanien und Irland erlebte vor allem der Immobiliensektor eine Überexpansion, in anderen überdehnte sich besonders der Staatssektor wie in Griechenland. Vielmals gingen Bau- und Staatsblase auch Hand in Hand.

IMAGO/MAUERSBERGER

Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel wähnen sich in einer Win-win-Situation, aber die große Mehrheit der deutschen und griechischen Bürger verliert: Retter als auch Gerettete haben sich in einer Lose-lose-Strategie verfangen – die Deutschen werden ärmer, die Griechen dadurch nicht reicher.

Wer kann nun am besten und schnellsten die verzerrte Produktionsstruktur an die Konsumentenbedürfnisse anpassen? Die Unternehmer. Sie konkurrieren darum, den Konsumenten die besten Produkte zu den günstigsten Preisen anzubieten. Es ist gerade ihre Aufgabe, die knappen Ressourcen der Gesellschaft für die dringendsten Konsumentenbedürfnisse einzusetzen. Für dieses Unterfangen benötigen die Unternehmer jedoch Freiheiten und Ressourcen.

Um die Krise rasch zu überwinden, sollten Staaten daher alle künstlichen Hindernisse für die menschliche Kooperation so weit es geht beseitigen und beispielsweise die Arbeitsmärkte liberalisieren. Außerdem sollten die Staatsausgaben verringert werden. Denn alles, was der Staat ausgibt, nimmt er zunächst der Zivilgesellschaft ab. Der Staat schafft keine neuen Ressourcen. Die vom Staat verwendeten Ressourcen stehen logischerweise nicht mehr in der Zivilgesellschaft zur Verfügung, um Unternehmen zu gründen, Investitionen zu tätigen und somit die Produktionsstruktur den Bedürfnissen der Menschen anzupassen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Staatsausgaben oftmals die überkommene Blasenwirtschaft subventionieren und Anpassungen systematisch sabotieren. Wenn beispielsweise Staaten in der Krise mit überflüssigen Infrastrukturprojekten die überdehnte Bauwirtschaft subventionieren, dann verlangsamt sich die notwendige Verschlankung des Bausektors. Weniger Ressourcen stehen zur Korrektur der Fehler und zur Wohlstandsbeschaffung bereit. Das beste Konjunkturprogramm besteht mithin in einer Reduzierung der Staatsausgaben kombiniert mit einer Beseitigung von Kooperationshindernissen.

Aber genau das, Austerität und Strukturreformen, hat doch nicht funktioniert, so tönt es aus

FOTOLIA/ROMAN STETSYK

Süden in Not: Griechenland hat erst 2014 die Staatsausgaben kräftig gesenkt, zu spät. Im Bild die Hauptstadt Athen.

Athen. Schauen wir uns die Auswirkungen der Sparsamkeit deshalb im Detail an. Wir vergleichen die Entwicklung der Staaten Südeuropas mit den baltischen Staaten, die 2008 der Eurozone gar nicht angehörten (Estland trat 2011, Lettland 2014 und Litauen 2015 bei). Den Balten wurde die Sparsamkeit also nicht von außen aufgezwungen. Sie werteten ihre Währungen auch nicht ab. Die baltischen Regierungen verschrieben sich der Sparsamkeit aus eigener Einsicht. Sie konnten 2008 zudem nicht darauf spekulieren, dass Deutschland und andere Eurostaaten sie bei einer Überschuldung retten würden.

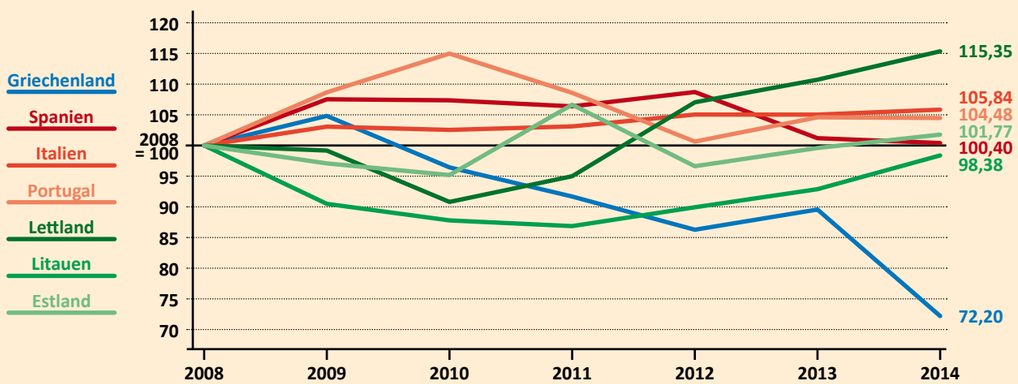
Wie in Teilen Südeuropas hatte es in den Balten einen Immobilienboom gegeben. Als die Krise ausbrach, antworteten die baltischen Staaten mit Strukturreformen. Vor allem bei den Staatsausgaben reagierten die Balten drastisch. Estland reduzierte seine Ausgaben von 2008-2010 um knapp 5 Prozent, Litauen um über 9 Prozent und Lettland sogar um über 12 Prozent. Als direkte Folge dieser Sparsamkeit und der darauffolgenden Anpassungsrezession fiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis 2010 in Litauen um 11 Prozent, in Estland um 17 Prozent und in Lettland um 19 Prozent.

Dieser Rückgang verwundert wenig. Denn zum einen wurden die Investitionsfehler der Boomphase beseitigt. Die Blasensektoren schrumpften, was die Basis zur Gesundung legte. Zum anderen verringerte die Ausgabensenkung zunächst auch automatisch das BIP, da Staatsausgaben positiv ins BIP einfließen.

Nach diesem harschen Rückgang beim BIP setzte jedoch eine rasante Erholung ein. Schon 2011 wuchs Estland um über 8 Prozent,

Staatsausgaben: Griechenland spart – aber zu spät

In Prozent im Vergleich zu 2008 (Jahr vor der Finanz- und Eurokrise)



Auf den Beistand der deutschen Steuerzahler bauend, erhöhten die Südländer ab 2008 ihre Staatsausgaben. Erst 2010 senkte Griechenland seine Ausgaben um 3,5 Prozent. Zu spät und zu wenig, um den Staatsbankrott zu vermeiden. Noch 2014 lagen die Staatsausgaben in den Südstaaten bis auf Griechenland höher als 2008!

FOTOLIA/LEONIDANDRONOV

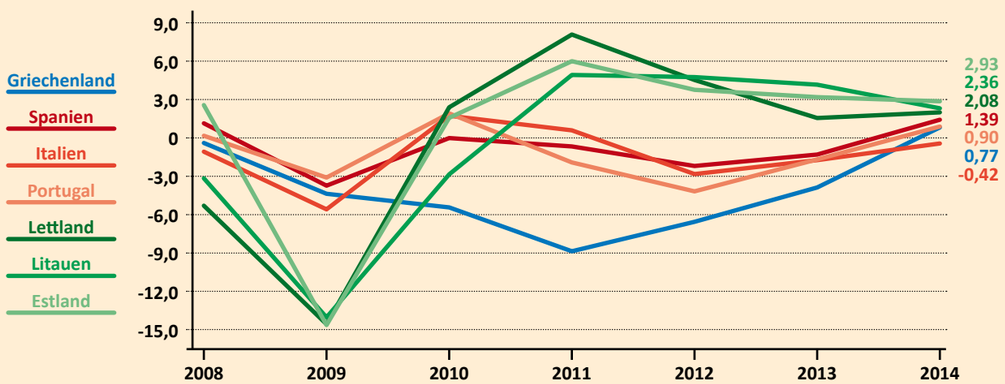
Baltischer Tiger: Dank Austerität und Reformen wächst Litauen wieder deutlich. Im Bild die Hauptstadt Vilnius.

Litauen über 6 Prozent und Lettland 5 Prozent. Von 2010-2014 wuchsen die drei Balten etwa gleich stark, um beeindruckende 17 Prozent. Parallel zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum entwickelte sich die Arbeitslosigkeit. Von 2008-2010, als viele Blasenunternehmen liquidiert wurden, sprang die Arbeitslosigkeit in Estland von 5,5 Prozent auf 16,7 Prozent, in Lettland von 7,7 Prozent auf 19,5 Prozent und in Litauen von 5,8 Prozent auf 17,8 Prozent. Bis 2014 ging sie dann rasch auf 7,4 Prozent, 10,8 Prozent und 10,7 Prozent zurück. Die Sparsamkeit ermöglichte auch – ohne Rückendeckung starker Europartner und Niedrigzinsen – eine Rückführung der Staatsdefizite. Schon 2012 hatten Estland und Lettland einen praktisch ausgeglichenen Haushalt, Litauen ein Defizit von 3 Prozent. Die finanzwirtschaftliche Stabilität förderte Investitionen und Wachstum.

Richten wir nun den Blick in den Süden. Sofort wird deutlich, dass die unmittelbare Antwort auf die Krise nicht wie in den Balten Sparsamkeit war. Im Euronetzwerk und auf den Beistand der deutschen Steuerzahler bauend, erhöhten die Südländer ab 2008 ihre Staatsausgaben. Portugal erhöhte seine Ausgaben um 15 Prozent, Italien um 2,5 Prozent, und Spanien um 7,4 Prozent. Selbst Härtefall Griechenland erhöhte noch 2009 die Staatsausgaben um 5 Prozent. Erst 2010 senkte Griechenland seine Ausgaben um 3,5 Prozent. Zu spät und zu wenig, um den Staatsbankrott zu vermeiden. Erst später reduzierten die anderen Südländer ihre Ausgaben und reformierten ihre Volkswirtschaften zaghaft. Früchte dieser späten Anstrengungen sprießen allmählich in Spanien. In Griechenland, das 2014 endlich wieder wuchs, werden sie wohl von der neuen Regierung zerstört werden. In

Wirtschaftswachstum: Das Baltikum boomt

In Prozent bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP)



Das BIP fiel in den Südstaaten bis 2010 zwar weniger stark als in den Balten. Die Streckung der Anpassung bedeutete jedoch auch, dass sie bis auf den heutigen Tag andauert. Als die Balten 2011 schon wieder kräftig wuchsen, steckten die Südländer aufgrund der fehlenden Sparsamkeit noch in tiefer Rezession.

FOTOLIA/MAXIMO SANZ

Süden in Not: Gleich hinter Griechenland hat Spanien die höchste Arbeitslosigkeit. Im Bild die Hauptstadt Madrid.

FOTOLIA/ALEX TIHONOV

Baltischer Tiger: Lettland hat durch Sparsamkeit bei den Staatsausgaben sogar Überschuss. Im Bild die Hauptstadt Riga.

jedem Fall ging wertvolle Zeit verloren. Noch 2014 lagen die Staatsausgaben in den Südländern bis auf Griechenland höher als 2008!

Das BIP fiel in den Südstaaten bis 2010 zwar weniger stark als in den Balten. Die Streckung der Anpassung bedeutete jedoch auch, dass sie bis auf den heutigen Tag andauert. Als die Balten 2011 schon wieder kräftig wuchsen, steckten die Südländer aufgrund der fehlenden Sparsamkeit noch in tiefer Rezession, lediglich Italien stagnierte. Während die Balten wuchsen, fiel das BIP von 2010-2014 in Griechenland um 17,5 Prozent, in Spanien um 2 Prozent, in Italien um 4,2 Prozent und in Portugal um 6,4 Prozent. Auch die Arbeitslosigkeit stagnierte auf hohem Niveau. Griechenland verzeichnete 2014 26,5 Prozent Arbeitslosigkeit, Spanien 24,5 Prozent, Italien 12,7 Prozent und Portugal 14,1 Prozent.

Als in den Balten 2012 die finanzpolitische Stabilität schon gesichert war, konnte sich Griechenland dank Beistand der Euroländer ein Staatsdefizit von 8,7 Prozent des BIP leisten. Spanien fuhr ein Defizit von 10,3 Prozent, Italien 3 Prozent und Portugal 5,6 Prozent. Trotz Niedrigzinsen rissen alle Südstaaten 2014 die 3-Prozent-Defizitgrenze. Die anhaltenden Defizite verschönern noch die ohnehin miserablen Wachstumszahlen der Südländer, denn die Defizite finanzieren Staatsausgaben, die das BIP künstlich erhöhen.

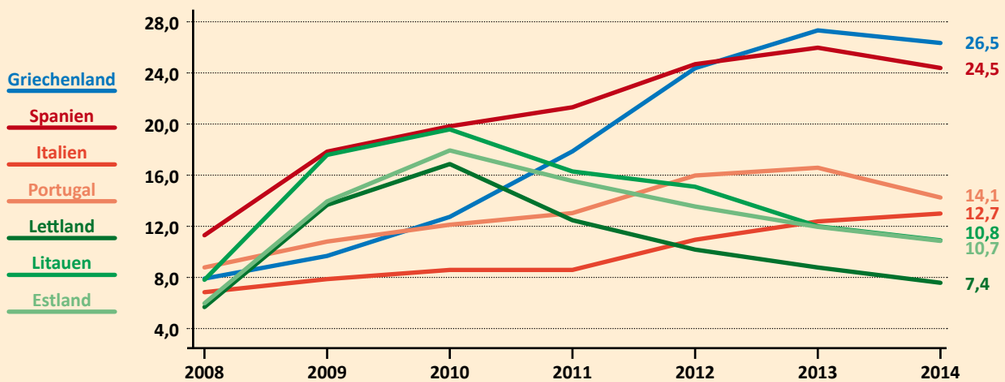
Bei der Einschätzung der Austerität in der Eurozone liegen mithin sowohl Berlin als auch Athen falsch. Entgegen der griechischen Auffassung verlängert die Austerität die Krise nicht. Ganz im Gegenteil: Wie die Entwicklung der baltischen Staaten illustriert, führen Sparsamkeit und Freiheiten – Austerität und Strukturreformen im Politjargon – aus der Krise. Südeuropa setzte in den ersten Jahren der Krise auf eine keynesianische Konjunkturankurbelungspolitik. Die verspätete und zu zaghafte Sparsamkeit in den Südländern, kombiniert mit ebenfalls zu späten und zu zaghaften Strukturreformen, verlängerte die Krise. Während die Balten schon seit 2011 kräftig wachsen, wird erst heute und auch nur in Teilen Südeuropas die Krise allmählich überwunden.

Damit liegt auch Berlin falsch, wenn schulterklopfend behauptet wird, dass Südeuropa dank Eurorettungspolitik und dem Grundsatz – Geld gegen Reformen – aus der Krise kommt. Der Anreiz, aus eigenem Antrieb die Ausgaben zurückzufahren und die Staatsfinanzen zu ordnen, wurde für die Südstaaten durch die Eurorettungspolitik systematisch unterhöhlt. Sich auf eine Sozialisierung der Staatsschulden verlassend, setzte Südeuropa auf eine Steigerung der Staatsausgaben und Staatsdefizite. Die Krise verlängerte sich unnötig. Gleichzeitig wurden geld- und finanzpolitische Kosten und Risiken aufgebaut, unter denen vor allem die Menschen in Ländern wie Deutschland leiden. „Unterstützung gegen Reformen und Austerität“ erscheint daher eher als eine Lose-lose-Strategie. Retter als auch Gerettete verlieren. ◆

Der Autor des vorstehenden Essays, Prof. Philipp Bagus, hat in seinem Buch *Die Tragödie des Euro. Ein System zerstört sich selbst* bereits in dessen Erscheinungsjahr 2011 die möglichen Szenarien der Selbstzerstörung genannt. Dieses Standardwerk zur Eurokrise ist frisch wie am ersten Tag und im Finanz-Buch Verlag, München, erschienen. 205 Seiten, gebunden 17,99 Euro, Kindle Edition 13,99 Euro.

Arbeitslosigkeit: Griechenland noch vor Spanien

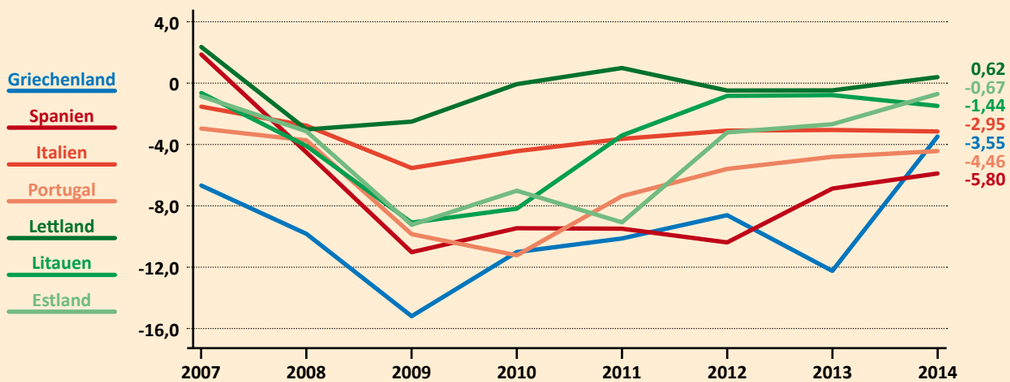
In Prozent der Erwerbstätigen



Ohne beherzte Austerität und gründliche Strukturreformen stagnierte die Arbeitslosigkeit in den Südstaaten auf hohem Niveau. Und wieder sind die Balten im grünen Bereich. Von 2008-2010, als dort viele Blasenunternehmen liquidiert wurden, sprang die Arbeitslosigkeit in die Höhe, bis 2014 ging sie dann rasch zurück.

Staatsdefizit: Im grünen Bereich das Baltikum

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)



Als in den Balten 2012 die finanzpolitische Stabilität schon gesichert war, konnte sich Griechenland dank Beistand der Euroländer ein Staatsdefizit von 8,7 Prozent des BIP leisten. Trotz Niedrigzinsen rissen alle Südstaaten 2014 die 3-Prozent-Defizitgrenze.

Alle Grafiken des Artikels: Quelle AMECO | Infografiken MZ © DER HAUPTSTADTBRIEF 2015

Schluss mit dem Hokuspokus der Finanzbranche!

Wissenschaftlich anlegen nach Erkenntnissen der Nobelpreisträger.

Erfahren Sie mehr bei
Deutschlands erster
Honorarberaterbank.

Kurfürstendamm 119
10711 Berlin

030 890 21-300
www.quirinbank.de

quirin bank
Die Honorarberater

PRIVAT

Prof. Dr. Dietrich Murswiek ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Öffentliches Recht der Universität Freiburg. Er ist Prozessvertreter von Peter Gauweiler im Verfahren gegen die EZB. Für den HAUPTSTADTBRIEF erläutert er das EuGH-Urteil vom 16. Juni 2015 und gibt einen Ausblick auf den Fortgang des Prozesses vor dem Bundesverfassungsgericht.

Provokation für Karlsruhe

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) billigt das vom Bundesverfassungsgericht für rechtswidrig gehaltene OMT-Staatsanleihenkaufprogramm der EZB | Von Dietrich Murswiek

Ende Juli 2012. Die Eurokrise erreicht einen neuen Höhepunkt. Die Furcht vor einem Bankrott der hoch überschuldeten Peripheriestaaten grassiert. Die Eurostaaten haben das zur Sicherung der Eigenverantwortlichkeit und der soliden Haushaltsführung in den Vertrag von Maastricht aufgenommene Hilfeleistungsverbot (Bail-out-Verbot) über Bord geworfen und die Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit einem Kapital von 700 Milliarden Euro beschlossen. Der soll den Marktteilnehmern Sicherheit geben, dass nicht ein Eurostaat insolvent wird und dadurch die Finanzstabilität der ganzen Eurozone ins Wanken gerät.

Dennoch fallen die Kurse für Staatsanleihen der Problemstaaten immer weiter – die Renditen klettern dementsprechend auf zweistellige Prozentsätze. Die Anleger verlangen hohe Risikoprämien. Für die Krisenstaaten wird es immer schwieriger, ihre Defizite zu finanzieren. Da tritt der große Finanzzampano auf die Bühne, Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), und erklärt, die EZB werde alles tun, um den Euro zu retten – „whatever it takes“. Am 6. September 2012 gibt der EZB-Rat diesem Versprechen ihres Präsidenten mit seinem OMT-Beschluss förmliche Gestalt: Das OMT-Programm sieht vor, dass die EZB Staatsanleihen von Krisenstaaten in unbegrenztem Umfang kauft, wenn das nötig ist, um die nach Ansicht der EZB zu hohen Risikoprämien zu senken.

Aber ist es Sache der EZB, „den Euro zu retten“, überschuldete Staaten vor der Insolvenz zu bewahren und für Großinvestoren, die sich in Staatsanleihen verspekuliert haben, die Kohlen aus dem Feuer zu holen? Nein – die EZB ist für Geldpolitik zuständig, also für die Wahrung der Preisstabilität, nicht hingegen für Euro-Rettungspolitik. Das nämlich ist Wirtschaftspolitik, und Wirtschaftspolitik gehört nicht zu den Kompetenzen der EZB, sondern ist Sache der Mitgliedstaaten.

Ob Hunderte von Milliarden Euro eingesetzt werden,

Die Sache mit den OMTs

OMTs (Outright Monetary Transactions) sind Staatsanleihenkäufe, die die EZB auf den Sekundärmärkten – also nicht direkt bei den Emittenten – durchführt.

Staatsanleihenkäufe der EZB: Verstoß gegen das Demokratieprinzip

Prof. Dietrich Murswiek hat das OMT-Programm schon im HAUPTSTADTBRIEF 117 (Seiten 33 bis 41) eingehend verfassungsrechtlich kritisiert und im HAUPTSTADTBRIEF 120 (Seiten 26 bis 29) den OMT-Vorlagebeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Januar 2014 erläutert.

um die Insolvenz eines Eurostaates abzuwenden oder um die Finanzierungsbedingungen eines Staates zu verbessern, kann nicht von der demokratisch nicht legitimierten EZB entschieden, sondern muss parlamentarisch verantwortet werden. Das jedenfalls ist die Auffassung Peter Gauweilers und der anderen Kläger, die den OMT-Beschluss mit Verfassungsbeschwerden angegriffen haben. Und mit seinem Beschluss vom 14. Januar 2014 hat das Bundesverfassungsgericht ihnen Recht gegeben – allerdings nur vorläufig, denn es hat die Sache dem EuGH zur Prüfung der Vereinbarkeit des EZB-Beschlusses mit dem Europäischen Unionsrecht vorgelegt.

Mit seinem Urteil vom 16. Juni 2015 weist der EuGH die rechtlichen Bedenken des Bundesverfassungsgerichts brüsk zurück. Das OMT-Programm, so der EuGH, sei uneingeschränkt mit dem Unionsrecht vereinbar. Es sei durch das geldpolitische Mandat der EZB gedeckt. Zur Begründung hierfür gibt sich der EuGH mit der Aussage der EZB zufrieden, sie wolle mit dem OMT-Programm eine „Störung im geldpolitischen Transmissionsmechanismus“ beheben. Unter „Transmissionsmechanismus“ versteht man die Wirkungskette, auf der die von der EZB gesetzten geldpolitischen Impulse (etwa die Senkung oder Erhöhung des Leitzinses) in der Realwirtschaft ankommen sollen. Wegen irrationaler Ängste der Marktteilnehmer vor einer Insolvenz der Problemstaaten, so die EZB, wirkten sich ihre geldpolitischen Maßnahmen nicht mehr hinreichend auf die Realwirtschaft der betreffenden Staaten aus. Dem solle mit dem OMT-Programm entgegengesteuert werden.

„Das EuGH-Urteil kommt einer kaum noch eingrenzbaren Blankoermächtigung für die EZB gleich.“

Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Argument völlig zutreffend verworfen. Insolvenzängste beruhen auf der hohen Staatsverschuldung. Sie können den Anlegern auf zweierlei Weise genommen werden: Entweder bauen die Staaten ihre Schulden ab und bringen ihre Haushalte in Ordnung, oder Dritte (die anderen Eurostaaten, der IWF oder die EZB) geben Ausfallgarantien (in Form von Bürgschaften oder Kreditausfallversicherungen) beziehungsweise stellen Finanzhilfen zur Abwendung der Insolvenz zur Verfügung. Alle hierfür in Betracht kommenden Maßnahmen haben wirtschaftspolitischen Charakter und sind nicht Geldpolitik.

Der Trick der EZB besteht nun darin, die Kreditausfallversicherung, die sie mit dem OMT-Programm – ökonomisch betrachtet – den Käufern von Anleihen der Krisenstaaten zur Verfügung stellt, als „geldpolitisch“ zu deklarieren, indem sie auf die angeblich gestörte „Transmission“ abstellt. Das ist eine Irreführung. Eine wirtschaftspolitische Maßnahme bleibt auch dann wirtschaftspolitisch, wenn sie im Ergebnis die geldpolitische Transmission erleichtert.

Der EuGH hingegen sagt, es komme allein auf das Ziel an, das die EZB verfolge. Dies kommt einer kaum noch eingrenzbaren Blankoermächtigung für die EZB gleich. Wenn die bloße Bekundung ausreicht, die EZB wolle mit ihren Maßnahmen letztlich der Preisstabilität dienen, dann darf die EZB machen, was sie will. Die Behauptung des EuGH, die EZB unterliege rechtlichen Bindungen und gerichtlicher Kontrolle, wirkt wie Hohn, wenn man sieht, wie der EuGH diese Kontrolle ausübt.

Mit seinem OMT-Urteil stellt der EuGH sich in die Tradition seiner Rechtsprechung, mit der er die Kompetenzen der EU-Organe stets ausgedehnt und die Rechte der Mitgliedstaaten zurückgeschnitten hat. Insofern kommt das Urteil nicht überraschend. Frappierend ist allerdings, dass der EuGH das ihm vom Bundesverfassungsgericht mit dem Vorschlag, das OMT-Programm mit einigen Einschränkungen zu versehen, unterbreitete Kompromissangebot vollständig zurückweist und damit die alleinige Deutungshoheit für das EU-Recht für sich reklamiert.

PICTURE ALLIANCE / DPA/BORIS ROESSLER THOMAS FREY

Am 16. Juni 2015 billigt der Gerichtshof der Europäischen Union (links im Bild, man spricht Französisch) das vom Bundesverfassungsgericht für rechtswidrig gehaltene OMT-Staatsanleihenkaufprogramm der Europäischen Zentralbank (rechts im Bild, man zeigt Größe) – eine Provokation für Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht sollte die Herausforderung annehmen.

Das Bundesverfassungsgericht, bei dem das Verfahren jetzt fortgesetzt wird, ist nun in einer schwierigen Situation. Es kann zwar der EZB nichts vorschreiben, aber es kann der Bundesbank untersagen, am OMT-Programm mitzuwirken, und es kann feststellen, dass die Bundesregierung verpflichtet ist, auf die Änderung und Präzisierung des für die EZB geltenden Regelwerks hinzuwirken. Stellt das Bundesverfassungsgericht sich in diesem Sinne gegen den EuGH, dann haben wir den großen Konflikt zwischen den beiden Gerichten, den das Bundesverfassungsgericht bis jetzt immer sorgfältig zu vermeiden gesucht hat.

Wenn aber das Bundesverfassungsgericht jetzt den Konflikt scheut und klein beigibt, dann setzt es sich nicht nur in Widerspruch zu seiner Entscheidung vom 14. Januar 2014. Dann kann es auch mit seinem Anspruch, Handlungen der EU-Organe auf gravierende Kompetenzüberschreitungen zu kontrollieren (eine „Ultra-vires-Kontrolle“ vorzunehmen), nicht mehr ernst genommen werden. Dann behalten diejenigen recht, die schon immer behauptet haben, in Europaangelegenheiten sei das Bundesverfassungsgericht ein Hund, der bellt, aber nicht beißt. Dringender als je zuvor aber braucht der EuGH jetzt einen standhaften Widerpart. Sonst gibt es für die permanente Selbstermächtigung der EU keine Grenzen mehr. Das Bundesverfassungsgericht sollte die Herausforderung annehmen. ◆

Die Gutachten, Vorträge und Veröffentlichungen zur Eurokrise und die Schriftsätze unseres Autors Prof. Dietrich Murswiek zum OMT-Verfahren finden Sie auf seiner Website: www.dietrich-murswiek.de

WWW.PRESIDENT.BG

Rossen Plewneliew ist Präsident der Republik Bulgarien. Auf dem Tag des deutschen Familienunternehmens 2015 sprach er über die politische und wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens und des gesamten Balkanraums. DER HAUPTSTADTBRIEF veröffentlicht seine auf Deutsch gehaltene Rede im Auszug.

Bulgarien und der Balkan sind von der Peripherie Europas in seine Mitte gerückt

Wir arbeiten an ehrgeizigen Reformen – nicht für Brüssel oder Berlin, sondern für uns selbst | Von Rossen Plewneliew

Ich hege eine große Leidenschaft für die Entwicklung des Balkans. Ich sage bewusst Balkan und nicht Südosteuropa. Balkan ein kein Schimpfwort. Der Balkan ist ein wunderschöner Teil Europas mit sehr viel Potenzial. Die Hälfte meines Lebens habe ich im Kommunismus gelebt und in der Planwirtschaft, die andere Hälfte meines Lebens in der Demokratie und in der Marktwirtschaft. Ich kann also den Unterschied beurteilen. Wir haben faszinierende Verbesserungen und Fortschritte auf dem Balkan zu verzeichnen. Darüber bin ich sehr froh. Aber wir müssen auch weiterhin noch viel arbeiten.

Die letzten zwei Jahrzehnte sind sehr schnell vorübergegangen. Damals hatten wir die Bomben auf Belgrad. Damals hatten wir Srebrenica. Damals waren wir die Peripherie eines sich vereinigenden Europas, wir waren der Gewehrlauf im Hinterhof der Westeuropäer. Es wurde kaum über wirtschaftliche Zusammenarbeit gesprochen. Heute hat Südosteuropa ein vollständig neues Aussehen. Die Region gewinnt an Bedeutung als Schnittpunkt zwischen Europa und Asien. Heute sind Freundschaften und wirtschaftlicher Fortschritt zu sehen. Die Chancen für Südosteuropa, sein großes Potenzial zu realisieren, sind spürbar, und die Wirtschaftsmächte erkennen dieses Potenzial.

„Vor zwanzig Jahren hatten wir Bomben auf Belgrad. Heute sind wir ein integrierter Teil Europas mit großem Potenzial."

Die Balkanstaaten wollen die europäische Integration. Auf dem Balkan gibt es keine Mauern mehr. Der Eiserne Vorhang ist weg. Heute werden Brücken und Autobahnen gebaut, um Menschen, Kulturen, Staaten, aber auch Märkte und Wirtschaft zusammenzubringen. Vor zwanzig Jahren waren alle Balkanländer voneinander isoliert, heute genießen wir die Integration. In der letzten Dekade stieg der Warenaustausch zum Beispiel zwischen Bulgarien und Rumänien um das Zehnfache, zwischen Bulgarien und Serbien um das Dreifache, zwischen Bulgarien und Griechenland um das Sechsfache. Die Wirtschaft und die Menschen kommen zusammen.

Bulgarien entwickelt sich. Wir stehen beispielsweise heute auf Rang drei weltweit, was die Anzahl der beurkundeten IT-Spezialisten, gemessen an der Gesamtbevölkerung, angeht. Weltführende IT-Firmen profitieren seit Jahren von diesem wachsenden Potenzial Bulgariens. Ein bulgarisches Startup, von drei Studenten vor zwei Jahren gegründet, wurde voriges Jahr an die amerikanische Progress Software Corporation zum Rekordpreis von 270 Millionen US-Dollar verkauft. Sofia wurde voriges Jahr laut Europäischer Kommission zur drittgrößten Startup-Hauptstadt Europas ernannt – nach London und Dublin.

EVENTSBAKERY.BG/NIKOLAY

Bulgariens Hauptstadt Sofia ist die Nummer 3 in Sachen Startups in Europa. Das „Startup Weekend" ist eine regelmäßige Einrichtung. Junge Designer, Entwickler und Gründer kommen mit Experten aus verschiedenen Wirtschaftszweigen zum Austausch zusammen. Teams bilden sich um die besten Ideen herum und entwickeln in 54 Stunden gemeinsam Geschäftsmodelle, Designs und Marktstrategien.

Unser Land ist das einzige europäische Land, das sich in der Top Ten der Outsourcing-Standorte befindet. Wir haben über 45 000 Arbeitsplätze in den letzten zehn Jahren geschaffen, nicht zuletzt aufgrund der guten Sprachkenntnisse der Bulgaren. Nur ein Beispiel: Coca-Cola wickelt jetzt seine gesamte Buchhaltung und sein Rechnungswesen für Gesamteuropa in Bulgarien ab, in 22 Sprachen, 24 Stunden lang, an 365 Tagen im Jahr. Auch der Aufschwung der Autoindustrie in Bulgarien gibt Anlass zur Begeisterung: 80 Prozent aller in Europa hergestellte Autos verfügen heute über mindestens eine Komponente, die in Bulgarien produziert wurde.

Und wir arbeiten an ehrgeizigen Reformen – nicht für Brüssel oder Berlin, sondern wir machen das, damit Bulgarien noch wettbewerbsfähiger wird. Es ist heute immer und überall von Wachstum die Rede – ich würde mir wünschen, wir würden stattdessen von Fortschritt sprechen. Wachstum auf Pump, Wachstum auf Kosten der nächsten Generation, das ist kein Fortschritt. Sieben Jahre nach Ausbruch der Krise sprechen manche in Europa immer noch über Wachstum, haben aber wenig Fortschritt vorzuweisen. Andere dagegen haben mutige Reformen durchgeführt, große Fortschritte gemacht und starke Fundamente geschaffen. Jetzt können sie auf solider Grundlage wachsen. Milliarden in nicht reformierte Sektoren zu pumpen, bringt indessen gar nichts.

Bulgarien entwickelt sich heute zu einer modernen, offenen europäischen Wirtschaft. Wir haben viel erreicht auf dem Balkan, wir haben ernste Probleme erfolgreich gelöst, regionale Zusammenarbeit und Versöhnung als grundlegende Werte etabliert. Wir wollen, dass Grenzen auf dem Balkan abgeschafft und nicht versetzt werden. Es ist faszinierend zu sehen, wie die Menschen auf beiden Seiten des ehemaligen Eisernen Vorhangs zusammenkommen und eine gemeinsame Zukunft schaffen. Und diese regionale Vernetzung ist eine sehr wichtige Voraussetzung für Investitionen und öffnet die Türen für neue Märkte des Westens und Ostens. Es gibt für uns keine Alternative zur europäischen Integration.

Sie ist unser Ziel nicht zuletzt deshalb, weil sie für die regionale Stabilität entscheidend ist.

Der Balkan ist der Ort, wo Europa zeigen kann und muss, dass es aus der Ukraine gelernt hat. Die Krise in der Ukraine ist ein „game changer“, ein Faktor signifikanten Wandels für die geopolitische Balance in Europa. Die Menschen auf dem Maidan forderten eine europäische Perspektive. Russland aber will unter allen Umständen in den geopolitischen Wirkungssphären des Kalten Krieges verharren und Ansprüche auf den ehemaligen sowjetischen Raum und darüber hinaus geltend machen. Russland betreibt eine Politik der Großmächte und Einflusssphären. Das ist sehr gefährlich. Diese Politik hat zu zwei Weltkriegen geführt.

Bulgarien unterstützt die EU-Mitgliedschaft unserer Nachbarländer. Die Menschen auf dem Balkan wollen das, verstehen aber auch, dass die EU-Mitgliedschaft nicht von Brüssel installiert oder verschenkt, sondern nur durch eine mutige Politik, tiefgreifende Reformen und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit jedes Landes erreicht werden kann. Für Moskau liegt der Balkan im Zentrum seiner geopolitischen Interessen. Unsere Sorge ist, dass mit der Machtpolitik, die von Russland heute vertreten wird, die Gefahr einhergeht, den Willen der Völker zu übergehen. Die Geschichte lehrt uns, dass man Europa am einfachsten über den Balkan destabilisieren kann. Deswegen sollte die EU Südosteuropa nicht länger als Peripherie betrachten, sondern als Mittelpunkt europäischer Politik.

Europa hat die historische Gelegenheit, die politische Stabilität im europäischen Südosten zu unterstützen. Bis 2020 plant die Europäische Kommission, fast 50 Milliarden Euro in der Region im Rahmen von EU-Programmen zu investieren. Grenzüberschreitende Modernisierungsprogramme werden deutlich erweitert. Für uns ist es besonders wichtig, noch mehr deutsche Investoren in unserer Region zu haben. Der Trend ist bereits sehr positiv: In den letzten zehn Jahren wuchsen die deutschen Investitionen in Südosteuropa insgesamt um das Sechsfache. Der jährliche Handelsumsatz zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Region hat sich auf 53 Milliarden Euro verdreifacht.

Noch vor kurzem hätte sich niemand träumen lassen, dass im 21. Jahrhundert in Europa noch Grenzen mit Gewalt verändert werden. Russland hat dies aber getan. Die EU-Sanktionen gegen Russland sind gerecht, denn man darf nicht wegen wirtschaftlicher Interessen demokratische Werte vernichten. Wir sollten aber auch dafür sorgen, dass Russland nicht zu tief in die Selbstisolierung fällt. Die russische Wirtschaft und Gesellschaft sind noch nicht in die Globalisierung integriert, sie können immer noch zurückfallen in die Welt des 20. Jahrhunderts.

„Ein bulgarisches Startup, von drei Studenten gegründet, wurde zum Rekordpreis von 270 Millionen US-Dollar verkauft.“

Das Sicherheitsumfeld in Europa hat sich deutlich verschlechtert. Wir befinden uns in einer neuen Phase der geopolitischen Entwicklung Europas – wir sind im Kalten Frieden. Ein Frieden, in dem Methoden des Kalten Krieges eingesetzt werden, eine Politik der zwangsweisen Grenzverschiebung, einer dauerhaften Destabilisierung von Ländern in Europa und ein Propagandakrieg ohnegleichen.

Die russische Strategie einer Schaffung von eingefrorenen Konflikten stellt eine reale Bedrohung für Europa dar. Und dieser Kalte Frieden wird vermutlich lange dauern. Wir sollten uns darauf vorbereiten, geduldig sein und nach vorne schauen in dem Bewusstsein, dass Frieden, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit über allem stehen. Ohne sie ist eine wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich. Mehr denn je brauchen heute unser gemeinsames europäisches Projekt und unsere gemeinsame Europäische Union eine Extradosis an Vertrauen, damit wir dem Populismus und Nationalismus entgegenstehen können. ◆

- Nachhaltigkeit als Unternehmensvision
- Zuverlässige Versorgung von Schlüsselindustrien mit Industriemineralien
- Innovative Produkte – traditionelle Werte
- Soziale Verantwortung für Mitarbeiter und Nachbarn
- Ausgezeichnet für Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt

QUARZ WERKE

Quarzwerke

FAMILIENUNTERNEHMEN SEIT 1884

www.quarzwerke.com

WERNER SCHUERING

Nicolas Sarkozy ist Staatspräsident der Französischen Republik a.D. und Parteivorsitzender von „les Républicains“, der bisherigen Partei UMP. Auf dem Tag des deutschen Familienunternehmens 2015 sprach er über das deutsch-französische Verhältnis und die Zukunft Europas. DER HAUPTSTADTBRIEF dokumentiert seine Rede im Auszug.

Europa ist die große Idee vom guten Leben für 500 Millionen Bürger

Die EU braucht unser aller Engagement – und sie braucht mehr Wertschätzung für unsere gemeinsame Zivilisation und Freiheit | Von Nicolas Sarkozy

Deutschland und Frankreich, das ist eine schwierige Geschichte – mit einem vorläufigen Happy End. Unsere beiden Länder haben sich unglaublich oft in kriegerischen Auseinandersetzungen gegenüberstanden, über Jahrhunderte hinweg, alle 30 Jahre ein neuer Krieg. Erst seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kennen wir den Frieden. Dass wir jetzt Vertrauen und Verständnis füreinander aufbringen, ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Denn den Frieden, der uns jetzt eint, den muss man sich verdienen. Dieser Frieden ist die Folge von Vernunft und von Intelligenz. Es gibt für uns nichts Wichtigeres als diesen Frieden, den wir von den Genies geerbt haben, die die deutsch-französische Aussöhnung gewollt und sich für sie eingesetzt haben.

„Der Frieden, der heute Deutsche und Franzosen eint, ist die Folge von Vernunft und von Intelligenz.“

Aber wir dürfen nicht einfach davon ausgehen, dass er endgültigen Bestand hat. So etwas muss man pflegen und weiter ausbauen und stärken. Die Entscheidung, vor der wir für die europäische Zukunft stehen, ist leicht erkennbar: Entweder wir driften auseinander und steuern auf die Katastrophe zu, oder wir bewegen uns aufeinander zu – und auch unsere Enkel werden in Frieden und in der deutsch-französischen Freundschaft und in einem befriedeten Europa leben. Ich glaube nicht an einen Status quo. Man geht immer nach vorne – oder man macht Rückschritte. Und für mich steht fest: Ich will die Konvergenz, das Zueinander-Streben Deutschlands und Frankreichs. Für mich ist klar: Es gibt keine andere mögliche strategische Entscheidung. Das Vertrauen und das Verständnis füreinander, die uns einen, gilt es stetig zu erneuern und zu festigen. Vertrauen – das ist ein eigenartiges Phänomen, insbesondere unserer modernen Kommunikationsgesellschaft – wird häufig erst dann wahrgenommen und als wichtig erkannt, wenn man es verloren hat.

Solange Vertrauen besteht, in persönliche Bindungen ebenso wie in Politik und Wirtschaft, wird es von jenen, die seine positiven Wirkungen genießen, nur allzu gern als garantiert vorausgesetzt. Dabei stecken hinter seiner Aufrechterhaltung Absicht und Arbeit. Niemand wüsste das besser als der deutsche Mittelstand, als die deutschen Familienunternehmen. Ohne ihr vertrauensbildendes Wirken wären viele, in Deutschland und weltweit, geneigt zu denken, dass es heute nur noch einen rein von finanziellem Gewinnstreben geprägten Kapitalismus gibt. Der Familienunternehmer aber sieht seine Firma, ihre Erzeugnisse, ihre Beschäftigten und ihre Kunden als eng mit seiner eigenen Identität verbunden.

FOTOLIA/WOLFISCH

Das Europa der Achtundzwanzig ist ein komplexes Gebilde, das mit seiner derzeitigen Organisationsform an die Grenzen der politischen Machbarkeit stößt. Europa ist unübersichtlich. Aber es ist immer noch eine große Idee, die der Beteiligung vieler bedarf, um langfristig Wirklichkeit zu bleiben – sei es durch aktives politisches Engagement, sei es durch Wahrnehmung des Wahlrechts.

Wenn mehr Leute begreifen lernten, dass Kapitalismus und Marktwirtschaft nicht in erster Linie Instrumente für die Interessen von Tradern und aggressiven Hedgefonds sind und dafür, Unternehmen abzuwickeln, den Gewinn einzusacken und weiterzuziehen, sondern eine Wirtschaftsform, bei der die Freiheit mit Verantwortung Hand in Hand geht, dann gäbe es deutlich mehr Advokaten für die freie Marktwirtschaft – in Deutschland, in Frankreich, in der ganzen Welt.

Die Geschicke Deutschlands und Frankreichs sind heute – innerhalb der Nachbarschaft mit den anderen europäischen Staaten – eng miteinander verwoben. Alles, was Deutschland betrifft, ist wichtig für Frankreich, und was in Frankreich passiert, ist auch für Deutschland von Bedeutung. Deshalb brauchen wir den ständigen Dialog. Deshalb müssen wir uns immer besser zu verstehen trachten, und deshalb müssen wir unsere Wirtschaftspolitik miteinander abstimmen. Denn – machen wir uns nichts vor – die schwere Krise, in der sich Europa befindet, ist auch eine Krise aufgrund mangelnder Führung und mangelnder Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen und eine tragfähige Hoffnung für 500 Millionen Bürger zu schaffen. Der Ausweg aus der Krise ruht nicht zuletzt auf den Schultern von Deutschland und Frankreich. Und das mit gutem Grund; denn Führungsqualitäten zu haben und Führung ausüben zu dürfen, sind kein Recht, sondern eine Pflicht.

Was wir dafür brauchen, sind Leute, die intelligente Politik machen. Wir brauchen aktive Beteiligung an der politischen Debatte. Es reicht nicht, abschätzig zu kommentieren, was einem nicht gefällt nach dem Motto: Die da oben kriegen nichts auf die Reihe, wir hätten das besser gemacht. Es reicht nicht, wenn man sich von der Politik nicht gut vertreten fühlt, nicht von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen und zu meinen, man setze damit ein Zeichen. Wer nicht zufrieden ist mit der politischen Klasse und denkt, etwas beitragen zu können, sollte sich engagieren, sollte einer Partei oder einer Initiative beitreten. Das mag, gemessen an dem gigantischen politischen Apparat Europa, ein Tropfen auf den heißen Stein sein – aber wir brauchen regional, national, vor allem aber für Europa das Engagement vieler, um das Schiff auf einem guten Kurs zu halten und damit der vereinte Kontinent nicht im puren Selbstzweck erstarrt.

Ich glaube an Europa. Ich war immer überzeugter Europäer und werde es auch bis zum Ende meines politischen Lebens sein. Dieser Kontinent ist zum wichtigsten Stabilitätsanker der Welt geworden. Aber dieses Europa, das ursprünglich für sechs und dann neun Länder organisiert worden war, hat nunmehr 28 Mitgliedsstaaten. Wir können nicht mit der gleichen Organisationsform weitermachen. Europa ist so, wie es ist, nicht mehr entscheidungsfähig – wir leben aber in einer Welt, in der es gilt, politische und wirtschaftliche Entscheidungen innerhalb einer Nanosekunde zu treffen. Man kann nicht zu achtundzwanzigst den Umfang von Eiern bestimmen und wie lang eine Leiter auf einer Baustelle sein darf. Das ist kafkaesk geworden, und die großartige Idee von Europa läuft Gefahr, unter der Last der Verwaltung in sich zusammenzubrechen.

Wir brauchen eine Neustrukturierung und eine Neudefinition der europäischen Politik – auch, was die Einwanderung angeht. Das werden wir nicht umschiffen können, denn dass Schengen nicht funktioniert, ist nur allzu offensichtlich.

Die Umbenennung der vom ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy geführten UMP (Union pour un Mouvement Populaire) in les Républicains brachte nicht nur ein anderes Partei-Logo – die Partei strukturiert sich derzeit neu um ihr Machtzentrum Sarkozy herum, in Vorbereitung auf die nächste Präsidentschaftswahl in Frankreich im Jahr 2017.

Wir Europäer sind in Gibraltar nur 12 Kilometer von Afrika entfernt. Afrika wird von heute einer Milliarde auf über zwei Milliarden Einwohner anwachsen. Nigeria wird in 30 Jahren mehr Einwohner als die Vereinigten Staaten von Amerika haben. Wir müssen also über Einwanderungspolitik sprechen. Das ist kein Tabuthema. Wir müssen darüber mit Großzügigkeit und Humanismus sprechen, aber wir müssen darüber sprechen. Wir brauchen eine Einwanderungspolitik auf europäischer Ebene, die diesen Namen auch verdient.

Und wir müssen auch in anderen Bereich noch mehr als bisher über den europäischen Tellerrand hinausblicken, dürfen uns von der innereuropäischen Problematik nicht den Blick verstellen lassen auf die globalisierte Welt und die Frage: Wie soll Europa weiter seinen Platz in dieser Welt behaupten? Vom Leiter eines großen deutschen Autounternehmens hörte ich, dass sein wichtigster Konkurrent in Südkorea ist – und vor 20 Jahren überhaupt noch keine Autos bauen konnte. Heute fertigen sie Luxuswagen von beeindruckender Qualität. Und wir, können wir uns angesichts dessen ein Wachstum in der Größenordnung von 1,5 Prozent leisten? Ich meine: Nein, das können wir nicht.

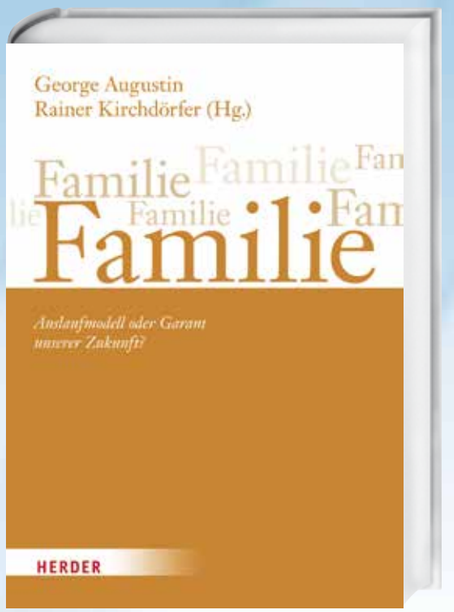
Deshalb müssen wir uns genau anschauen, wie und wohin sich unser Modell Europa entwickelt – nicht nur in den nächsten zwei, fünf oder zehn Jahren, sondern als strategische Zukunftsprognose. Etwas, was Europa von Asien oder von den Vereinigten Staaten unterscheidet, ist, dass man sich dort weit stärker als hier nicht nur verbunden fühlt mit seiner Familie, mit seinem Lebens- und Arbeitsumfeld, sondern mit seinem Kontinent. Unabhängig davon, was der Einzelne denkt und woran er glaubt, stelle ich immer wieder fest: Die Menschen dort scheinen eine stärkere Verankerung mit ihrem Kontinent zu empfinden, als das bei uns die Regel ist. Wir sollten uns fragen, woran das liegt. Und wir sollten Europa vielleicht mit mehr Bewusstsein und Engagement als unsere gemeinsame Zivilisation betrachten und wertschätzen.

> *Ich glaube nicht an einen Status quo. Man geht immer nach vorne – oder man macht Rückschritte.*

Europa hat viele Wurzeln, auch christliche. Die Wurzeln der europäischen Zivilisation geringzuachten und preiszugeben, würde bedeuten, sich einer unsicheren Zukunft anheimzugeben, in der wir uns nicht mehr daran erinnern werden, woher wir kommen. Und wer nicht weiß, woher er kommt, weiß auch nicht, wohin er geht. Deshalb gilt es, unsere europäischen Wurzeln zu pflegen und zu bewahren. ◆

Familienwerte –
Warum wir sie mehr denn je brauchen

Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft und der Motor für ihre Entwicklung. Von Generation zu Generation werden die Werte und Haltungen weitergegeben, die unsere Kultur prägen und unser Zusammenleben bestimmen. Vertrauen und Verantwortung oder das Befolgen von Regeln lernen Kinder zuerst in ihrer Familie – ebenso wie den Umgang mit Konflikten und soziales Verhalten. Unser gesellschaftliches Leben und unsere Arbeitswelt bauen auf diesen Fundamenten auf. Führende Persönlichkeiten aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft diskutieren in diesem Buch die Bedeutung der Familie und ihres Wandels.



George Augustin
Rainer Kirchdörfer (Hg.)
Familie
Auslaufmodell oder Garant unserer Zukunft?
608 Seiten / Gebunden
mit Schutzumschlag und Leseband
€ 24,–
ISBN 978-3-451-33560-0

HERDER
Lesen ist Leben
www.herder.de

BUNDESTAG.DE

Prof. Dr. Dr. h. c. Werner Weidenfeld ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München, Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg) und Autor zahlreicher Europa-Bücher. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Europäische Armee ist.

Die Europäische Armee braucht nur eines – den gemeinsamen politischen Willen

Die Idee supranationaler Sicherheit tauchte bereits in den Widerstandsbewegungen gegen die nationalsozialistische Besatzung auf. 70 Jahre später wäre sie ein kraftvolles Symbol europäischer Wertegemeinschaft | Von Werner Weidenfeld

Im Frühjahr 2015 erregte die Meldung große Aufmerksamkeit, der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker fordere die Schaffung einer Europäischen Armee. Sie erhielt einen geradezu sensationellen Beigeschmack, als etliche Spitzenpolitiker ihm öffentlich zustimmten, unter ihnen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Die einzige Einschränkung lautete: Aber erst langfristig realisierbar.

Ob sich die Europäische Union jedoch wirklich so viel Zeit lassen kann, sollte ihre Führung angesichts der neuen Sicherheitslage sorgfältig bedenken. Der Krieg ist viel näher an Europa herangerückt. Der Terror schließt keinen Kontinent, keine Region, keinen Ort aus. Die Bürger begreifen das längst. Das empirische Datenmaterial belegt es: Auf die Frage, wozu man die Integration der EU brauche, steht seit einiger Zeit auf Platz 1 der Notwendigkeiten: die Sicherheit. Vor diesem Hintergrund – neue Sicherheitslage und neue Einstellung der Bürger – erscheint es höchst zweifelhaft, ob sich die Führung eine solche Zögerlichkeit leisten kann. Die Daten sprechen dafür, die Forderung von Jean-Claude Juncker unmittelbar operativ anzugehen.

„Der Krieg ist viel näher an Europa herangerückt. Der Terror schließt keinen Kontinent, keine Region, keinen Ort aus.“

Juncker begründet sein Konzept präzise: „Eine gemeinsame Europäische Armee würde der Welt zeigen, dass es zwischen den EU-Ländern nie wieder Krieg gibt. Eine solche Armee würde uns helfen, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu gestalten und die Verantwortung Europas in der Welt wahrzunehmen. Mit einer eigenen Armee könnte Europa glaubwürdig auf eine Bedrohung des Friedens in einem Mitgliedsland oder in einem Nachbarland der Europäischen Union reagieren.“ (Welt am Sonntag vom 8. März 2015, Seite 6.)

Dieser gut begründete strategische Ansatz des EU-Kommissionspräsidenten fand allerdings nicht nur Zustimmung wie die seitens der Bundesregierung, die eine solche Perspektive bereits in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten hat, sondern auch strikte Ablehnung wie die seitens der britischen Regierung. Aus London war zu hören, eine gemeinsame Armee der Europäer komme nicht in Frage angesichts der unterschiedlichen Strategien, Einsatzbeschränkungen und Parlamentsvorbehalte. Der europäische Dissens ist also greifbar: Die einen machen pragmatisch die Effizienzsteigerung und die Finanzeinsparungen durch die Europäische Armee geltend – meist „pooling and sharing“ genannt –, während die anderen wie Großbritannien eine fehlende strategische Übereinstimmung gegen das Projekt ins Feld führen.

IMAGO/ZUMA PRESS

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker fordert die Schaffung einer gemeinsamen Europäischen Armee: „Sie würde der Welt zeigen, dass es zwischen den EU-Ländern nie wieder Krieg gibt. Eine solche Armee würde uns helfen, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu gestalten und die Verantwortung Europas in der Welt wahrzunehmen. Mit einer eigenen Armee könnte Europa glaubwürdig auf eine Bedrohung des Friedens in einem Mitgliedsland oder in einem Nachbarland der Europäischen Union reagieren.“

Bei der Ablehnung wird übersehen, dass der Lissabon-Vertrag vorsieht, für solche Projekte eine Integration mit nur einem Teil der Mitgliedsstaaten zu organisieren. Es sollten also nur jene Staaten die Europäische Armee tragen, die sich in kompletter strategischer und organisatorisch operativer Übereinstimmung befinden. Man nennt diesen Ansatz, der in anderen Feldern bereits alltägliche Routine geworden ist, „differenzierte Integration“ oder in der Vertragssprache zur Sicherheitspolitik „ständige strukturierte Zusammenarbeit“. Die Ablehnung Großbritanniens, die bei etlichen anderen Projekten wie der Währungsunion oder dem Schengen-Abkommen bereits gang und gäbe ist, muss und kann also das Projekt nicht blockieren.

Der Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Armee spielt zudem auf einer höheren Ebene politischer und historischer Bedeutsamkeit als das pragmatische Klein-Klein, das uns aus dem integrationspolitischen Alltag bestens und manchmal leidvoll bekannt ist. Es geht um den wirksamen, kraftvollen Ausdruck, den die Symbolsprache für den Wahrnehmungshorizont einer Europäischen Gemeinschaft zur Verfügung stellt. Seit dem Zweiten Weltkrieg begleitet diese Symbolsprache Europa – nicht erst seit dem Vorschlag des Jean-Claude Juncker.

Bereits im Nachdenken der Widerstandsbewegungen gegen die nationalsozialistische Besatzung tauchte die Idee supranationaler europäischer Sicherheit für die Nachkriegsordnung auf. Dann beim ersten großen Treffen der Europäischen Bewegung zum Haager Kongress (7. bis 10. Mai 1948) bis hin zum großen Durchbruch, dem Vertrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Am 27. Mai 1952 unterzeichnete auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland jenen Vertrag, der eine Europäische Armee und einen Europäischen Verteidigungsminister vorsah. Höchst relevant waren in diesem Vertragswerk auch die präzisen Angaben zur operativen Verbindung von EWG und NATO – ein Sachverhalt, dessen Definition bis heute sehr bedeutsam ist.

Nach dem dramatischen Scheitern des EVG-Vertrages in der französischen Nationalversammlung 1954 blieb das Projekt einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik über etliche Jahre tabuisiert. Das Thema geriet erst wieder auf die Tagesordnung, als die weltpolitischen Ereignisse wie der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in Prag 1968 eine europäische Antwort forderten. Man schuf Anfang der 1970er-Jahre – ohne Vertragsgrundlage – die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die erfolgreich eine außenpolitische Kooperation organisierte. Dieser EPZ wurde erst 1986 in der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) der Vertragsrang verliehen. Als Nachfolgerin wurde dann mit Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht im November 1993 die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) kreiert, die dann von Vertrag zu Vertrag ausgebaut und vertieft wurde.

Ein entscheidender Anstoß dazu kam von einem eindrücklichen Erlebnis, das Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher Anfang 1991 im Weißen Haus in Washington hatten, dessen Zeuge ich wurde. Helmut Kohl sprach mit großem Nachdruck fast eine Stunde lang auf US-Präsident George Bush ein. Es werde zu dramatischen und tragischen Kriegen auf dem Balkan kommen, mit vielen Tausenden Toten. Die einzige Möglichkeit, dieses Drama zu vermeiden, sei gegeben, wenn die US-Streitkräfte in Südosteuropa in Erscheinung träten. Die USA sollten ihre Flugzeugträger vor der dortigen Küste stationieren. Dies sei die einzige Sprache, die man dort verstehe.

Präsident Bush drehte sich zu seinem Vize-Außenminister und Balkan-Experten Lawrence Eagleburger um: „Larry, what can we do?“ Eagleburger antwortete: „Nothing“. Bush bemerkte zu Kohl, er habe es gehört. Amerika werde also nichts tun: „It is a European affair!“ Die deutsche Seite war geschockt. Erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges sagten die USA angesichts einer drohenden militärischen Gefahr: „It is a European affair.“ Und Europa in Gestalt der EU war sicherheitspolitisch auf eine solche Herausforderung in keiner Weise vorbereitet. Das musste nun so bald wie möglich geändert werden. Noch auf dem Rückflug wurden Initiativen zum Ausbau der europäischen Sicherheitspolitik ergriffen.

> *Das Projekt einer Europäischen Armee beginnt heute nicht am Nullpunkt. Die EU ist ja seit geraumer Zeit bereits auf dem Weg.*

Diese Grundkonstellation ist auch heute gegeben: Nirgendwo ist garantiert, dass die USA in jeder Konfliktlage der Europäischen Union sicherheitspolitisch unter die Arme greifen. Und nirgendwo ist garantiert, dass die EU nicht bei Angriffen von außen schützend eingreifen muss, die ihre eigene Existenz bedrohen. In diesem Licht bedeutet die Forderung von Jean-Claude Juncker beides: sowohl die Komplettierung einer wichtigen Traditionslinie der Integration Europas als auch die Steigerung sicherheitspolitischer Effektivität und nicht zuletzt die kraftvolle Artikulation europäischer Symbolsprache: So versteht sich eine Wertegemeinschaft.

Natürlich löst eine solche anspruchsvolle und mutige Idee einer Europäischen Armee eine kontroverse Debatte aus. Von manchen Akteuren wird der Vorschlag hektisch weggewischt. Dabei wird vieles Substantielles übersehen:

Punkt 1: Ein solches Projekt beginnt heute nicht am Nullpunkt. Die EU ist ja seit geraumer Zeit bereits auf dem Weg. Was 1970 als Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) begann, dann 1986 in der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) auf Vertragsebene gehoben wurde, ist dann mit jedem weiteren Vertrag in immer intensivere normative Regeln gefasst und mit diversen sicherheitspolitischen Instrumenten ausgestattet worden. So gibt es inzwischen den Militärstab der EU (EUMS), die Politisch-Militärische Gruppe (PMG), das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK), den Militärausschuss der EU (EUMC) und den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Es gibt außerdem zahlreiche Kooperationen der Streitkräfte in Europa. Die Europäische Verteidigungsagentur listet dazu rund 80 Projekte auf. Etwa 20 militärische Einsätze auf der EU-Grundlage hat es bisher gegeben. Im Jahr 2003 einigte sich die EU auf eine – wenn auch höchst allgemein gehaltene und höchst unzulängliche – Sicherheitsstrategie.

> *Bei der Schaffung der Europäischen Armee geht es um eine komplementäre Sicherheitspolitik von NATO und EU.*

Punkt 2: Die verschärfte globale Sicherheitslage hat die Verteidigungsminister von Deutschland, Frankreich und Polen in einem gemeinsamen Brief an den Europäischen Rat eine verstärkte sicherheitspolitische Ausrichtung der EU fordern lassen. Es sei nötig, dass die Verteidigung eine Priorität auf der europäischen Agenda haben sollte. Eine gemeinsame europäische Rüstungsindustrie und schlagkräftige Battle Groups stehen auf ihrer Liste. Gemeinsam will man eine neue Drohne bauen. Einen Konflikt mit der NATO soll es nicht geben: „Wir brauchen eine starke und leistungsfähige europäische Säule innerhalb der NATO.“ Es geht also um eine komplementäre Sicherheitspolitik von NATO und EU. Dieser Brief erhielt dann die zusätzliche Unterschrift der Außenminister, um das Gewicht dieser Vorlage für den nächsten Sicherheitsgipfel noch zu steigern.

Punkt 3: Das, was wir nun „hybride Sicherheitspolitik“ nennen, geht weit über die klassische, konventionelle Militärpolitik hinaus. Es handelt sich um akute Bedrohungen wie Kämpfe ohne Hoheitsabzeichen, propagandistische Verwirrungsstrategien und Apologetik Fünfter Kolonnen, Nutzung von Infrastrukturschwächen offener Gesellschaften, Störung von interdependenten Strukturen wie Energieversorgung, Logistik, Verkehr, Rohstoffe, Cyber-Angriffe durch hochtechnologisch gerüstete Spezialabteilungen von Geheimdiensten und nichtstaatliche Terror-Netzwerke. Die Bedrohung ist so nahe nach Europa gerückt und hat zuletzt schon die Computer des Deutschen Bundestags erreicht, dass bereits heute dringend eine europäische Risikovorsorge gefordert ist.

Der Schlüssel zur Lösung der Herausforderung unter der Überschrift „Europäische Armee“ wird weniger in den organisatorischen Details liegen, sondern in der Schaffung einer europäischen strategischen Kultur. Die gemeinsame Risiko-Analyse, die gemeinsame Präventionsperspektive, das gemeinsame Interessenkalkül, die gemeinsame Konfliktbeobachtung, die gemeinsame Sicherheitsreflexion, die gemeinsame Antizipation künftiger Konstellationen: Alles das macht die unverzichtbare „strategische Kultur Europas“ aus. Der nächste Gipfel sollte dazu die wichtigsten strategischen Köpfe Europas in eine Arbeitsgruppe berufen. Damit wäre ein entscheidender Schritt getan. Das bedeutet mehr, als nur einen weiteren Militärstab einzurichten. Es bedeutet, die historische Herausforderung anzunehmen, um sie bestehen zu wollen. ◆

Der Autor des vorstehenden Essays, Prof. Werner Weidenfeld, ist Autor zahlreicher Europa-Bücher, ganz aktuell ist „Europa – eine Strategie“. Kösel Verlag, München 2014, 128 Seiten, 12 Euro.

airberlin
Your Airline.
oneworld

Sie werden sie lieben.

Die vier neuen Tarife von airberlin.
Jetzt entdecken unter airberlin.com/tarife

ETIHAD AIRWAYS PARTNER

HEIKE ROST

Roland Tichy ist Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung. Der studierte Volkswirt war Chefredakteur des Magazins *Wirtschaftswoche*. Heute widmet er sich als Publizist seiner viel beachteten Internetseite *Tichys Einblick*. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum der aktuelle Trend weg vom Bargeld ein Trend hin zur Freiheitseinbuße für den Bürger ist.

Bargeld ist eine Bastion der Freiheit

Es gilt, das Bargeld gegen den Trend zum elektronischen Geld zu verteidigen; denn ohne Bares sind wir überwachbare und manipulierbare Bürger | Von Roland Tichy

Der Discounter Aldi Nord ermöglicht neuerdings an den Kassen seiner 2400 Filialen das Bezahlen per Handy – kontaktlos, mit Nahfunktechnologie. Auch der Konkurrent Netto plant in diese Richtung und will das Bezahlen mit der digitalen Uhr von Apple anbieten. Bargeld braucht man beim Einkauf dann nur noch in Form der Münze für den Einkaufswagen. Verschwindet das Bargeld? Es sieht beinahe so aus.

Tatsache ist aber auch: Die Bürger horten immer mehr Bares. Besonders begehrt ist die 1000-Franken-Note in der Schweiz. Im Euroraum werden zunehmend 500- und 100-Euro-Scheine bei den Banken abgehoben. Wir sind damit Zeugen eines stillen Krieges um das Bargeld. Selbst die Bundesbank spricht von einem „War on Cash“. Dabei ist die Rechtslage eindeutig: Nur Geldscheine, die auf Euro lauten, sind vollwertiges Geld, unser gesetzliches Zahlungsmittel, so das Bundesbankgesetz in seinem oft vergessenen Paragraph 14. Alles andere ist nur Ersatz. Daher kann jeder die Annahme von Kreditkarte, Überweisung, Scheck ablehnen – nur Bargeld nicht. Alles außer Geldscheinen ist Substitut, geduldeter Ersatz.

Wer öfter ein paar Tausend Euro ohne Begründung abhebt, wird inzwischen angezeigt: Verdacht der Geldwäsche.

Wie steht es also tatsächlich um das Bargeld? Ein Praxistest des Autors zeigte: Es stirbt leise. Nicht einmal der Staat nimmt es noch an. Ein Anruf beim Finanzamt in Bonn, man wolle seine Steuern bar bezahlen, sorgt dort für Verwirrung. Dergleichen hat der Pförtner noch nie gehört, er verbindet weiter, dort verbindet man erneut weiter und so fort. Schließlich die Auskunft: Bar geht nichts – außer in Köln,

FOTOLIA/ELECTRICEYE

Bare Münze – nicht umsonst Synonym für etwa Reelles.

bei einer Filiale der Deutschen Bundesbank, 35 Kilometer entfernt. Ich spreche bei einer Großbank in Frankfurt vor und will von meinem Konto 10 000 Euro abheben. Fehlanzeige: nur mit Anmeldung, frühestens morgen – und den Pass nicht vergessen! Ich werde behandelt wie ein potentieller Drogen- und Menschenhändler.

Das ist keine Übertreibung: Wer öfter ein paar Tausend Euro ohne Begründung abhebt, wird inzwischen angezeigt: Verdacht der Geldwäsche. Ausgenommen sind nur nachvollziehbare Geschäftsmodelle, die (noch) Bargeld erfordern – Restaurants, Marktstände, Einzelhandel. In anderen Fällen gilt ein prinzipieller Verdacht. Auch niedrigere Barbeträge werden von den emsigen Überwachungscomputern zu größeren Beträgen zusammengefasst und analysiert, mit anderen Daten abgeglichen. Abertausende, die Bargeld vorziehen und noch an den Paragrafen 14 glauben, landen im Visier von Zoll und Finanzämtern.

Wie immer im deutschen Verwaltungsapparat, kommt es zu Exzessen der Lächerlichkeit, wie folgender Vorfall zeigt: Ein Schüler sammelt rund 1000 Euro für eine Klassenfahrt und zahlt den Betrag auf einem Konto ein, Verwendungszweck: Sex und Drogen, ein Schülerscherz. Doch die roten Alarmleuchten gehen an, die Staatsgewalt bemächtigt sich des Schülers. Hier entwickelt sich eine Kriminalisierungsstrategie, die längst den privaten Bereich erfasst hat. Wer etwa Bargeld über eine Grenze mitnimmt, macht sich unmittelbar verdächtig.

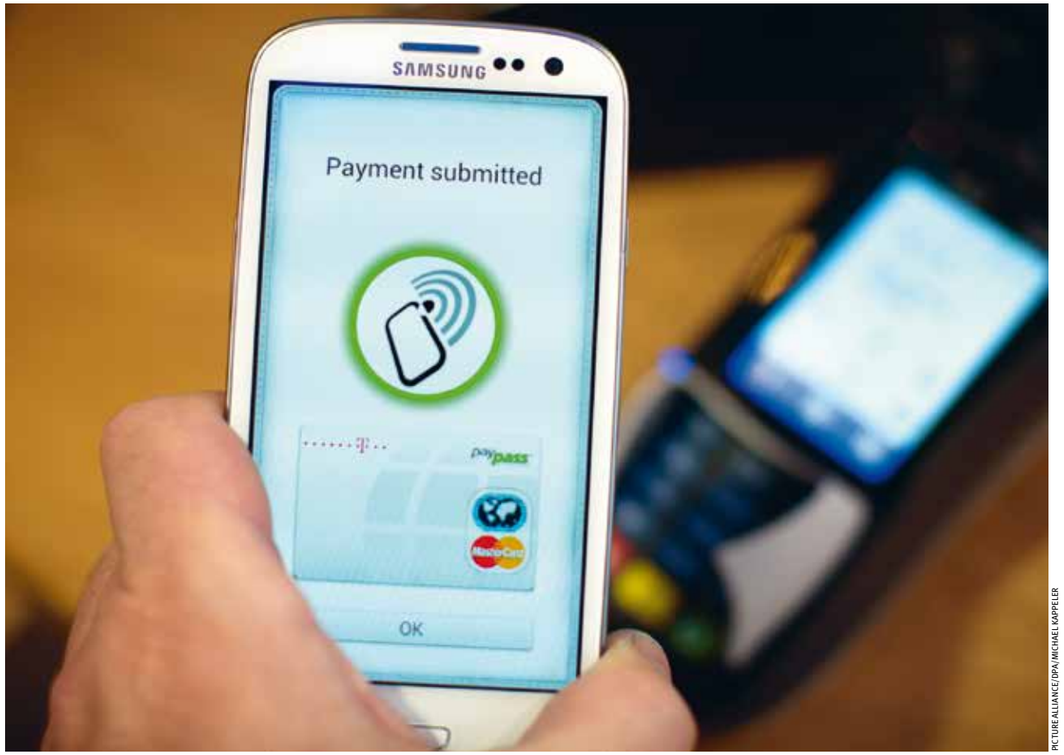
„Hier entwickelt sich eine Kriminalisierungsstrategie, die längst den privaten Bereich erfasst hat."

Die angewandte Verdachtsgrenze liegt dabei weit unter der offiziellen Erlaubnisgrenze von 10 000 Euro. Wenige Tausender bar in der Handtasche – und zuerst prüft der Zoll, dann kommt die Hausdurchsuchung. Bargeld steht offenbar mittlerweile ganz oben auf der Verdachtsliste. Es muss gar nicht erst abgeschafft werden – es stirbt einen leisen Tod. In Dänemark soll bereits keines mehr gedruckt werden. In Frankreich darf ab Sommer nur noch bis 1000 Euro bar bezahlt werden. Die 500-Euro-Scheine sollen ganz verschwinden.

Das Bargeld hat viele, die ihm übel wollen. Der Staat entwickelt sich zum Feind des Bargelds, große Händler sind es schon: Sie lieben unser Geld, aber sie hassen Bargeld. Es macht Mühe, es muss bewacht, gezählt und zur Bank geliefert werden. Sprich: Bargeld kostet den Handel Geld. Deshalb wird Cash soeben wegrationalisiert. Die Banken rechnen sich aus: kein Bargeld = kein Bankraub. Geldautomaten zu betreiben, ist ihnen auch zu teuer. Und: In einer Welt ohne Bargeld sind alle total abhängig von einer Bank, die jederzeit Kreditkarten sperren könnte. Damit nähmen die Banken eine Rolle ein, in der sie unverzichtbar, unangreifbar und letztlich unbelangbar sind, weil ohne sie alles wirtschaftliche Leben zum Erliegen käme. Und vom großen Apple bis zum findigen Berliner Startup reiben sich auch Online-Unternehmen die Hände, wenn sie an den Tod des Bargelds denken. Auch sie werden verdienen, wenn weit mehr als jetzt elektronisch bezahlt, abgebucht und umgebucht wird.

Der mächtigste Feind des Bargelds aber ist die Wirtschafts- und Währungspolitik. Unter dem Druck der Eurokrise betreibt die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihren geldpolitischen Instrumenten eine Politik, die die Finanzierung der Staatsdefizite ermöglichen, die Arbeitslosigkeit reduzieren und das Wirtschaftswachstum beschleunigen soll. Ihre Instrumente sind im Wesentlichen die Zinsen, die sie in begrenztem Maße steuern kann. Deshalb hat die EZB eine Niedrigzinsstrategie durchgesetzt, die jeder Sparer und jeder Lebensversicherte leidvoll erfährt. Nur mit Niedrigzinsen können sich die hochverschuldeten Pleiteländer wie Griechenland noch über Wasser halten.

Wenn die Guthaben von Bürgern und Unternehmen auf den Konten der Banken jeden Tag entwertet, weil nicht mehr verzinst werden, wächst



PICTURE ALLIANCE/DPA/MICHAEL KAPPELER

„Payment submitted", Einkauf bezahlt – mit dem Mobiltelefon. Aldi Nord hat das soeben als erster Discounter in Deutschland in seinen Filialen eingeführt. Eine praktische Idee – und ein weiterer Schritt zu einem Alltag ohne Bargeld, in dem die digitale Signatur des Geldes das Tor zum rundum überwachbaren, gläsernen Bürger öffnet.

die Bereitschaft, das Geld stattdessen auszugeben. Wenn alle morgen in die Kaufhäuser rennen und schwer bepackt wieder herauskommen, springt endlich die Wirtschaft in Europa an, so die Hoffnung. Die Nullzins-Politik ist also auch als eine Art Konsumzwang der EZB zu lesen.

Das geht aber nur, wenn es kein nennenswertes Bargeld mehr gibt. Denn Bargeld ist vor dieser Art von Besteuerung geschützt. Man kann es verstecken. Würde man etwa sogar Negativzinsen in Betracht ziehen, könnte die Existenz von Bargeld eine Währungskrise auslösen: Die Leute würden versuchen, noch schnell ihr Geldvermögen durch Abheben von Barem zu retten. Ein Run auf die Banken und ein möglicher Zusammenbruch des Bankensystems könnten die Folgen sein. Nur wenn es kein Bargeld mehr gibt, kann die Konsummanipulation durch die Zentralbank erfolgreich funktionieren. Wir sollen zu manipulierbaren Konsumenten programmiert werden. Privates Sparen soll sich dem kurzfristigen Manipulationskalkül des Staates unterwerfen.

Bargeld ist also eine Bastion der Freiheit. Es geht beim Pro und Kontra Bargeld nicht nur um Zweckmäßigkeitsfragen. Ohne Bargeld werden wir zu gänzlich durchschaubaren, gläsernen, manipulierbaren Bürgern. Die Umstellung auf elektronisches Geld würde die letzten Schranken vor der umfassenden Kontrolle einreißen. Was immer wir tun: Kreditkarten und EC-Karten hinterlassen die Spur des Geldes und damit die Spuren unserer Lebenswege. Es geht hier um die Freiheit des mündigen Bürgers – vor der Gängelung durch einen sich in seiner Fürsorgemanie allmächtig wähnenden Staat, vor totaler Kontrolle und allgegenwärtiger Manipulation. ◆

Zum Weiterlesen empfiehlt sich das soeben erschienene Buch „Bargeldverbot. Alles, was Sie über die kommende Bargeldabschaffung wissen müssen" von Ulrich Horstmann und Gerald Mann. FinanzBuch Verlag, München 2015. 122 Seiten, 6,99 Euro.

Texte unseres Autors Roland Tichy sowie Gastbeiträge weiterer Autoren gibt es täglich frisch auf seiner Website *Tichys Einblick* – Die liberal-konservative Meinungsseite: rolandtichy.de

EUROPEAN CENTRAL BANK

Dr. Jens Weidmann ist Präsident der Deutschen Bundesbank und Mitglied des Rates der Europäischen Zentralbank (EZB), dem die Mitglieder des Direktoriums der EZB und die Präsidenten der nationalen Zentralbanken angehören. Anlässlich des Zahlungsverkehrssymposiums der Deutschen Bundesbank am 15. Juni 2015 sprach er unter anderem über den digitalen Strukturwandel und die Diskussion um die Abschaffung des Bargelds. DER HAUPTSTADTBRIEF dokumentiert diesen Teil seiner Rede im Auszug.

Bargeld ist beliebtes Zahlungsmittel und sollte es auch bleiben

Die geldpolitische Diskussion um die Existenzberechtigung des Bargelds geht am Problem vorbei – Strukturprobleme lassen sich so nicht lösen | Von Jens Weidmann

Das Internet, soziale Netzwerke und Smartphones prägen heute die Kommunikation, und es bleibt nicht aus, dass die rasante Entwicklung der Kommunikationstechnologie auch zahlreiche Abläufe in Wirtschaft und Gesellschaft erheblich verändert hat. Diese Entwicklung hat sich bislang jedoch kaum im deutschen Zahlungsverkehrsverhalten niedergeschlagen. Doch in jüngerer Zeit wachsen Zahlungsverkehr und mobile Endgeräte stärker zusammen. So ermöglichen zum Beispiel leistungsfähigere Mobiltelefone inzwischen das kontaktlose Bezahlen, wo der Einzelhandel die entsprechenden Bezahlterminals bereithält. Für die regulatorische Begleitung solcher neuer Bezahllösungen ist es wichtig, das notwendige Maß an Sicherheit zu gewährleisten, ohne den Wettbewerb und die Innovationskraft im Zahlungsverkehr zu unterdrücken.

„Dass das Bargeld in den nächsten Jahren aus unserem Alltag verdrängt wird, ist kein realistisches Szenario."

Mancher fragt sich inzwischen, ob das Bargeld in den nächsten Jahren aus unserem Alltag verdrängt wird. Dies ist aus meiner Sicht auf absehbare Zeit kein realistisches Szenario, unter anderem deshalb nicht, weil sich das Bargeld als Zahlungsmittel weiterhin großer Beliebtheit erfreut. Ungeachtet dessen wurde jedoch in den vergangenen Wochen eine noch weitergehende Idee kontrovers diskutiert, nämlich der Vorschlag, das Bargeld von Staats wegen abzuschaffen. Von der Idee einer komplett bargeldlosen Gesellschaft, in der Zahlungen nur noch auf unbarem Weg abgewickelt werden können, versprechen sich die Befürworter unter anderem ein wirkungsvolleres Unterbinden illegaler Aktivitäten im Bereich von Schattenwirtschaft, Steuerhinterziehung und Drogenhandel. Dieses Argument ist letztlich nicht ganz neu, jedoch ging es hier lange Zeit vornehmlich um große Banknotenstückelungen und nicht um das Bargeld als solches.

Ein weiteres Argument contra Bargeld zielt auf die Geldpolitik ab. Die Abschaffung des Bargeldes könne helfen – so die Befürworter –, die sogenannte Nullzinsgrenze zu überwinden. Ohne Bargeld könnten die Notenbanken nämlich den Geschäftsbanken – und in der Folge auch die Geschäftsbanken ihren Kunden – für deren Guthaben Zinsen abverlangen. Die Kaufkraft der Geldbestände würde also nicht nur durch Inflation abnehmen können, sondern auch durch negative Zinsen. Das wiederum würde helfen, die Geldhaltung unattraktiv zu machen und stattdessen Konsum und Investitionen fördern. Und nur die Abschaffung des Bargelds könne verhindern, dass Unternehmen und private Haushalte ihr Geld dann eben unter dem sprichwörtlichen Kopfkissen lagern, um den negativen Zinsen zu entgehen.

Noch gibt es das: Bargeld aus dem Geldautomaten. Befürworter der Abschaffung des Bargeldes führen das Argument an, ohne Bargeld könnten die Banken Minuszinsen auf Guthaben einführen – und die Bürger zwingen, ihr Geld auszugeben, wenn es nicht weniger werden soll. Horten von Bargeld, um es vor Entwertung zu schützen, ginge dann nicht mehr.

FOTOLIA STRYJEK

Ich halte diese Überlegungen im Kern für eine fehlgeleitete Diskussion. Zum einen gilt es, sich bewusst zu machen, dass die sogenannte Nullzinsgrenze keine scharfe, exakt quantifizierbare Zinsuntergrenze genau auf der Höhe der Nulllinie darstellt. Vielmehr handelt es sich eher um eine gewisse Bandbreite im Minuszinsbereich. Wann genau und bei welchem Negativzins es zu umfangreichen Ausweichreaktionen in Richtung Bargeldhaltung kommen würde, weiß wohl niemand vorherzusagen. Auch ein moderater Minuszins dürfte wohl nicht zu einer „Flucht ins Bargeld" führen.

Zudem geht die Diskussion um Minuszinsen und die Existenzberechtigung des Bargelds meines Erachtens am eigentlichen Problem vorbei. Denn warum ist der Leitzins in vielen Ländern der Welt derzeit so niedrig und die Geldpolitik entsprechend expansiv ausgerichtet? Der Grund liegt in der Kombination aus verhaltenen Wachstumsaussichten und einem auf absehbare Zeit gedämpften Inflationsdruck – dies hat letztlich zu einer sehr lockeren Geldpolitik geführt. Folglich sind die ausgesprochen niedrigen Leit- und Kapitalmarktzinsen auch als eine Reaktion auf ökonomische Rahmenbedingungen anzusehen, selbst wenn sich über die Sinnhaftigkeit der konkreten geldpolitischen Maßnahmen im Einzelfall natürlich streiten lässt. Mit anderen Worten: Das Niedrigzinsniveau ist ein Symptom, das auf tiefer liegende Ursachen zurückzuführen ist – und diese Ursachen gilt es in den Blick zu nehmen, insbesondere die Wachstumsschwäche, nicht nur im Euroraum, sondern in vielen entwickelten Regionen der Welt.

Sie gilt es anzugehen – keine neue Aufgabe, aber eine, die immer dringlicher wird. Wir haben es dabei mit einer ganzen Reihe wachstumsbelastender Faktoren zu tun, und keine noch so expansiv ausgerichtete Geldpolitik wird diese beseitigen können. Wachstumsschwäche ist der Kern des Problems – diese Schwäche gilt es zu überwinden, anstatt in kühner Gedankenakrobatik das Bargeld abschaffen zu wollen, damit die Geldpolitik noch expansiver wirken und langfristige Strukturprobleme kurzfristig mit billigem Geld überdecken kann. Finanzielle Repression mittels Negativzinsen ausüben zu wollen, ist kein Ausweg, sondern ein Holzweg. ◆

Der vollständige Text der Rede, die Jens Weidmann beim Zahlungsverkehrssymposium 2015 der Deutschen Bank gehalten hat, ist auf der Website der Deutschen Bundesbank dokumentiert: www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2015/2015_06_15_weidmann.html

DEUTSCHE BUNDESBANK EUROSYSTEM

MS EUROPA | MS EUROPA 2

EINE KLASSE FÜR SICH.

„Keine anderen Schiffe erreichen zurzeit die hohen Standards, die MS EUROPA und MS EUROPA 2 und ihre Crews setzen.“

Douglas Ward, Berlitz Cruise Guide

Erst zum zweiten Mal in der Geschichte des Berlitz Cruise Guide haben es 2015 zwei Schiffe in die exklusivste Wertungskategorie geschafft: 5-Sterne-plus. Erleben Sie jetzt eleganten Luxus und die große Freiheit der höchsten Kategorie.

Hapag-Lloyd Kreuzfahrten

www.hl-kreuzfahrten.de

BUNDESPRESSEAMT

Dr. Angela Merkel ist Bundeskanzlerin. Beim Tag des deutschen Familienunternehmens 2015 sprach sie über die Chancen der zunehmenden Digitalisierung für die deutsche Wirtschaft und die Rolle von internationalen Handelsabkommen für deren Wettbewerbsfähigkeit. DER HAUPTSTADTBRIEF gibt ihre Rede im Auszug wieder.

Die Zukunft ist digital und global – dafür müssen wir Deutschland fit machen

Deutschland steht zurzeit wirtschaftlich recht gut da, aber es stehen entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft an | Von Angela Merkel

Die deutsche Wirtschaft steht zurzeit relativ gut da. Nach der Konjunkturdelle 2013 hat sich die Stimmung wieder aufgehellt – was indessen auch sehr stark mit externen Faktoren zusammenhängt, mit dem niedrigen Ölpreis, mit dem Euro-Dollar-Wechselkurs. Insofern besteht kein Anlass zu überschwänglicher Zufriedenheit – die Situation ist gut für die einen, kann aber auch eine Beschwernis für andere sein.

Und das ist auch nur die momentane Situation. Wir stehen insgesamt großen Herausforderungen gegenüber. Ein Thema, das mich dabei besonders umtreibt, ist die Digitalisierung. Wir alle können uns gar nicht zu viel mit ihren Auswirkungen in allen Bereichen auseinandersetzen, denn sie wird unser Leben verändern – gleichgültig, ob wir das begrüßen oder nicht.

„In den USA ist alles erlaubt, was nicht verboten ist. Bei uns ist beim Datenaustausch alles verboten, was nicht erlaubt ist.“

Ein Beispiel von vielen: Wer an der Schnittstelle zwischen Konsument und Produkt ist, wird in Zukunft die Gewinne machen. Wenn sich die Schnittstelle in Richtung Internetanbieter verschiebt und die klassische deutsche Industrie zum Zulieferer von Menschen wird, die mit ihrer Internet- und Kundenerfahrung mehr über den Kunden wissen als die Industrie, dann kann daraus ein Problem entstehen. Da findet ein Wettbewerb darum statt, wer die Nachfragesituation und die Vorlieben und Bedürfnisse der Kunden besser kennt – der, der eine Ware produziert oder der, der im Internet Daten über die Kunden sammelt.

Deshalb ist die Digitalisierung mehr als nur die Industrie 4.0, die sich im Wesentlichen mit dem Kommunizieren von Unternehmen und Maschinen beschäftigt. Sie ist das Internet der Dinge und Personen, in dem alles, was zum Datenaustausch vernetzt werden kann, miteinander kommunizieren wird. Wer Daten am geschicktesten erhebt und daraus am besten neue Wertschöpfung betreibt und neue Produkte kreiert, wird gewissermaßen der Champion der Zukunft sein.

Wir haben mit der Digitalen Agenda versucht, die politischen Rahmenbedingungen dafür zu setzen, dass Deutschland dabei die Nase vorn haben kann. Aber ich sage nichts Falsches, wenn ich sage: Europa ist zu langsam. In den USA ist alles erlaubt, was nicht verboten ist. Deshalb können sich die Unternehmen relativ frei entfalten. Bei uns ist im Hinblick auf den Datenaustausch alles verboten, was nicht erlaubt ist. Deshalb muss die Politik proaktiv handeln. Allein wenn ich sehe, welche Diskussionen wir in

der EU seit Jahren über das Thema Netzneutralität führen – etwa im Hinblick auf die Entscheidung darüber, ob bestimmte Spezialdienste wie das autonome Fahren und die Telemedizin angeboten werden können – dann kann ich sagen: Da werden gesicherte Bandbreiten und Datenübertragungsmengen notwendig sein und ganz klar garantiert werden müssen. Wenn wir nicht die notwendigen Regelungen dazu haben, dann wird in diese Bereiche nicht investiert, dann fallen wir zurück.

Dazu kommt der gesamte Bereich Datenmanagement. Bei uns hat Datenschutz aus guten Gründen einen sehr hohen Stellenwert. Aber wer nur dem Schutzgedanken nachhängt und nicht auch dem Gedanken, dass es auch etwas Gutes ist, aus verfügbaren Daten mehr Erkenntnis zu machen, wer hierbei keine richtige Balance findet und zu ängstlich ist, der wird an vielen Wertschöpfungen der Zukunft nicht teilnehmen. In Brüssel wird im Augenblick über eine sogenannte Datenschutzgrundverordnung diskutiert, die dann unmittelbar geltendes Recht für alle EU-Mitgliedstaaten sein wird. Mit der Entscheidung darüber wird sich das Management von Big Data entscheiden – und unsere Industrie ist hierbei auf ein vernünftiges Management angewiesen.

„Wer Daten am geschicktesten erhebt und daraus am besten neue Produkte kreiert, wird der Champion der Zukunft sein."

Wir werden in Europa wahrscheinlich gut vorankommen, was anonymisierte Daten anbelangt. Aber Kunden werden auch aus kundenspezifischen Daten erwachsende Produkte gern wollen. Zurzeit haben wir in Europa die Situation, dass über amerikanische Unternehmen wie Google und Facebook eine Unzahl von Daten gesammelt wird. Es gibt ein Abkommen zwischen der EU und den USA, das sogenannte „Safe-Harbor-Abkommen", demzufolge Daten nach Amerika transportiert werden dürfen. Da bei uns das Big-Data-Management nicht geregelt ist, werden dort die neuen Apps, Applikationen, Anwendungen und Programme entwickelt. Anschließend freuen sich die europäischen Kunden über die neuen Applikationen. Das ist aber keine Arbeitsteilung, die wir in Europa auf Dauer akzeptieren können. Wir müssen selbst aktiv an dieser Wertschöpfung teilnehmen. Wettbewerbsrechtlich zu prüfen, ob es Probleme mit Google und anderen gibt – wie es bereits etwa mit Microsoft geschehen ist –, ist das eine. Aber lediglich durch Abblockversuche gegen ihre Vormachtstellung anzugehen, wird uns nicht helfen, sondern wir müssen selbst einen konstruktiven Ansatz finden.

Ein Thema, das uns in Deutschland angesichts des demografischen Wandels bekanntlich stark beschäftigt, ist die Fachkräftesicherung. Wir haben inzwischen sehr hohe Studienanfängerquoten. Das ist gut so, und die Bundesregierung hat über den Hochschulpakt dieser Entwicklung voran geholfen. Aber wir müssen jetzt aufpassen, dass uns die berufliche Bildung nicht zu sehr wegbricht. Wenn – mit Recht – die Digitalisierung überall Thema ist, dann entsteht schnell der Eindruck, damit könne nur noch klarkommen, wer studiert habe. Das ist falsch. Wir wissen von den Mechatronikern und anderen Facharbeitern, dass sie sehr wohl mit der Digitalisierung klarkommen. Wir brauchen aber die angemessenen, zukunftsfähigen Berufsbilder für eine neue Zeit. Und wir brauchen sie bald, denn die Digitalisierung wird unsere gesamte Arbeitswelt durcheinanderwirbeln. Wir brauchen – auf allen beruflichen Ebenen – Fachkräfte, die daran mitwirken, dass Deutschland international wettbewerbsfähig ist und bleibt.

In diesem Zusammenhang möchte ich unterstreichen, wie wichtig ein klares Bekenntnis zum Freihandel zur Erreichung dieses Ziels ist. Deutschland ist ein Exportland. Wir sind mit dem Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada (CETA) so gut wie fertig. Das gesamte Paket muss jetzt nur noch verschnürt werden, es ist ausverhandelt und befindet sich in der abschließenden Prüfung. Wir wollen auch ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan abschließen. Das ist alles andere als einfach, etwa im Bereich der Automobilindustrie. Aber wir haben mit dem EU-Handelsabkommen mit Südkorea, das 2011 in Kraft trat, die Erfahrung gemacht, dass der Export Deutschlands nach Südkorea immens gestiegen ist.

FOTOLIA / VICTORIA

Digitalisierung ist mehr als nur die Industrie 4.0, das Kommunizieren von Unternehmen und Maschinen. Digitalisierung ist das Internet der Dinge und Personen, in dem alles, was zum Datenaustausch vernetzt werden kann, miteinander kommunizieren wird. Wer Daten am geschicktesten erhebt und neue Produkte kreiert, wird der Champion der Zukunft sein.

Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, noch in diesem Jahr möglichst viele Fortschritte beim Freihandelsabkommen TTIP mit den USA zu machen. Die Zollbarrieren zwischen der EU und Amerika sind bereits heute nicht besonders hoch. Sie existieren noch weit mehr im Agrarbereich als im industriellen Bereich. Es geht dabei vor allem um nichttarifäre Hindernisse wie Genehmigungs- und Zertifizierungsprozeduren. Orange Rückleuchten, gelbe Rückleuchten – alles muss neu zugelassen werden. Das kostet Milliarden Euro. Man geht an die Standards heran – das ist mühselig, und es ruft verbreitet Unmut und Kritik hervor. Man sollte dabei aber auch bedenken, dass die europäischen Standards nun wirklich nicht überall höher sind als die amerikanischen. Wir sollten also nicht so tun, als wären wir die Einzigen, die wüssten, wie man Standards setzt.

Warum könnte es ein Riesengewinn sein, wenn wir dieses Abkommen hätten? Weil wir dann als zwei riesige Wirtschaftsräume auch Standards für andere Handelsabkommen weltweit setzen würden. Früher hat sich die Wertschöpfung eines Produkts sehr häufig zu 100 oder 80 Prozent in einem Land, in einem Betrieb mit seinen Nebenbetrieben oder Zulieferern im selben Land vollzogen – die Ware hat das Land, in dem sie erzeugt wurde, nicht verlassen. Dann wollte man das Produkt exportieren. Die existierenden Zölle behinderten das, und man hat Zölle abgebaut.

Heute verlaufen Wertschöpfungsketten so, dass im Durchschnitt 40 Prozent der Wertschöpfung in anderen Ländern stattfinden – oft auch außerhalb der EU, zum Beispiel im asiatischen Bereich. Dann wird das Vorprodukt zu uns transportiert, weiterverarbeitet und anschließend wieder exportiert. Nun ist davon auszugehen, dass wir in Zukunft bei 60 Prozent Wertschöpfung im Ausland landen werden. Wenn jetzt begonnen wird, in den Handelsabkommen auch die Standards zu berücksichtigen, sind wir unserer Zeit ein Stück voraus. Das wird sich auszahlen. Deshalb ist dieses Abkommen zwar schwierig zu verhandeln, aber von allergrößter Wichtigkeit für uns und für unsere Wettbewerbsfähigkeit. ◆

DAIMLER

Dr. Dieter Zetsche ist seit 2006 Vorstandsvorsitzender der Daimler AG. Auf dem Tag des deutschen Familienunternehmens 2015 sprach er über bisherige und künftige Auswirkungen der Digitalisierung auf das Unternehmen. DER HAUPTSTADTBRIEF gibt seine Rede im Auszug wieder.

Industrie 4.0 braucht Innovation und Risikobereitschaft

Wir müssen nicht das Rad neu erfinden – die Digitalisierung aller Lebensbereiche erfordert aber mindestens ebenso viel Mut zum Neuen | Von Dieter Zetsche

Die Entwicklung des Automobils ist eng mit zwei Namen verbunden: Gottlieb Daimler und Carl Benz, den Gründervätern der Daimler AG. Mit der Motorkutsche von Daimler und dem Dreirad von Benz begann 1886 die Erfolgsstory des Autos. Heute, 130 Jahre später, sind wir noch immer gut im Geschäft. Gleichzeitig werden wir uns in den kommenden Jahrzehnten massiv verändern müssen, damit das so bleibt. Unsere Branche ist im Umbruch. Derzeit ist vor allem die Elektrifizierung des Antriebs Gegenstand vieler Diskussionen. Da ist dann häufig zu hören: Die Idee ist gut, aber noch nicht durchführbar – zu hohe Kosten, zu kurze Reichweiten, fehlende Infrastruktur.

Die Bundesregierung hat bekanntlich das Ziel ausgegeben, bis 2020 eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen zu haben. Auch gilt hierbei gilt allerdings: Die erste Million ist immer die schwerste. Die gute Nachricht hingegen: Wir sind nur noch 972 000 Einheiten von diesem Ziel entfernt. Trotzdem werden wir langfristig CO_2-frei unterwegs sein, da gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Eine weitere Entwicklung, die unsere Branche von Grund auf ändern wird, ist die Digitalisierung. Über die gesamte Wertschöpfungskette verändern digitale Prozesse unsere Arbeitsweise, von der Entwicklung über die Produktion bis hin zum Vertrieb. Und auch der Kontakt zu Mitarbeitern, zu Geschäftspartnern, Zulieferern und Kunden verändert sich signifikant. Was erwarten wir in dieser Hinsicht konkret? Wie wird die Digitalisierung die Automobilbranche revolutionieren?

Der Bereich, in dem die Veränderungen für unsere Kunden am greifbarsten werden, sind unsere Produkte. Umfragen zufolge halten sich neun von zehn Deutschen für überdurchschnittlich gute Autofahrer. Neun von zehn Verkehrsunfällen gehen indessen auf menschliches Versagen zurück. Digitalisierung im Auto bedeutet zwar auch Risiko – hauptsächlich aber dann, wenn am Steuer während der Fahrt nebenher benutzte digitale Kleingeräte die Aufmerksamkeit ablenken. Computer aber, richtig eingesetzt, sind im Straßenverkehr verlässlicher als der Mensch. Sie werden nie unaufmerksam oder müde, sie kennen keine Schrecksekunden, sie lassen sich nicht provozieren und haben stets alles im Blick.

> *„Über die gesamte Wertschöpfungskette verändern digitale Prozesse unsere Arbeit – von der Entwicklung bis zum Vertrieb."*

Schon heute hat unsere S-Klasse über zwanzig digitale Hilfsfunktionen an Bord. Solche intelligenten Helfer machen unsere Autos sicherer.

DAIMLER

Gemischtes Doppel dank Digitalisierung: Daimler war der erste Automobilhersteller, der beispielweise bei der Cockpitmontage (hier im Bild) Roboter eingesetzt hat. Dabei führt ein Mitarbeiter den Roboter an joystickartigen Hebeln ohne Kraftaufwand und körperliche Belastung für ihn selbst punktgenau zur Einbaustelle.

Gleichzeitig ebnen sie fast zwangsläufig den Weg zum autonomen Fahren. Wie weit wir in diesem Punkt bereits sind, haben wir bei Daimler schon mehr als einmal bewiesen. 2013 legte eine S-Klasse rund 100 Kilometer im Alltagsverkehr autonom zurück auf der berühmten Bertha-Benz-Strecke. Im letzten Jahr haben wir gezeigt, dass Fahren ohne Fahrer auch eine Nummer größer geht mit unserem Mercedes-Benz Future Truck. Und vor gut einem Monat haben wir in Nevada den ersten autonomen Lkw mit Straßenzulassung überhaupt präsentiert.

Beim autonomen Fahren geht es um Sicherheit und Wirtschaftlichkeit, aber nicht zuletzt auch um Lebensqualität. Unser Forschungsfahrzeug F 015 ist so etwas wie ein fahrendes Wohnzimmer – das man, um einem verbreiteten Irrtum vorzubeugen, auch weiterhin selbst steuern kann, wann immer man möchte. Man braucht es aber eben nicht mehr zu tun. Viele Menschen mit körperlichen oder altersbedingten Einschränkungen können bislang kein Auto fahren und würden es gewiss als einen Zuwachs an Lebensqualität schätzen, wenn sie individuell mobil werden können.

Aber natürlich werden nicht nur unsere Fahrzeuge immer digitaler, ihre Produktion wird es ebenfalls. Häufig fällt in diesem Zusammenhang das Schlagwort Industrie 4.0 – eines dieser Schlagworte, die jeder kennt, aber kaum jemand erklären kann. Daher ein Praxisbeispiel aus unserer Produktion: Pro Tag gießen wir in Stuttgart rund 10 000 Zylinderköpfe. Durch Big-Data-Analyse konnten wir dabei die Ausschussquote um rund 83 Prozent senken, die Qualitätssicherungskosten halbieren und die Produktivität innerhalb von zwei Jahren um 25 Prozent steigern.

Damit aber nicht genug. Durch Online-Arbeit können sich die verschiedenen Standorte in unserem Produktionsnetzwerk sehr viel enger abstimmen. Allein die C-Klasse wird heute auf vier Kontinenten produziert und wurde in einem halben Jahr auf vier Kontinenten mit der jeweils unterschiedlichen lokalen Zulieferkette in den Anlauf gebracht bis zur vollen Stückzahl. Auch das wäre ohne die komplette Vernetzung völlig unmöglich gewesen.

Auch für die Kooperation mit unseren Zulieferern eröffnen sich neue Möglichkeiten. Abweichungen

an einer Produktionsanlage können beispielsweise per Ferndiagnose erkannt, analysiert und gelöst werden, noch bevor sie zum Problem in der Produktion werden. Nicht zuletzt können wir unsere Produktion dank Digitalisierung sehr flexibel gestalten. Das müssen wir auch, schließlich nimmt die Vielfalt in unserem Portfolio seit Jahren stetig zu. Von unserem Flaggschiff S-Klasse beispielsweise laufen praktisch keine zwei Modelle vom Band, die identisch wären.

Wie schaffen wir das? Zum Beispiel durch die direkte Zusammenarbeit von Menschen und Robotern, die wir als erster Automobilhersteller in unserer Montage eingeführt haben. Je nach Auslastung greifen die Mitarbeiter auf einen oder mehrere Roboter zu, setzen diese mal an der einen, mal an der anderen Station ein oder arbeiten direkt mit ihnen zusammen. Das ist übrigens genau das Gegenteil von dem, was die meisten Menschen als Vorstellung entwickeln, wenn sie von der Produktion 4.0 hören, nämlich menschenleere Fabriken, in denen die Maschinen alles stattfinden lassen. Im Gegenteil werden wir die Schutzzäune um unsere Roboter beseitigen und mit ganz anderen flexibleren kleineren Robotern jeden nach seinem Talent einsetzen, den Roboter und den Mitarbeiter. Solche „smart factories“ haben viele Vorteile. Die Qualität steigt, weil wir Fehler vermeiden, bevor sie entstehen. Die Produkte gelangen schneller zur Marktreife, und wir können sehr viel besser auf Kundenwünsche eingehen.

Allerdings: Die digitale Infrastruktur ist hierzulande laut einer aktuellen EU-Studie bestenfalls Mittelmaß. Bei der Verfügbarkeit schneller Breitbandanschlüsse ist Deutschland sogar nur auf Platz 20 von insgesamt 28 EU-Staaten. Wenn wir hier weiter Mittelmaß bleiben, dann gefährden wir die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Einen kurzen Draht haben wir dagegen dank Digitalisierung zu potentiellen Kunden. Jeder zweite Deutsche nutzt mittlerweile ein Smartphone mit Internetzugang, und „Teilen statt Besitzen“ ist im Trend. Beides zusammen eröffnet uns ganz neue Geschäftsmodelle. Schon 2008 haben wir unser Carsharing-System car2go gestartet. Autofahren, ohne ein Auto zu besitzen, ist für unterschiedliche Zielgruppen ein außerordentlich attraktives Prinzip. In Berlin haben wir über 1200 Smarts laufen, die weltweit größte Flotte unseres Carsharing-Programms. Per Smartphone-App lässt sich das nächste Fahrzeug problemlos orten und buchen. Die Abrechnung erfolgt ähnlich wie bei einem Mobilfunk-Vertrag minutengenau.

Wie uns die digitale Welt neue Geschäftsmodelle ermöglicht, so verändert sie auch den Arbeitsalltag. Neue Arbeitsabläufe erfordern neue Kompetenzen, aber auch eine neue Unternehmenskultur. Mehr denn je müssen wir unsere Erfahrung als Weltkonzern mit den Stärken eines Startups verbinden. Das heißt vor allem: Eigeninitiative, Offenheit für neue Ideen und interdisziplinäre Zusammenarbeit. Dass das bisher ganz gut klappt, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass Mercedes-Benz kürzlich als die innovativste Automarke des letzten Jahrzehnts ausgezeichnet wurde.

> *„Mehr denn je müssen wir unsere Erfahrung als Weltkonzern mit den Stärken eines Startups verbinden.“*

Damit das so bleibt, haben wir zum Beispiel den Digital Life Day, an dem gute Ideen den Vorstand direkt erreichen – der sich selbst auch nicht optimaler digitaler Kompetenz rühmen kann. Und genau deshalb drehen wir die Abläufe um und lassen die kompetenten, netzaffinen jungen Leute aus dem Unternehmen zum Zuge kommen. Als eines der ersten Unternehmen weltweit haben wir den Kurznachrichtendienst WhatsApp genutzt, um mit potentiellen Bewerbern Kontakt aufzunehmen – mit großem Erfolg. Das heißt aber auch: mehr Mut zum Risiko – denn würden wir heute Autos bauen, wenn Gottlieb Daimler und Carl Benz nie ins Risiko gegangen wären? ◆

AXEL SPRINGER.DE

Dr. Mathias Döpfner ist Vorstandsvorsitzender der Axel Springer SE. Beim Tag des deutschen Familienunternehmens 2015 sprach er über „Die digitale Revolution aus Sicht eines Medienunternehmens“. DER HAUPTSTADTBRIEF dokumentiert die Kernpunkte seiner Rede.

Guter Online-Journalismus ist sein Geld ebenso wert wie eine gute Zeitung

Die Medienbranche muss sich der Digitalisierung öffnen, ohne ihrer Kernkompetenz untreu zu werden – und neue Erlöswege beschreiten | Von Mathias Döpfner

Das Thema digitale Transformation ist ein Thema, das alle betrifft. Die deutsche Autoindustrie hat längst begriffen, dass sie – wenn sie sich nicht beeilt, dem gegenzusteuern – in Zukunft nur noch Aluminium um etwas herum bauen wird, das anderswo geplant und gefertigt wird. Die Bankenindustrie hat verstanden, dass derjenige, der Bankenlizenzen und Kundendaten besitzt, möglicherweise in Zukunft mit einer ganz anderen Effizienz Bankgeschäfte machen kann als bisher – und dass Banken, so wie wir sie heute kennen, dann vielleicht gar nicht mehr gebraucht werden.

Und vom Vorstandsvorsitzenden einer der größten europäischen Versicherungen hörte ich die Einschätzung, dass – sofern innerhalb der nächsten fünf Jahre nicht ein absolutes Transformationswunder der Versicherungswirtschaft geschieht –, auch dort eine massive disruptive Veränderung, eine Veränderung der Branche bis hin zur drohenden Auflösung, zu erwarten ist. Auch hier ist einer der Kernpunkte die Information über den Kunden – die perfekte Transparenz, die dazu in die Lage versetzt, beispielsweise eine Autoversicherung maßgeschneidert anzubieten, weil man genau weiß, wie viel jemand fährt, wie schnell jemand fährt, wohin er fährt. Die Digitalisierung geht einher mit gewaltiger Disruption, mit der Verbreitung von Technologien bis hin zur völligen Verdrängung der bisherigen. Die unfassbaren Chancen, die sich aus dieser Veränderung ergeben, übertreffen meines Erachtens die Risiken – ohne diese verharmlosen zu wollen – bei weitem. Und man muss sich im Klaren darüber sein: Es betrifft uns alle.

So weiterzumachen wie bisher, wird nicht ausreichen. So wichtig es ist zu wissen, was man am besten kann, und dann auf diese Kernkompetenzen zu setzen – das allein ist in Zeiten des radikalen Wandels, der radikalen Transformation eben nicht genug. Nur wer sich ändert, bleibt sich treu und kann bestehen – das gilt im Zeichen der Digitalisierung für nahezu jedes Geschäft. Und es kommt genau auf diese feine Balance an: auf der einen Seite Grundlegendes zu verändern und auf der anderen Seite aber auch zu wissen, was bleibt, was wirklich die Grundlage des Geschäfts ist.

> *„Die wichtigsten Errungenschaften der Zivilisationsgeschichte sind die Sprache, die Schrift, die Druckkunst – und nun die Digitalisierung.“*

Ein Kutschenhersteller, der bei der Erfindung des Automobils entschlossen war, das von Pferden gezogene Kutschengeschäft gegen jede Veränderung zu verteidigen, wurde vermutlich von der Automobilrevolution hinweggefegt. Hat er für sich definiert, dass sein Kerngeschäft der bestmögliche Transport von Menschen und Dingen von einem Ort zum anderen ist, dann hat er vielleicht auf Automobile umgestellt und die Transformation erfolgreich bestanden.

So ähnlich geht es auch der Medienbranche heute im Zuge der Digitalisierung, die ja eine der wichtigsten Veränderungen und Errungenschaften der Zivilisation überhaupt darstellt. Die wichtigsten Veränderungen oder Errungenschaften der Zivilisationsgeschichte sind für mein Dafürhalten die Sprache, die Schrift und die Druckkunst. Nur durch die Druckkunst konnte Wissen, bis dahin Basisprivileg aristokratischer Eliten, zu einem demokratisch geteilten Gut werden. Die Druckkunst hat das Buch zu einem demokratischen Allgemeingut gemacht, zu einem vervielfältigbaren Gut. Und schließlich jetzt als vierte große Errungenschaft die Digitalisierung, die das alles auf eine völlig neue Entwicklungsstufe hebt, die es beschleunigt, intensiviert und globalisiert, die das Phänomen der Gleichzeitigkeit hervorruft. Was das alles letztlich bewirken wird, wissen wir noch nicht. Es wird sich vieles verändern, aber die Welt wird deswegen nicht notwendigerweise schlechter werden. Wenn wir es richtig machen, kann sie sogar sehr viel besser werden.

Für ein Medienunternehmen wie Axel Springer bedeutet all das erheblichen Veränderungsbedarf. Ich bin fest davon überzeugt: Wenn wir davon ausgehen, dass unser Kerngeschäft das Bedrucken von Zeitungspapier mit Nachrichten oder Unterhaltung ist, dann wird es Verlage, wie wir sie kennen, in einigen Jahren nicht mehr geben. Die Zahlen, und zwar weltweit, sprechen schon heute für sich: Dramatische zweistellige Rückgänge bei den Auflagen gedruckter Zeitungen, dramatische zweistellige Rückgänge im Anzeigengeschäft. Ich meine, dass gedruckte Zeitungen noch viele Jahre ein profitables Geschäft sein können – aber ein wachsendes Geschäft sind sie mit Sicherheit nicht mehr. Sie sind ein Konsolidierungsgeschäft.

Es geht also um die Frage, wie gut und für wie lange dieser strukturelle Rückgang noch profitabel gemanagt werden kann. Das allein ist keine Perspektive für ein Unternehmen. Unsere Herausforderung darf nicht darin bestehen, die Zeitung auf bedrucktem Papier retten zu wollen, sondern unsere Aufgabe muss es sein, die Idee der Zeitung vom Papier zu emanzipieren. Das Prin-

PLASTIC LOGIC

Um online Zeitung zu lesen, braucht man heute noch einen Computer, ein Smartphone oder ein Tablet. Aber schon bald werden Zeitungen auf elektronischem Papier verfügbar sein, die foliendünn sind, die sich falten und in die Tasche stecken lassen wie Papier. Im Bild ein biegsames ePaper-Display.

zip Zeitung aber – einer markengebundenen, von professionell ausgebildeten Journalisten und Redakteuren erstellten Informations- und Unterhaltungsmischung – ist keineswegs auf analoge Vertriebswege, sprich auf bedrucktes Papier, beschränkt. Wir haben das Prinzip und damit die Zeitung als erfolgreiches Geschäftsmodell in die digitale Welt zu überführen. Und wir haben bereits vor vielen Jahren begonnen, uns dieser Herausforderung zu stellen.

Als ich vor rund 13 Jahren zum Vorstandsvorsitzenden ernannt wurde und die neue Strategie des Unternehmens im Sinne einer radikal digitalen Transformationsstrategie präsentierte, da lautete die Überschrift einer maßgeblichen deutschen Zeitung: Jugend forscht. Das war damals die verbreitete Haltung. Wir haben dessen ungeachtet seither konsequent daran gearbeitet, das zu tun, was ein Verlag auch in der analogen Welt tut, aber mit einer klaren Orientierung auf die digitalen Vertriebswege.

Das heißt: guten Journalismus machen und ihn auf drei Wegen monetarisieren – durch den zahlenden Leser, der eine Ausgabe am Kiosk kauft oder ein Abonnement abschließt, durch den zahlenden Anzeigenkunden, der die Reichweite und Glaubwürdigkeit dieser Medienmarke nutzt, um seine kommerzielle Botschaft möglichst effizient zu kommunizieren, und drittens durch den zahlenden Kleinanzeigenkunden, der einen Job sucht, ein Auto verkaufen oder sein Haus vermieten will. Das war das Geschäftsmodell, und das ist heute noch das Geschäftsmodell von Axel Springer – nur dass wir heute 63 Prozent unseres Umsatzes mit digitalem Geschäft erwirtschaften, 81 Prozent unseres Anzeigenumsatzes und 73 Prozent unseres operativen Ergebnisses.

Das Unternehmen ist also heute in vielen Dingen ein anderes, aber es ist seinen Grundprinzipien treu geblieben. Die Präambeln des Unternehmens, sich für die deutsche Einheit und die europäische Einigung einzusetzen, sich für die Lebensrechte des Staates Israel zu engagieren, sich für die transatlantische Allianz und die freiheitlichen Werte der Vereinigten Staaten zu engagieren, sich für die freie und soziale Marktwirtschaft zu engagieren und gegen jede Art von politischem Totalitarismus, das sind die fünf Präambeln, die seit vielen Jahren in diesem Unternehmen in Mitarbeiterverträgen festgeschrieben sind. Und diese Werte spielen heute wahrscheinlich eine größere Rolle als vor 17 Jahren, als ich in das Unternehmen gekommen bin.

Wir sind uns treu geblieben, sind aber gleichzeitig in der konkreten Umschichtung eines Portfolios und in der Definition unserer Produkte ein völlig anderes Unternehmen geworden. Dabei sind auch sehr radikale, sehr schmerzliche Entscheidungen zu treffen gewesen. So haben wir vor etwas mehr als einem Jahr unsere gesamten Regionalzeitungen und praktisch unser gesamtes Zeitschriftenportfolio verkauft, darunter das Hamburger Abendblatt – die erste Zeitung, die Axel Springer gegründet hat. Auch die Hörzu war darunter – das erste Produkt überhaupt, das Axel Springer direkt nach dem Krieg gegründet hat. Wir haben die beiden Gründungsprodukte des Hauses verkauft – etwas Emotionaleres gibt es gar nicht. Aber ein Aufgeben dieser vom strukturellen Wandel besonders betroffenen Produkte in unserem Portfolio war notwendig, um das Unternehmen, seine Werte und seine wirtschaftliche Perspektive langfristig zu sichern.

> *„Nicht die Zeitung auf bedrucktem Papier retten zu wollen, ist die Aufgabe, sondern die Idee der Zeitung vom Papier zu emanzipieren."*

Wir glauben daran, dass die Digitalisierung des Mediengeschäfts nicht zwangsläufig dazu führen muss, dass der Journalismus schlechter wird. Man hört ja häufig dieses kulturkritische Jammern darüber, der Online-Journalismus sei so oberflächlich, weil er so schnell sein müsse und die Redaktionen auch gar kein Geld mehr hätten. Das ist richtig, das gibt es. Aber es ist nicht unausweichlich. Die Redaktionen werden Geld haben, wenn ihre Geschäftsmodelle florieren. Deswegen ist es so wichtig, dass sich die Bezahlkultur durchsetzt. Und ich bin heute sehr viel optimistischer, als ich das noch vor zwei oder drei Jahren war, dass das in einigen Jahren weltweit eine Art von Industriestandard sein wird. Denn: Was nichts kostet, ist nichts wert. Das gilt heute wie einst.

Wenn wir ernsthaft glauben würden, dass das, was wir von morgens bis abends machen, nämlich Geschichten recherchieren und von professionellen Journalisten so aufbereiten lassen, dass die Leser etwas lernen, was sie vorher nicht wussten, und Spaß dabei haben – wenn wir davon ausgingen, das sei weniger wert als eine Tasse Kaffee oder ein Computerspiel oder eine SMS, dann sollten wir besser sofort aufhören. Es muss uns gelingen, dass Bezahlkultur sich durchsetzt. Wir erwirtschaften heute schon mit unseren digitalen Angeboten teilweise Margen, die über dem liegen, was man mit dem analogen Printgeschäft erreichen konnte – natürlich auch aufgrund der niedrigeren Kostenbasis: keine Papierkosten, keine Druckkosten, keine Vertriebskosten, nur noch für die bestmögliche Technologie, für bestmögliches Marketing und für bestmögliche redaktionelle Qualität.

Es gibt also auf dem Zeitungssektor keinen Anlass zu Kulturpessimismus. Wir müssen diese Herausforderungen nur in einer Weise annehmen, die die Balance hält zwischen der Bewahrung eines Traditionsguts und der aktiven und offensiven Gestaltung der neuen anderen Möglichkeiten, die sich uns bieten. Von dem Ökonomen Peter Ferdinand Drucker stammt der Satz: The best way to predict the future is to create it – die beste Art, die Zukunft vorauszusagen, ist sie (mit-) zu gestalten. An dieses Motto haben wir uns gehalten und sind bisher ganz gut damit gefahren. ◆

Zielstrebig

Endstation Brandenburger Tor: Nach insgesamt 3 km Vortrieb wird Tunnelbohrer Bärlinde auch die 2. Röhre der neuen U5 präzise und verlässlich fertigstellen.

Bauherr:
› Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
Auftraggeber:
› Implenia

Innovativ

Speziell modifizierter Herrenknecht-Bohrer für „Vortrieb mit erhöhter Dichte“ inmitten Berlins. **Unterquert sicher Spree und Spreekanal** – bei geringsten Überdeckungen bis zu 5 m, sandigen Geologien und hohem Grundwasserdruck.

Verlässlich

Seit über 30 Jahren erfolgreich in der Hauptstadt unterwegs – bis dato mit rund 80 AVN und 13 Mixschilden.

Pioneering Underground Technologies

HERRENKNECHT
Tunnelvortriebstechnik

› www.herrenknecht.com

Europa und die Welt im Blick

Deutschlands Familienunternehmer suchen den Erfolg in den Nachbarländern und auf neuen Märkten in aller Welt

Der Tag des deutschen Familienunternehmens ist zu einem wichtigen Datum im Kalender der deutschen Hauptstadt geworden, auch die Bundeskanzlerin hat ihn sich notiert. Am 12. Juni 2015 sprach sie zu den rund 400 Gästen, in deren Unternehmen Millionen Menschen durch die Erzeugung hochwertiger Güter zum Wohlstand Deutschlands beitragen. Ein Grund zur Zufriedenheit, so Angela Merkel, doch keiner zur Selbstgefälligkeit. Die deutsche Wirtschaft stehe vor der gewaltigen Aufgabe, ihre Digitalisierung zu bewerkstelligen, und dabei seien andere Länder schon weiter, von denen zu lernen sei, statt deren Produkte abzutun oder zu behindern.

Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht über die Herausforderung für Deutschland, die Digitalisierung der Wirtschaft zu meistern.

Dass diese Länder nicht nur Kalifornien heißen, sondern auch Bulgarien, damit verblüffte und beeindruckte der bulgarische Präsident die Zuhörer. Rossen Plewneliew sprach in fließendem Deutsch und gab damit ein erstes Merkmal des neuen Bulgarien zu erkennen: die Sprachgewandtheit einer Bevölkerung, deren Jugend Englisch wie eine zweite Muttersprache beherrsche. Das sei die Grundlage eines zweiten Merkmals des heutigen Bulgariens, seiner Affinität zum Internet und zur Digitalisierung. So ist Sofia, vor Berlin, das drittwichtigste Startup-Zentrum Europas, gleich nach London und Dublin.

Beim Tag des deutschen Familienunternehmens vom 11. bis 13. Juni 2015 im Berliner Hotel Adlon kamen auch Indien und China intensiv zur Sprache – die Welt fest im Blick, das tut dem Standort Deutschland gut. *RB*

FOTOS: WERNER SCHUERING

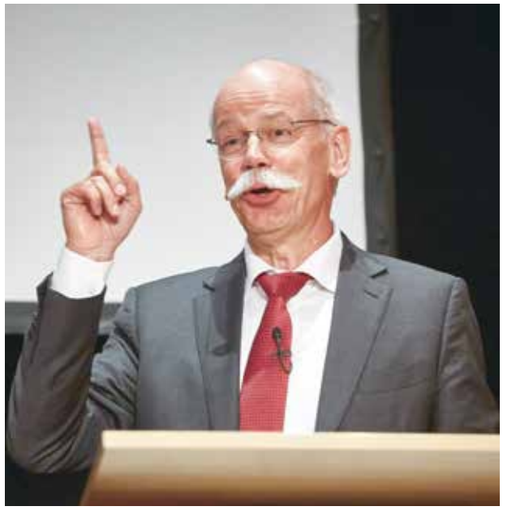
Bulgariens Präsident Rossen Plewneliew beeindruckt seine Zuhörer mit der Schilderung der Offenheit seines Landes für Internet und Digitalisierung.

Dr. Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer SE, beschreibt die Chancen der digitalen Revolution aus Sicht eines Medienunternehmens.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Brun-Hagen Hennerkes, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Familienunternehmen, vergleicht in seiner Eröffnungsrede die kurzfristige politische Denkweise mit der langfristigen von Familienunternehmen.

FOTOS: WERNER SCHUERING

Über die Erfahrungen deutscher Familienunternehmer in China berichten (v.l.n.r.) Heiner Wemhöner, Geschäftsführender Gesellschafter der Wemhöner Surface Technologies GmbH & Co. KG, und Thomas Kaeser, Vorsitzender des Vorstands der Kaeser Kompressoren SE, im Gespräch Shi Mingde, Botschafter der Volksrepublik China, und Prof. Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen.



Dr. Dieter Zetsche, Vorsitzender des Vorstands der Daimler AG, sieht eine Zukunft der deutschen Automobilindustrie in selbstlenkenden Fahrzeugen.

Nicolas Sarkozy, Staatspräsident der Französischen Republik a.D. und Parteivorsitzender les Républicains, beantwortet „Frankreich – Quo vadis?“ mit „nach vorn“.

Es darf auch gelacht werden. In der ersten Reihe (v.l.n.r.) Rossen Plewneliew, Präsident der Republik Bulgarien, Robert Lindemann-Berk, Geschäftsführender Gesellschafter Quarzwerke GmbH, Angela Merkel, Bundeskanzlerin, und Stefan Heidbreder, Geschäftsführer der Stiftung Familienunternehmen. Auslöser der Heiterkeit sind die Begrüßungsworte, die Gastgeber Hennerkes an die Kanzlerin richtet.

Für Familienunternehmen sind die aufstrebenden Nationen Asiens als Ziel von Investitionen und als Markt für den Absatz von Gütern Made in Germany zunehmend wichtig. Das bekräftigen (v.l.n.r.) Alfons Schneider, Vorstand Stiftung Familienunternehmen, Vijay Gokhale, Botschafter der Republik Indien, und Shi Mingde, Botschafter der Volksrepublik China.

FOTOS: WERNER SCHUERING

Wunder Punkt Erbschaftsteuer. Über die Reform des Gesetzes diskutieren (v.l.n.r.) Carsten Schneider, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Katrin Göring-Eckardt, MdB, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Volker Kauder, MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, und Prof. Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen.

Unter den vielen bemerkenswerten Eigenschaften eines BINDER Simulationsschrankes gibt es eine, die uns besonders auszeichnet: die Präzision. Zwischen - 86° und 300° Celsius arbeiten unsere Schränke besonders genau und liefern erstklassige Ergebnisse. Jeder einzelne Schrank erfüllt dabei einen Teil unserer Mission: Die Gesundheit und Produktqualität für die Menschheit zu erhöhen. Als international agierendes Familienunternehmen sind wir seit Jahren der weltweit größte Spezialist unseres Fachs.

BINDER GmbH | Im Mittleren Ösch 5 | D-78532 Tuttlingen
Telefon: 07462/2005 0 | www.binder-world.com

BINDER
Best conditions for your success

THOMAS KLINK

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Brun-Hagen Hennerkes ist Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Familienunternehmen. Für den HAUPTSTADTBRIEF erinnert er an die Rolle des Mittelstands und beschreibt die Bedeutung inhabergeführter Unternehmen, die auf Dauer und Nachhaltigkeit angelegt sind und dadurch Konsens und Innovation besonders gut befördern.

Die Werte der Wirtschaft

Deutschlands Unternehmen schaffen Werte, die nicht nur materiell, sondern auch ideell gut tun | Von Brun-Hagen Hennerkes

Im Jahr fünf der Eurokrise steht Deutschland wirtschaftlich besser da als viele andere Länder der Eurozone. Zu verdanken haben wir dies den politischen Weichenstellungen des vergangenen Jahrzehnts sowie dem Erfolg und der Stärke unserer Wirtschaft. Eine Wirtschaft haben andere Länder auch. Was ist denn das Besondere an der deutschen Wirtschaft, das sie effizienter macht als manch andere Wirtschaft in der EU?

Wer an Wirtschaft denkt, denkt wohl zuerst an Unternehmen. Dabei sind es Millionen von Menschen, die wirtschaftlich tätig sind; 42,4 Millionen Erwerbstätige waren es im ersten Quartal 2015, so viele wie nie zuvor. Der größte Teil von ihnen sind Arbeitnehmer in der Wirtschaft. Sie schaffen Tag für Tag die Werte, denen unser Land seinen Wohlstand verdankt – und auch die Wohltaten, die dank üppig sprudelnder Steuern und Sozialabgaben Menschen zuteilwerden, die nicht im Erwerbsleben stehen.

Eine gut ausgebildete, leistungsfähige und leistungswillige Arbeitnehmerschaft ist das A und O einer erfolgreichen Wirtschaft. Deutschland hat eine solche Arbeitnehmerschaft, nicht zuletzt dank des dualen Systems von Schul- und Berufsausbildung und eines breit gefächerten Fachhochschulwesens. Das Altern der Gesellschaft und das Weniger-Werden des Nachwuchses machen dieses hohe Gut zu einem knappen Gut, um das die Unternehmen zunehmend wetteifern. Was haben die Unternehmen den Umworbenen, außer dem Arbeitsplatz, zu bieten?

Dem von den Börsennachrichten des Fernsehens geprägten Betrachter kommen beim Stichwort Unternehmen zuerst die im Aktienindex Dax geführten Großkonzerne in den Sinn. Aber die sind gar nicht typisch für Deutschland. Die volkswirtschaftlich bedeutendste Unternehmensart sind Familienunternehmen. Sie sichern als wichtigster Wirtschafts- und Sozialanker die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Von den insgesamt etwa 2,7 Millionen Unternehmen in Deutschland stellen die Familienunternehmen mehr als 91 Prozent. Sie verfügen über 56 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und halten für über 80 Prozent der Auszubildenden – in guten wie in schlechten Zeiten – abgesicherte Lehrstellen zur Verfügung. Die restliche Wertschöpfung verteilt sich auf genossenschaftliche und kirchliche Unternehmen, Stiftungsunternehmen sowie Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne. Der Anteil der Dax-Konzerne ist gering und geht weiter zurück.

> *„Eine gut ausgebildete, leistungsfähige und leistungswillige Arbeitnehmerschaft ist das A und O einer erfolgreichen Wirtschaft."*

WILKHAHN/KLEMENS ORTMEYER (3)

Für leistungsfähige und leistungsbereite Arbeitnehmer, für Hand- und Kopfarbeiter gleichermaßen, bieten Deutschlands Familienunternehmen Einstiegs- und Aufstiegschancen, die auf Dauer und Nachhaltigkeit angelegt sind und dadurch Konsens und Innovation besonders gut fördern. Die Bilder zeigen Arbeitsplätze in einem inhabergeführten Unternehmen des deutschen Mittelstands, dem Büromöbelhersteller Wilkhahn.

Die von Managern geführten in- und ausländischen Großkonzerne sind der wirtschaftliche Gegentypus zum inhabergeführten Familienunternehmen, das mit der Zeit wächst. Manager sind jedoch keine Unternehmer, Manager sind Angestellte. Von der ersten Sekunde ihres Auftrages an läuft die Zeit gegen sie. Nicht die persönliche Gestaltungsfreiheit, sondern die kurzfristigen Erwartungen von obendrein meist anonymen Anlegern und nervösen Investoren an der Börse bestimmen ihr strategisches Handeln. Für die Familienunternehmen sind die Großkonzerne als Kunden und Lieferanten wichtig. Sie besitzen jedoch eine andere Motivation als das Familienunternehmen.

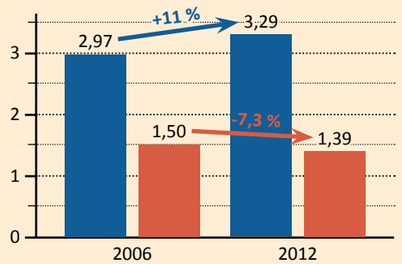
Die Familienunternehmen sind nicht nur das Rückgrat unserer Wirtschaft, sie sind ebenso die Säule unserer Sozialkultur. Gemeinhin gelten sie als die wichtigsten Bildungs- und Kulturförderer unseres Landes. Nach einer Untersuchung der Stiftung Familienunternehmen ist den Familienbetrieben ihr gesellschaftliches Engagement jährlich rund eine

halbe Million Euro wert. Anders als Banken und Versicherungsunternehmen beschränken sie ihre Sponsorentätigkeit jedoch nicht auf spektakuläre Großereignisse, sondern fördern stattdessen die Anliegen ihrer gesamten Region. Aus all diesen Gründen wird „the german Mittelstand“ im Ausland hoch gerühmt.

Für den Familienunternehmer stehen die persönliche Handlungsfreiheit, die soziale Marktwirtschaft und eine gesamteuropäische Zukunft im Vordergrund seines Denkens. Tradition, Wertebewusstsein und Verantwortung für das Gemeinwesen prägen ihn ebenso wie die Nachhaltigkeit beim unternehmerischen Handeln. Altbewährtes zieht er jedem augenblicksorientierten Handeln der Politik vor. Der Familienunternehmer sieht sich und sein Unternehmen als Mitglied im demokratischen Rechtsstaat. Die in Artikel 14 des Grundgesetzes gewährte Eigentumsgarantie und die in Artikel 6 des Grundgesetzes niedergelegte Vorzugsstellung von Ehe und Familie sind für ihn wesentliche Grundlagen seiner beruflichen und persönlichen Existenz.

Ein kleines Jobwunder

Vergleich der Entwicklung der Inlandsbeschäftigung der TOP 500 Familienunternehmen und der DAX-27-Unternehmen (in Millionen)



Bemerkenswerter Unterschied: Die großen Dax-Konzerne verringern im Inland die Zahl ihrer Arbeitsplätze, die Familienunternehmen schaffen neue.

Quelle: Stiftung Familienunternehmen

Infografik: MZ © HSB 2015

Das Phänomen Familienunternehmen ruht auf zwei Säulen: Die erste ist die Familie, die zweite ist das Unternehmen. Nach dem christlichen Menschenbild, aber nicht nur nach ihm, steht die Familie an vorderster Stelle. Sie ist die Wiege des biologischen Lebens. Sie ist die Schule der Kultur, der Ort und der Lebensraum, in dem man alles das lernt, was für die Gesellschaft unerlässlich ist, nämlich Solidarität, gegenseitige Rücksicht, Treue und Verlässlichkeit. Damit ist die Familie nicht nur die Grundzelle unseres Gemeinwesens und der Gesellschaft, sondern gerade auch unserer Familienunternehmen.

Klar, dass die gegenwärtige Krise von Ehe und Familie einen Familienunternehmer sorgt.

Wenden wir uns nun der zweiten Säule zu: dem Unternehmen. Diese zweite Säule hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten grundlegend gewandelt. War früher ein Unternehmen vor allem durch die Nachhaltigkeit seiner Substanzwerte, durch die Werthaltigkeit seines Anlagevermögens, seiner Gebäude, seiner Produktionsanlagen geprägt, so lautet die Devise für das Unternehmen von heute: „Weg von einer statischen Veranstaltung, hin zum dynamisch orientierten Prozess“ oder salopp ausgedrückt: An die Stelle der „rauchenden Schornsteine“ ist die „schwarze Aktentasche“ getreten.

Die Kernressource des Familienunternehmens ist – bildlich gesprochen – von den Muskeln in den Kopf gewandert. Das vielgerühmte Bauchgefühl des Unternehmers hat zugunsten einer wertorientierten, rationalen Unternehmensführung an Stellenwert verloren. Die Familienunternehmer haben sich dieser Entwicklung erfolgreich angepasst. IT und Big Data, deren Bedeutung weltweit zunehmen, haben in ihren Betrieben voll Einzug gehalten und sichern ihre Zukunftsfähigkeit.

Für die knapper werdende Ressource Arbeit ist das eine gute Nachricht. Für leistungsfähige und leistungsbereite Arbeitnehmer, für Hand- und Kopfarbeiter gleichermaßen, bieten Deutschlands Familienunternehmen Einstiegs- und Aufstiegschancen, die auf Dauer und Nachhaltigkeit angelegt sind und dadurch Konsens und Innovation besonders gut fördern. Hier, in den inhabergeführten Unternehmen des deutschen Mittelstands, sind sie am Leben, die Werte der Wirtschaft, und jeder kann sie teilen. ◆

EDF ENTWICKELT EIN FLÄCHENDECKENDES LADESTATIONEN-NETZ

Wir bauen ein flächendeckendes Netz von Stromtankstellen auf und entwickeln leistungsfähigere Batterien für eine neue E-Mobilität. Bis 2015 mit 5000 Ladestationen in ganz Frankreich. In Zusammenarbeit mit den Automobilherstellern verhelfen wir der Elektromobilität in der Stadt zum Durchbruch.

pulse.edf.com

TOM PINGEL

Prof. Rainer Kirchdörfer ist Rechtsanwalt in Stuttgart und Mitglied des Vorstands der Stiftung Familienunternehmen. Für den HAUPTSTADTBRIEF macht der Jurist auf die zahlreichen Ungereimtheiten und falschen Handlungsanreize aufmerksam, die mit der geplanten Verschärfung des Erbschaft- und Schenkungsteuerrechts für Familienunternehmen einhergehen.

Nein zu unsinniger Bürokratie, Nein zu falschen Handlungsanreizen

Soll die Gesetzesreform zur Erbschaftsteuer glücken, dürfen die Änderungen nur „minimalinvasiv“ sein | Von Rainer Kirchdörfer

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. Dezember 2014, demzufolge die Privilegierung des Betriebsvermögens bei der Erbschaftsteuer in ihrer derzeitigen Form nicht in jeder Hinsicht mit der Verfassung vereinbar sei, ist deren Reform Gegenstand heftigster politischer Auseinandersetzungen. Nicht nur innerhalb und zwischen den Parteien, sondern auch zwischen Politik und Familienunternehmen herrscht ein Disput über den richtigen Weg.

Eine ähnliche Diskussion mit im Wesentlichen identischen Argumenten wurde kürzlich in der Schweiz geführt. Dort erzwang eine Volksinitiative, die sich für die Einführung einer Erbschaftsteuer auf Bundesebene aussprach, eine Volksabstimmung. Die Schweizer Regierung sprach sich gegen die Einführung einer solchen nationalen Erbschaft- und Schenkungsteuer aus, weil sie eine Beschädigung des Wirtschaftsstandorts befürchtete, und die Schweizer Wirtschaft argumentierte, die Erbschaftsteuer würde Familienunternehmen schwächen und schlussendlich Arbeitsplätze gefährden, weil eine Erbschaftsteuer die finanziellen Mittel den Familienunternehmen in unverantwortlicher Weise entziehen würde. Am 14. Juni 2015 haben die Schweizer abgestimmt: Mit einer für Volksabstimmungen geradezu überwältigenden Mehrheit von 71 Prozent hat das Volk sehr weitsichtig entschieden und sich gegen die Einführung einer Bundeserbschaftsteuer ausgesprochen.

In unserem Land stehen Exekutive und Legislative vor einer schwierigen Aufgabe. Schließlich ist es nicht die Politik, welche das System des deutschen Erbschaftsteuergesetzes reformieren will. Ausgangspunkt war vielmehr die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes. Glücklicherweise hat das Gericht der Politik aber einen großen Spielraum bei der Gestaltung der Reform eingeräumt.

> *„Eine höhere Erbschaftsteuer würde ausländische Wettbewerber stärken und ausländische Kapitalinvestoren reicher machen.“*

Schon deshalb entbindet das Urteil nicht davon, die notwendigen Änderungen im Gesetz auf ihre langfristigen Auswirkungen zu überprüfen und die Vor- und Nachteile einer neuen gesetzlichen Regelung für den Standort Deutschland und den Wohlstand unserer Bevölkerung sorgfältig gegeneinander abzuwägen, ohne sich in jedem zweiten Satz auf die vom Verfassungsgericht (angeblich sehr eng) gezogenen Grenzen zu beziehen. Dieses Prinzip der Güterabwägung, das sich durch das gesamte Recht zieht und insbesondere auch das Verfassungsrecht dominiert, wird im Regierungsentwurf vernachlässigt.

FOTOLIA/ INDUSTRIEBLICK

Geht eine Fabrik im Erbschaftsfall in die Hand der jüngeren Generation, geht nicht nur ein Gebäude über. Die Fabrik beherbergt Arbeitsplätze, und deren Erhalt ist das A und O bei jedem Erbschaftsfall und steuerlich zu berücksichtigen.

Ich wage an dieser Stelle die These, dass der jetzt vorgelegte Referentenentwurf die Rahmenbedingungen für große Familienunternehmen in Deutschland erheblich negativ verändern wird, ohne dass mögliche Steuermehreinnahmen zu einer höheren – wie auch immer man diese definiert – Verteilungsgerechtigkeit oder zu besseren Startchancen für junge Unternehmer führt. Eine höhere Erbschaftsteuer wird vielmehr ausländische Wettbewerber stärken und ausländische Kapitalinvestoren reicher machen.

Dies zeigen schon erste Untersuchungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim: Würde der Referentenentwurf Gesetz, so würde Deutschland im Erbschaftsteuervergleich von 18 OECD-Staaten von bisher Rang 12 auf Platz 16 abrutschen.

Selbstverständlich führt eine Erhöhung der Erbschaftsteuer nicht schon kurzfristig zu einer Veränderung unserer weltweit bewunderten Familienunternehmenslandschaft.

Bei langfristiger Betrachtung sieht die Situation jedoch anders aus. Es wird zu einer schleichenden Beteiligung von reinen Kapitalinvestoren an deutschen Familienunternehmen kommen, einige Familienunternehmer werden auch über Verlagerungen von Wohnsitz und/oder des Steuersubstrats ins Ausland nachdenken.

„Der Regierungsentwurf ist ein Musterbeispiel für beim Unternehmer falsch gesetzte Handlungsanreize."

Gerade in großen Familienunternehmen werden viele Gesellschafter nicht bereit sein, die Hälfte ihres über Generationen aufgebauten Privatvermögens für die Erbschaftsteuer auf einen Gesellschaftsanteil zu verwenden, der wiederum – wie in den Gesellschaftsverträgen von Familienunternehmen die Regel – Entnahmen stark beschränkt.

Freilich kann man argumentieren, wer ausreichend Privatvermögen hat, müsse dies auch für die Erbschaftsteuer auf das betriebliche Vermögen einsetzen, sonst muss eben der Gesellschaftsanteil verkauft werden. Bei solcher Argumentation vergisst man jedoch neben vielen anderen Gesichtspunkten vor allem, dass es im Rahmen der zwingend erforderlichen Güterabwägung darum geht, einen irreversiblen Schaden zu verhindern, und wir alle wissen, dass sich eine einmal verlorene Unternehmensstruktur nie mehr zurückholen lässt.

„Das Buch füllt eine Lücke in dem ziemlich einseitigen öffentlichen Blick zum Ukraine-Konflikt und unserem Verhältnis zu Putin"

Egon Bahr

Vladimir Putin ist an allem schuld? Mitnichten, schreibt **Wilfried Scharnagl,** der streitbare Publizist aus Bayern. Mit der Arroganz des Siegers haben die USA und die EU nach 1989 die historische Gelegenheit versäumt, gemeinsam mit Russland eine zukunftsträchtige Partnerschaft aufzubauen. Bis zum Konflikt um die Ukraine hat der Westen manche rote Linie überschritten.
Höchste Zeit zum Umdenken!

Diese Streitschrift wird eingeleitet mit einem Vorwort von **Michail Gorbatschow.**

www.keyser-verlag.com
186 Seiten 19,90 Euro ISBN 978-3-86886-029-0

Diejenigen Unternehmenserben, die den Einsatz (der Hälfte) ihres Privatvermögens zum Erhalt des Unternehmens in Familienhand hinnehmen, werden dann – bezogen auf das Privatvermögen – mit einer erbschaftsteuerlichen Belastung von bis zu 80 Prozent konfrontiert, denn das verschenkte oder vererbte Privatvermögen ist selbst schon mit Erbschaftsteuer (bis zu 30 Prozent) belastet und muss jetzt nochmals zur Hälfte zur Zahlung der Erbschaftsteuer auf das betriebliche Vermögen verwendet werden.

Der Referentenentwurf ist ein Musterbeispiel komplexester gesetzlicher Regelungen und zudem ein bürokratisches Monster. Dies beginnt damit, dass er das zu verschonende Vermögen in viel komplizierterer Weise vom nichtverschonungswürdigen Vermögen abgrenzt, als dies bisher der Fall war und ohne dass das Bundesverfassungsgericht solches gefordert hätte. Würde der Referentenentwurf Gesetz, so müsste künftig jedes einzelne Wirtschaftsgut, auch Wirtschaftsgüter in Tochter- und Enkelgesellschaften, darauf überprüft werden, ob es zu mehr als 50 Prozent dem gewerblichen (freiberuflichen oder land- und forstwirtschaftlichen) Hauptzweck des Betriebes dient.

Das schweizerische Volk hat wieder einmal Weitsicht und Vernunft bewiesen: Am 14. Juni 2015 haben die Schweizer abgestimmt und sich mit einer geradezu überwältigenden Mehrheit von rund 70 Prozent gegen die Einführung einer Bundeserbschaftsteuer ausgesprochen. Im Bild ein Plakat kontra Erbschaftsteuer mit Aufruf zur Solidarität mit den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) der Schweiz.

Der Regierungsentwurf ist auch ein Musterbeispiel für beim Unternehmer falsch gesetzte Handlungsanreize: Die Einbeziehung (der Hälfte) des Privatvermögens in die Bedürfnisprüfung wird dazu führen, dass in Unternehmerfamilien künftig streng zwischen schädlichem Privatvermögen und verschonungswürdigem Betriebsvermögen getrennt und beide Vermögensarten in verschiedene Hände gelegt werden. Langfristig werden die Unternehmer weitgehend „privatvermögenslos" sein, und das nicht im Unternehmen befindliche „echte Privatvermögen" werden andere, beispielsweise die Ehefrau, Kinder oder Enkelkinder halten. Dies wiederum wird im Rahmen der Vererbung von Unternehmen nachhaltig dazu führen, dass das Privatvermögen solche Angehörigen erben oder geschenkt bekommen, die nicht selbst am Unternehmen beteiligt sind und daran auch künftig nicht beteiligt werden. Dies können wiederum ebenfalls andere Kinder, die Ehefrau oder Enkel sein.

Bedenkt man, dass gerade ein erbender Unternehmensnachfolger Privatvermögen häufig wieder in sein ererbtes Unternehmen oder in andere neu aufgebaute Unternehmen investiert, so erreicht der Referentenentwurf im Ergebnis genau das Gegenteil dessen, was ein sinnvolles Erbschaft- und Schenkungsteuersystem eigentlich erreichen sollte: nämlich dass auch die großen nicht begünstigungsfähigen Privatvermögen (eines Unternehmers) an solche Beschenkten beziehungsweise Erben gehen, die in die unternehmerische Nachfolge eintreten, also an solche Kinder, die ererbtes Vermögen tendenziell wieder im Unternehmen reinvestieren. Die vom Regierungsentwurf geradezu erzwungene Trennung von Privatvermögen und unternehmerischem Vermögen und die Vererbung derselben in getrennte Hände wird also zwangsläufig Gegenstand ökonomisch kontraproduktiver Beraterüberlegungen werden.

Die innere Widersprüchlichkeit der Einbeziehung des Privatvermögens und des nicht begünstigten

Betriebsvermögens in die Bedürfnisprüfung zeigt sich auch an folgendem Beispiel: Hält ein Unternehmer in Deutschland (oder im EU/EWR-Ausland) diverse unternehmerische Beteiligungen und daneben direkt oder über eine gewerblich geprägte GmbH & Co. KG verschiedene weitere Beteiligungen, beispielsweise Vertriebsgesellschaften, in Drittstaaten (beispielsweise in den USA, in der Schweiz oder in Asien), so werden sämtliche Beteiligungen in den Drittländern dem nicht begünstigten Vermögen zugeordnet. Ohne Rücksicht darauf, ob die Beteiligungen in den Drittländern den deutschen unternehmerischen Beteiligungen dienen, muss der Unternehmer seine in den Drittländern befindlichen Gesellschaftsbeteiligungen gegebenenfalls zur Finanzierung der in Deutschland auf betriebliches Vermögen anfallenden Erbschaftsteuer einsetzen – in der Praxis also verkaufen.

„Die geplanten Kriterien nehmen keine Rücksicht auf die von der Rechtsprechung geforderten Regelungen."

Der Referentenentwurf ist ferner ein Musterbeispiel für die Vernachlässigung der „Einheit der Rechtsordnung". Der Referentenentwurf führt sogenannte qualitative Kriterien ein, welche die Grenze zwischen dem „kleinen ererbten Betriebsvermögen" und dem „großen ererbten Betriebsvermögen" von 20 Millionen Euro auf 40 Millionen Euro zugunsten der Steuerpflichtigen anheben. Hierzu muss der Gesellschaftsvertrag die Entnahme des Gewinns nahezu vollständig beschränken und die Verfügung über die Unternehmensbeteiligung auf Angehörige im Sinn des Paragraphen 15 Abs. 1 AO beschränken und für den Fall des Ausscheidens aus der Gesellschaft eine Abfindung vorsehen, die erheblich unter dem gemeinen Wert der Beteiligung liegt. Die vorgenannten Voraussetzungen müssen 10 Jahre vor und 30 Jahre nach dem Erbfall beziehungsweise der Schenkung vorliegen.

Diese Kriterien bilden ein Lehrbuchbeispiel dafür, dass der Steuergesetzgeber auf an anderer Stelle notwendige und von der höchstrichterlichen Rechtsprechung geforderte Kriterien keine Rücksicht nimmt. So sind in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zum Beispiel Abfindungen, die wesentlich unterhalb des Verkehrswertes liegen, verdächtig und tragen stets die Gefahr der Nichtigkeit in sich. Da zivilrechtlich nicht eindeutig ist, ab wann eine solche Abfindungsregelung wegen zu großer Abweichung vom Verkehrswert nichtig ist, steuerrechtlich aber eine wesentliche Abfindungsbeschränkung notwendig wird, segelt man entweder erbschaftsteuerrechtlich oder aber zivilrechtlich stets zwischen Skylla und Charybdis.

Darüber hinaus müsste nach dem Referentenentwurf die Entnahme des Gewinns nahezu vollständig beschränkt werden, will man die Erhöhung der Schwelle zum großen vererbten Unternehmensanteil (auf 40 Millionen Euro) erreichen. Eine nahezu vollständige Beschränkung würde aber auch bedeuten, dass die laufende Steuer, die auf die Gewinne des Unternehmens entfällt und die bei Personengesellschaften annähernd 50 Prozent des Gewinns ausmacht, nicht entnommen werden könnte. Völlig unverständlich wird es, wenn man bedenkt, dass die Hälfte des im Betrieb befindlichen erbschaftsteuerrechtlich nicht begünstigten Vermögens zur Finanzierung der Erbschaftsteuer auf das betriebliche Vermögen herangezogen werden muss, dass aber die Entnahme dieses „im Betrieb befindlichen Privatvermögens" nach der gesetzlichen Regelung nicht zulässig sein darf.

Die weitere Einschränkung, wonach eine Verfügung über einen Anteil nur zugunsten von Personen zulässig sein darf, welche nach Paragraph 15 AO miteinander verwandt sind, führt ebenfalls zu kontraproduktiven Ergebnissen: So dürfte ein Anteil zwar auf ein Geschwisterteil und auf Nichten und Neffen vererbt werden, nicht aber auf die Enkel von Geschwistern. Sicherlich könnte man solche Ungereimtheiten noch korrigieren, die Notwendigkeit der Einschränkung von Verschenkungs- und Vererbungsmöglichkeiten würde aber dazu führen, dass Gesellschaftsverträge wieder vermehrt sogenannte Stammesverfassungen einführen. Die Forschung zu Familienunternehmen hat aber gerade gezeigt, dass Stammesverfassungen für Familienunternehmen eher schädlich sind, weil sie unter anderem Streit provozieren und nicht immer den Besten aus der Gesamtheit der Gesellschafterfamilie fördern.

Betriebswirtschaftlich unverständlich ist auch die Regelung des Referentenentwurfes, wonach der Abzug von Schulden des Unternehmens vom nicht begünstigten Vermögen nur quotal zulässig ist. Selbst für einen Juristen nur schwer zu erklären ist, warum der Erwerber eines Betriebes, der 10 Millionen Euro nicht begünstigtes Vermögen in seiner Firma hat, welches er durch entsprechende Bankverbindlichkeiten finanziert, schlechter dasteht als der Erwerber eines Betriebes, der weder nicht begünstigtes Vermögen noch Schulden besitzt. Die Verschonungswürdigkeit beider Betriebe ist völlig identisch. Die Berater werden künftig empfehlen, jegliches nicht begünstigte Vermögen zu veräußern, um Verbindlichkeiten zurückzubezahlen. Kann ein Erbschaftsteuergesetz richtig sein, welches zu solchem Verhalten motiviert?

Soll die Gesetzesreform verfassungsrechtlich und volkswirtschaftlich glücken, so sei an den Ausgangspunkt der Debatte nach der Verkündung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts erinnert, die von dem Begriff „minimalinvasiv" geprägt war. ◆

Mehr zur Erbschaftsteuer und dem Reformmodell der Stiftung Familienunternehmen, deren Vorstandsmitglied unser Autor Rainer Kirchdörfer ist, findet sich auf der Website der Stiftung unter www.familienunternehmen.de/de/aktuelle-themen/erbschaftsteuer

GROTH GRUPPE

Suchen Sie nicht – finden Sie.

Die App der Groth Gruppe.

QR-Code scannen und kostenlos die App herunterladen.

Available on the App Store

Kurfürstendamm 63 | 10707 Berlin
Tel.: +49 30 88 094-0 | www.grothgruppe.de

ARGUM/FALK HELLER

Prof. Manfred Güllner ist Gründer und Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts forsa, aus dessen Dienst „Aktuelle Parteipräferenzen“ DER HAUPTSTADTBRIEF regelmäßig zitiert. Mittlerweile ein Standardwerk ist Güllners Buch *Die Grünen. Höhenflug oder Abstieg?* Für den HAUPTSTADTBRIEF bewertet er die Vorschläge zur Steigerung der Wahlbeteiligung, mit Blick auf Dänemark verwirft er sie als untauglich.

Was die Politik in Deutschland von den Dänen lernen kann

Hohe Wahlbeteiligung lässt sich nicht durch politologische Mätzchen erreichen, sondern nur durch hohe Identifikation mit dem Gemeinwesen | Von Manfred Güllner

An der Folketingswahl in Dänemark am 18. Juni 2015 beteiligten sich wieder – wie schon bei fast allen früheren Wahlen – über 85 Prozent der dänischen Wahlberechtigten. Damit müssen sich die Dänen auch weiterhin nicht mit der Frage beschäftigen, die im Augenblick die Generalsekretäre der deutschen Parteien – wenn auch mit reichlicher Verspätung – umtreibt, nämlich wie die hohe Zahl der Nichtwähler verringert werden könnte. Zuletzt lag sie im Bund 2013 bei 28,5 Prozent.

Ob allerdings die bisherigen Überlegungen der Generalsekretäre den Trend zu immer größerer Wahlenthaltung ändern können, muss bezweifelt werden. So soll die Briefwahl einfacher und attraktiver gemacht werden, obwohl schon heute jeder Wahlberechtigte ohne weiteres die Briefwahl beantragen und seine Stimme vier bis sechs Wochen (je nach Zulassungstermin der bei einer Wahl kandidierenden Parteien) vor dem Wahltermin abgeben kann. Der Anteil der Briefwähler an der Wählerschaft ist dann auch von 4,9 Prozent 1957 (bei der Einführung der Briefwahl) stetig bis auf 24,3 Prozent bei der letzten Bundestagswahl angestiegen. Allerdings ist die Wahlbeteiligung dadurch keinesfalls angestiegen, sondern stetig gesunken.

> *In Dänemark haben Staat und Politik ein menschlicheres Antlitz als in Deutschland, wo obrigkeitliches Gehabe und Arroganz der Macht überwiegen.*

Wenig vernünftige Vorschläge zur Reduzierung der Wahlenthaltung sind auch von den um Ideen gebetenen parteinahen Stiftungen zu erwarten. So hat die Adenauer-Stiftung in geradezu zynischer Weise empfohlen, überhaupt nichts gegen die immer größer werdende Wahlenthaltung zu unternehmen, da davon keine Partei besonders profitieren würde. Und die Ebert-Stiftung denkt an Veränderungen des Wahlrechts, „um mehr Auswahlmöglichkeiten zu schaffen“ durch „offene Listen, Kumulieren und Panaschieren“, die „Einführung von Nebenstimmen“ oder „die Etablierung anderer Orte oder Formen der Stimmabgabe“.

Doch die Nichtwähler klagen nicht über unzulängliche Möglichkeiten der Stimmabgabe und gehen auch keinesfalls – wie oft behauptet – aus Zufriedenheit mit den politischen und gesellschaftlichen Zuständen nicht zur Wahl. Und alle Experimente mit dem Wahlrecht haben die Zahl der Nichtwähler nicht reduziert, sondern drastisch erhöht. So stieg in Hessen, wo bis zur Kommunalwahl 1989 bei einem reinen Verhältniswahlrecht stets eine hohe Wahlbeteiligung zu registrieren war, der Nichtwähleranteil von 22 auf 54 Prozent, nachdem zuletzt Panaschieren und Kumulieren ermöglicht wurde. Und der

Anteil der ungültigen Stimmen stieg im gleichen Zeitraum von 1,9 auf 5,5 Prozent! Nach Einführung eines absichtlich verkomplizierten Wahlsystems verdreifachte sich auch in Bremen und Hamburg die Zahl der ungültigen Stimmen.

Insofern sollten die politischen Akteure besser nach Dänemark – oder auch nach Schweden, siehe Grafik – schauen, wo sich nicht nur an nationalen, sondern auch an lokalen Wahlen im Vergleich zu Deutschland außergewöhnlich viele Wahlberechtigte beteiligen. So war die dänische Wahlbeteiligung bei der letzten Kommunalwahl 2013 mit 71,9 Prozent höher als die deutsche bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 (70,8 und 71,5 Prozent). Und während in der Grenzstadt Flensburg 2013 nur 36 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl gingen, wählten in den dänischen Nachbargemeinden Aabenraa, Sønderborg und Tønder doppelt so viele: 72 bis 74 Prozent!

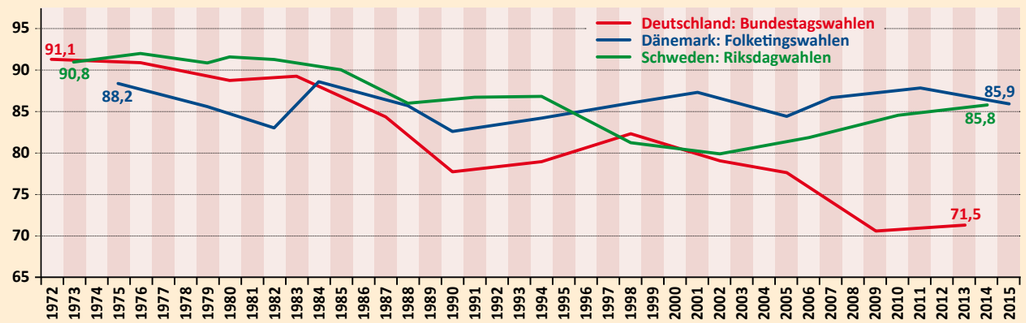
Die seit Jahrzehnten unverändert geringe Zahl von Nichtwählern in Dänemark widerlegt auch die ohnehin völlig aus der Luft gegriffene These von der „Apathie aus Zufriedenheit“. Wäre diese These richtig, müsste die Wahlbeteiligung in Dänemark ja deutlich niedriger und in Deutschland entsprechend höher sein, weil die Dänen mit ihrem politischen System weitaus zufriedener als die Deutschen sind. Zufrieden sind die Dänen vor allem deshalb, weil die politischen Akteure dem Wunsch nach Konsens in der Politik weitgehend entsprechen, während in Deutschland – und darüber klagen vor allem die Nichtwähler – zu viel und vor allem zu sinnlos gestritten wird.

Überhaupt haben Staat und Politik in Dänemark ein viel menschlicheres Antlitz als in Deutschland, wo obrigkeitliches Gehabe und Arroganz der Macht überwiegen. Hinzu kommt, dass der Stellenwert der Wahl viel höher ist als in Deutschland. Während sich in Deutschland bekannte Journalisten damit brüsten, nicht zu wählen, berichten die Medien in Dänemark ausführlich über die bevorstehende Wahl und stimmen das Wahlvolk auf den Wahltag ein, der – und das zeigen die Dänen, von denen kaum jemand die Stimme per Brief abgibt, voller Stolz auch den im Land befindlichen Ausländern und Touristen – ein Tag ganz besonderer Bedeutung ist.

Das, was die deutschen Politiker zur Zeit diskutieren, würde den Wahltag in Deutschland nicht auf-, sondern noch weiter entwerten. Wie eine hohe Identifikation mit dem Gemeinwesen zustande kommt, lässt sich in Dänemark studieren. ◆

Volkes Stimme stärkt die Demokratie in Dänemark

Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Folketingswahlen in Dänemark und Riksdagwahlen in Schweden im Vergleich mit Bundestagswahlen in Deutschland (in Prozent)



An der Folketingswahl in Dänemark am 18. Juni 2015 beteiligten sich 85,9 Prozent der dänischen Wahlberechtigten. In Schweden waren es zuletzt 2014 85,8 Prozent, in Deutschland dagegen 2013 nur 71,5 Prozent der Wahlberechtigten.

Quelle: forsa
Infografik: MZ
© DER HAUPTSTADTBRIEF 2015

Die aktuellen Parteipräferenzen im Bund

Still ruhen die Gewichtungen

Alle Angaben in Prozent

	Umfrage-Werte in Woche …	CDU/CSU	SPD	Die Linke	Grüne	FDP	AfD	Sonstige
2015	**25. (15.6.-19.6.)**	**41**	**23**	**10**	**10**	**5**	**4**	**7**
	24. (8.6.-12.6.)	41	23	9	11	5	5	6
	23. (1.6.-5.6.)	41	24	9	10	6	4	6
	22. (26.5.-29.5.)	40	23	10	10	6	5	6
	21. (18.5.-22.5.)	39	23	9	11	7	4	7
	20. (11.5.-15.5.)	40	22	9	11	6	5	7
	19. (4.5.-8.5.)	41	23	9	12	4	5	6
	18. (27.4.-30.4.)	42	24	9	10	4	4	7
	17. (20.4.-24.4.)	42	24	9	10	4	4	7
	16. (13.4.-17.4.)	42	24	8	10	4	6	6
	15. (7.4.-10.4.)	42	24	8	10	5	5	6
	14. (30.3.-2.4.)	42	23	9	10	4	6	6
	13. (23.3.-27.3.)	42	23	9	10	4	6	6
	12. (16.3.-20.3.)	41	24	8	10	5	5	7
	11. (9.3.-13.3.)	41	24	9	9	5	6	6
	10. (2.3.-6.3.)	41	24	9	9	5	6	6
	9. (23.2.-27.2.)	41	24	9	9	5	7	5
	8. (16.2.-20.2.)	42	24	9	9	5	6	5
	7. (9.2.-13.2.)	43	23	8	10	5	5	6
	6. (2.2.-6.2.)	42	23	9	10	5	6	5
	5. (26.1.-30.1.)	42	23	10	10	4	5	6
	4. (19.1.-23.1.)	42	23	9	10	3	6	7
	3. (12.1.-16.1.)	42	22	10	10	3	6	7
	2. (5.1.-9.1.)	42	22	10	10	4	6	6
	1. (2.1.-5.1.)	42	22	10	11	3	5	7
2014	51. (15.12.-19.12.)	42	23	11	10	2	5	7
	50. (8.12.-12.12.)	43	23	10	10	2	5	7
	Bundestagswahl *	41,5	25,7	8,6	8,4	4,8	4,7	4,0

* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 22. September 2013 (Zweitstimmen)

Das forsa-Institut ermittelte diese Werte durch wöchentliche Befragung von in der Regel rund 2500 wahlwilligen Deutschen.

Quelle: forsa

FRANK PETERS

Stephan Kohler ist Gesellschafter der TU Campus Euref gGmbH und Sprecher der Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz (geea). Er war von 2000 bis 2014 Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur (dena). Für den HAUPTSTADTBRIEF macht er darauf aufmerksam, dass die Bundesregierung gerade alles tut, ihre eigene Klimapolitik zu untergraben.

Energie effizient nutzen ist das Gebot der Zeit

Die große Koalition ist dabei, ihre klimapolitischen Ziele aus den Augen zu verlieren. Aber ohne Energieeffizienzmaßnahmen kann die Energiewende nicht gelingen | Von Stephan Kohler

Ohne Energieeffizienz kann die Energiewende nicht gelingen, ebenso wenig können die ambitionierten klimapolitischen Ziele der Bundesregierung erreicht werden. Diese Erkenntnis ist weder bei der Bundesregierung selbst noch in den Bundesländern oder den Städten und Gemeinden so richtig angekommen. Die Bundesregierung hat im Dezember 2014 den „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“ (NAPE) und das „Aktionsprogramm Klimaschutz“ (AKP) beschlossen, die zusammen eine Vielzahl von Maßnahmen und Instrumenten beinhalten, um die Treibhausgasemissionen, etwa CO_2, bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 senken zu können.

„Einmal hü, einmal hott, so lässt sich der Bürger nicht motivieren.“

Mit diesen Maßnahmen sollen Hausbesitzer dazu motiviert werden, die Energieeffizienz in den Gebäuden zu erhöhen, den Energieverbrauch und die Energiekosten zu reduzieren und den Wohnkomfort und den Wert des Gebäudes zu steigern. Der Gebäudesektor hat deshalb eine so hohe Relevanz, da in ihm rund 40 Prozent der in Deutschland eingesetzten Energie zu Heizzwecken verbraucht werden. Energieeffizienzmärkte können nur dann funktionieren, wenn die Investoren, in diesem Falle also die Hausbesitzer, verlässliche politische Rahmenbedingungen vorfinden – und wenn durch eine qualifizierte und hochwertige Energieberatung die Transparenz geschaffen wird, die für Investitionen in oft fünfstelligen Eurobeträgen erforderlich ist.

Mit der Verabschiedung des NAPE und des AKP war die Hoffnung verbunden, dass nach Jahren des Siechtums die Energieeffizienz endlich den nötigen Schub und die Aufmerksamkeit bekommt, die sie dringend benötigt und verdient. Nötig besonders deshalb, weil die energetische Sanierungsrate in den Gebäuden bei unter einem Prozent liegt. Sollen die Effizienzziele der Bundesregierung in diesem Sektor aber erreicht werden, ist eine Sanierungsrate von rund drei Prozent erforderlich. Im NAPE wurde ein ausgeglichener Maßnahmenmix aus ordnungsrechtlichen Mitteln, Förderinstrumenten und marktorientierten Angeboten beschlossen, der dazu in der Lage ist, die angestrebten Ziele zu erreichen, wenn er nur konsequent und in ihrer vollen Bandbreite umgesetzt wird.

Der NAPE strebt die Aufklärung, Information, Transparenz und Motivation der Bürger an, damit sie Energieeffizienz als etwas Modernes, Schickes und Innovatives ansehen und sich dafür begeistern. So wird beispielsweise auf Informa-

Zauberwort „warmmietenneutrale Gebäudemodernisierung“

Nach der energetischen Modernisierung dürfen die Investitionskosten die eingesparten Energiekosten nicht übersteigen

In den städtischen Ballungsräumen kommt dem Thema Energieeffizienz in Gebäuden eine besonders große Bedeutung zu, weil in den letzten Jahren die Mieten und die Kaufpreise für Wohnungen und Häuser stark gestiegen sind. Deshalb sollten die Mieter und Kaufinteressenten sorgfältig auf den energetischen Standard achten. Die Ausgaben für Heizung und Warmwasser nehmen den größten Anteil der Betriebskosten ein und liegen fast immer über den Ausgaben für Strom und Mobilität.

FOTOLIA/KARE

Nach einer energetischen Modernisierung eines Gebäudes dürfen die Investitionskosten die eingesparten Energiekosten nicht übersteigen. Warmmietenneutrale Gebäudemodernisierung bedeutet, dass die Kaltmiete nur in dem Umfang steigt, wie die Energiekostenbelastung sinkt.

Oft wird behauptet, dass die Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen Ursache für die steigenden Mieten wären, was aber nicht stimmt. Wäre dem so, so hätte es in den deutschen Städten eine wahre Effizienzrevolution geben müssen, was aber nicht der Fall ist. Vielfach wird nämlich nicht sauber unterschieden zwischen Modernisierungs-, Sanierungs- und Energieeffizienzinvestitionen. Investitionen in neue Bäder, Küchen oder der Einsatz von edlen Fußbodenbelägen haben nichts mit Energieeffizienz zu tun.

Wird eine energetische Modernisierung eines Gebäudes fach- und sachgerecht durchgeführt, so dürfen die Investitionskosten die eingesparten Energiekosten nicht übersteigen. Man spricht dann von der warmmietenneutralen Gebäudemodernisierung, wenn die Kaltmiete nur in dem Umfang steigt, wie die Energiekostenbelastung sinkt. Das ist möglich, was bei vielen realisierten Objekten nachgewiesen werden kann. Dabei wurde immer das Gebäude als System betrachtet, also die Möglichkeiten der Effizienzsteigerung in der Gebäudehülle und der Anlagentechnik gemeinsam untersucht.

Gut dokumentiert ist dies z.B. unter der Rubrik „Modellvorhaben Effizienzhäuser“ der dena (siehe Info unten). Eine aktuelle Umfrage der dena und der geea (Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz) unter Bewohnern von Effizienzhäusern hat ergeben, dass 94 Prozent mit den umgesetzten Effizienzmaßnahmen und der hohen Wohnqualität zufrieden sind und sie weiterempfehlen würden. Deshalb sollten alle, die eine neue Wohnung oder ein Haus suchen, besonders auf die energetische Qualität achten und sich vom Vermieter oder Verkäufer einen aussagekräftigen Gebäudeenergieausweis (GEA) vorlegen lassen.

Das Gebäude als System zu betrachten und die Möglichkeiten der Effizienzsteigerung in der Gebäudehülle und der Anlagentechnik gemeinsam zu untersuchen, ist Anliegen der Rubrik „Modellvorhaben Effizienzhäuser“ der dena: www.dena.de/projekte/gebaeude/modellvorhaben-effizienzhaeuser.html

Altbauten sind lohnende Ziele, um die Energieeffizienz in den Gebäuden zu erhöhen, den Energieverbrauch und die Energiekosten zu reduzieren sowie den Wohnkomfort und Wert des Gebäudes zu steigern. Der Gebäudesektor hat eine so hohe Relevanz, da in ihm rund 40 Prozent der in Deutschland eingesetzten Energie zu Heizzwecken verbraucht werden.

FOTOLIA/ARTO

tionskampagnen und Angebote von Marktteilnehmern gesetzt, die ihre Kunden objektiv über die Produktqualität Energieeffizienz informieren. Die Qualität der Energieberatung sollte verbessert werden, die Vereinfachung des Ordnungsrechts wurde angekündigt und die Erhöhung der finanziellen Förderung in Aussicht gestellt, etwa die steuerliche Förderung für die energetische Modernisierung im Gebäudebereich.

Wichtige Marktteilnehmer wie die Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz (geea), in der sich die Verbände und Unternehmen aus der Gebäudebranche zusammengeschlossen haben, um die energetische Modernisierung im Gebäudebereich branchenübergreifend zu unterstützen, begrüßten den NAPE ausdrücklich und sagten die Unterstützung und Mitwirkung bei der Umsetzung zu. Es waren im Dezember 2014 also optimale Bedingungen, um dem Thema Energieeffizienz auf die Beine zu helfen. Doch diese Hoffnung wurde bitter enttäuscht, ja geradezu ins Gegenteil umgekehrt.

So wurde nicht einmal ein halbes Jahr später durch die gleiche Bundesregierung, aber auch weil einige Bundesländer nicht mitmachten, die steuerliche Förderung für energetische Modernisierungsmaßnahmen im Gebäudebereich beerdigt, obwohl sie im NAPE noch als ein relevantes Instrument beschlossen worden war. Jetzt wird betont, dass die Mittel für das bestehende Gebäudesanierungsprogramm aufgestockt werden, was aber kein Ersatz ist, da diese Aufstockung bereits als weitere Maßnahme im NAPE enthalten war.

Doch das ist nicht das größte Problem bei der Beerdigung der steuerlichen Förderung. Das größte Problem besteht darin, dass die Bürger der Bundesregierung nicht mehr vertrauen oder sie nicht mehr ernst nehmen. Einmal hü, einmal hott, so lässt sich der Bürger nicht motivieren. Er soll Tausende Euro in Energieeffizienzmaßnahmen investieren ohne zu wissen, welchen Zickzackkurs die Regierung als Nächstes vollziehen könnte. So wird das nichts.
Die Bundesregierung ist nicht für alles verantwortlich, und sie sollte sich auch nicht in alle Belange der Bürger einmischen. Darüber gibt es volle Übereinstimmung. Aber wenn sie Maßnahmen beschließt, die für ihre klimapolitischen Ziele wichtig sind, dann sollte sie diese auch konsequent umsetzen. Dann wird der Bürger ihr folgen und sich mit seinen Mitteln, seinem Beitrag und seiner Investition am Gelingen der Energiewende beteiligen. ◆

PALMECENTER.SE/YVA SÄFVELIN

Jens Orback ist Generalsekretär der Olof-Palme-Stiftung. Von 2004 bis 2006 war er Schwedens Minister für Demokratie-, Integrations- und Gleichstellungsfragen. In seinem Buch „Schatten auf meiner Seele“, 2007 in Schweden und jüngst auf Deutsch erschienen, arbeitet er die Gewalt- und Fluchterfahrungen auf, die seine in Pommern geborene deutsche Mutter 1945 machte. Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt er Anliegen und Entstehungsgeschichte des Buchs.

1945 ist noch lange nicht vorbei

Kriegsenkel leiden unter den verschwiegenen Traumata, die von einer Generation auf die nächste übergehen | Von Jens Orback

Der Grund, warum ich eines Tages ein Buch schreiben musste, ist ein sehr persönlicher – ich spürte, dass meine Mutter ein Problem hatte, und ich spürte dieses Problem auch in mir selbst. Deshalb begann ich, etwa um 1995 herum, meine Mutter zu fragen: Was ist dir damals eigentlich zugestoßen? Es hat dann noch zwölf Jahre gedauert, bis ich tatsächlich die Antwort bekam.

Meine Mutter ist in Pommern aufgewachsen. Kurz vor Kriegsende, im März 1945, kamen russische Soldaten in ihr Heimatdorf. Gewalterfahrungen, Ausgeliefertsein folgten, schließlich Flucht. Mit 18 Jahren gelangte sie nach Lübeck und besuchte eine Schule für Kindergärtnerinnen. Da sie dann keine Arbeit finden konnte, ging sie nach Stockholm, wo sie und mein Vater sich kennenlernten. So lange er am Leben war, schien ein unausgesprochener Vertrag darüber zu bestehen, dass über ihre traumatischen Erlebnisse bei Kriegsende nicht gesprochen wurde. Nachdem er gestorben war – und nachdem ich selbst zunehmend unter undeutlichen, aber belastenden Beschwerden litt, die ich mit diesen Erlebnissen in Verbindung brachte, wuchs bei mit der Entschluss, mir Klarheit zu verschaffen.

„Die Aufarbeitung der Kriegserlebnisse meiner Mutter hat sie und mich viel Kraft gekostet, wirkte aber auch befreiend.“

Die Gespräche mit meiner Mutter führte ich zum Teil nicht selbst. Eine in Estland gebürtige Journalistenkollegin – ich war ja früher lange selbst Journalist –, die auch Erinnerungen an den Krieg hatte, hat darüber mit ihr gesprochen. Die Aufnahmen habe ich dann gemeinsam mit meiner Mutter angehört. Das hat uns beide viel Kraft gekostet, wirkte aber auch befreiend. Ich habe einmal mit einer Psychotherapeutin darüber gesprochen, als wie belastend ich die auf mich übergegangenen Traumata meiner Mutter empfand und dass ich am eigenen Beispiel zu der Überzeugung gelangt sei, dass derlei tatsächlich von einer Generation zur anderen vererbbar sei – und sie sagte: „Nicht eine: fünf Generationen.“

Und das ist ein Grund mehr dafür, dass wir uns heute, wo 1945 siebzig Jahre zurückliegt, immer noch und immer wieder mit dieser Vergangenheit zu befassen haben. Als ich das Buch schrieb und über den Krieg recherchierte, habe ich auch viel über den Begriff Neutralität nachgedacht. Schweden war ja neutral. Auch mit diesem Aspekt sollten wir uns auseinandersetzen, sollten davon lernen. Was geschieht da heute beispielsweise im Mittelmeer, mit den vielen Flüchtlingen?

Schweden versuchte damals, sich aus dem Krieg herauszuhalten. Darüber wurde hier seither nie viel gesprochen. Es hieß immer: Die Neutralität und Allianzfreiheit haben gut funktioniert, sie haben uns Schweden gut getan. Das mag sein, dennoch benutze ich selbst diese Begriffe eher ungern. Für Juden war es damals sehr, sehr schwer, nach Schweden zu gelangen. Wenn wir die Asylpolitik gehabt hätten, die wir heute haben, hätten vielleicht zwei Millionen Menschen Zuflucht finden können. Denn was bedeutet Neutralität letzten Endes? Es gibt im Grunde kaum neutrale Orte. Entweder man wird Teil von etwas oder man kämpft dagegen an. Es gibt nicht viele Orte, wo man sagen kann: Ich bin moralisch gut – und neutral. ◆

Schatten auf meiner Seele. Ein Kriegsenkel entdeckt die Geschichte seiner Familie. Von Jens Orback. Aus dem Schwedischen von Regine Elsässer. Herder Verlag, Freiburg 2015. 262 Seiten, 19,99 Euro.

Der Schatten, den der Krieg auf die Enkel wirft

Im Jahr 70 nach Kriegsende ist die Verarbeitung der Traumata ein großes Thema

Die Schatten auf seiner Seele, von denen Jens Orback spricht, teilt er mit anderen, die sich jetzt ebenfalls erstmals in Büchern äußern.

Nebelkinder. Kriegsenkel treten aus dem Traumaschatten der Geschichte. Herausgegeben von Michael Schneider, Joachim Süss und Sabine Bode. Europaverlag, München 2015. 384 Seiten 19,99 Euro.

Die vergessene Generation. Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen. Von Sabine Bode. Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart 2015 (Taschenbuchausgabe des Hardcovers von 2012), 9,95 Euro.

Seelische Trümmer. Geboren in den 50er- und 60er-Jahren: Die Nachkriegsgeneration im Schatten des Kriegstraumas. Von Bettina Alberti. Kösel-Verlag, München 2010. 208 Seiten, 17,95 Euro.

Wir Kinder der Kriegskinder. Die Generation im Schatten des Zweiten Weltkriegs. Von Anne-Ev Ustorf. Herder Verlag, Freiburg 2010. 189 Seiten, 19,95 Euro.

Kriegskinder und Kriegsenkel in der Psychotherapie. Folgen der NS-Zeit und des Zweiten Weltkriegs erkennen und bearbeiten – eine Annäherung. Von Luise Reddemann. Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart. Erscheint am 29. August 2015. 180 Seiten, 19,95 Euro.

Transgenerationale Weitergabe kriegsbelasteter Kindheiten. Interdisziplinäre Studien zur Nachhaltigkeit historischer Erfahrungen über vier Generationen. Herausgegeben von Hartmut Radebold, Werner Bohleber und Jürgen Zinnecker. Beltz Juventa Verlag, Landsberg 2007. 262 Seiten, 24,95 Euro.

BERLINER-KRIEGSENKEL.DE

Informationen für Kriegsenkel – also für 1960 bis 1975 Geborene, die ohne selbst den Krieg erlebt zu haben dennoch eine „Kriegslast“ tragen oder die seelische Belastung ihrer Eltern und Großeltern besser verstehen möchten – gibt es auf der Website der „Berliner Kriegsenkel und -enkelinnen“ unter berliner-kriegsenkel.de

Die Ethik der Marktwirtschaft

Eine Konferenz des Ludwig von Mises Instituts
stemmt sich gegen zunehmenden Antikapitalismus | Von Rainer Bieling

Das Ansehen der Marktwirtschaft hat schwer gelitten, und jeden Monat, in dem die Tragödie des Euro als Endlostheater fortgespielt wird, leidet es mehr. Das ist fatal, denn der Euro ist ein Experiment von Staats wegen, allen Marktteilnehmern aufgezwungen, ob sie wollen oder nicht. Es ist der Euro, der ein grundlegendes Element der Marktwirtschaft aushebelt, die Wahlfreiheit. In einer Marktwirtschaft mit Währungswettbewerb wäre der Euro beliebtes Zahlungsmittel, wenn sich aus freien Stücken viele für ihn entschieden, weil sie in ihn Vertrauen setzten.

RB

Abschlussfoto (v.l.n.r.): Die vier Referenten Martin Rhonheimer, David Dürr, Hans-Hermann Hoppe, Thorsten Polleit und Andreas Marquart, Vorstand des Ludwig von Mises Instituts Deutschland, aufgenommen am 23. Mai 2015 im Bayerischen Hof, München.

Der Ansehensverlust trifft die Marktwirtschaft in diesem Punkt ganz unverschuldet, antikapitalistische Propaganda nutzt die Gunst der Stunde ungeniert zum Generalangriff auf ein angeblich unethisches Wirtschaftssystem. Da war es eine gute Idee der Organisatoren der Jahreskonferenz 2015 des Ludwig von Mises Instituts Deutschland, „Die Ethik der Freiheit“ zum Thema zu machen und eine Lanze für die Marktwirtschaft zu brechen. Das ist im Sinne des Namensgebers, der zu den großen Geistern der Österreichischen Schule der Ökonomie zählt, deren grundsätzliche Einwände gegen Staatseingriffe allmählich in den Hauptstrom der Wirtschaftswissenschaften einfließen.

„Der Staat ist Feind von Ethik und Freiheit“, stellte Prof. Hans-Hermann Hoppe klar, nicht die Märkte sind es. Der Emeritus der University of Nevada musste nicht erst den totalen Staat bemühen, um zu zeigen, dass potenziell alle Gefahr für Eigentum, Freiheit, Leib und Leben vom Staat ausgeht. „Kapitalismus ist ethisch und freiheitlich“, assistierte Prof. Thorsten Polleit, Honorarprofessor an der Universität Bayreuth und Präsident des deutschen Ludwig von Mises Instituts. Und gegen kirchlichen Antikapitalismus positionierte sich Prof. Martin Rhonheimer von der Päpstlichen Universität Santa Croce in Rom und stellte heraus, wie positiv sich „christliche Ethik der Freiheit und Kapitalismus“ zueinander verhalten. Gut, dass das einmal gesagt ist. ◆

Einen langen Bericht über die Konferenz mit Würdigung des hier unerwähnten Beitrags von Prof. David Dürr finden Sie auf der Website des Mises Instituts Deutschland: www.misesde.org/?p=10129

PRIVAT

Prof. Dr. Antony Mueller lehrt Volkswirtschaft an der brasilianischen Bundesuniversität Universidade Federal de Sergipe (UFS) und ist neben seiner akademischen Tätigkeit international an den Wertpapierbörsen aktiv. Er ist Mitglied der Ludwig von Mises Institute USA und Brasilien sowie Gründer und Präsident von The Continental Economics Institute. Für den HAUPTSTADTBRIEF beleuchtet er die Perspektiven der Berliner Startup-Szene, die gern mit dem Silicon Valley verglichen wird.

Berlin wird nie und nimmer ein „Silicon Valley“ sein

Schon die Idee einer Imitation zeigt, dass sie zum Scheitern verurteilt ist.
Spontane Ordnungen lassen sich nicht verpflanzen,
schon gar nicht von Staats wegen | Von Antony Mueller

Mit Neid blickt die Welt der Technologie auf das kalifornische Silicon Valley. In vielen Ländern fragt man sich: So smart wie die Amerikaner sind wir allemal, warum kein Silicon Valley bei uns? Warum bei uns kein Zentrum für Hochtechnologie, das solche Unternehmen wie Google hervorbringt? Solche oder ähnliche Gedanken bewegen nicht nur Inder oder Franzosen, sondern auch manche Deutsche, und die Berliner insbesondere, denn in ihrer Stadt soll ein deutsches Silicon Valley entstehen. Berlin soll Tech-Hauptstadt werden, ein Paradies für so genannte „Startups“ – neue Unternehmen, die von der deutschen Hauptstadt aus dann die Welt erobern.

„Das Silicon Valley war nie ein Projekt, sondern ist das, was Friedrich Hayek eine ‚spontane Ordnung‘ nannte.“

Kaum wurde der Gedanke gefasst, ertönte auch schon der Ruf nach der staatlichen Förderung. Um Berlin zur Tech-Hauptstadt zu machen, werden als erstes Subventionen eingefordert. Die Regierung soll bitte schnellstmöglich ein Förderprogramm entwickeln – als ob es nicht schon genug staatliche Förderprogramme in Deutschland gebe. Dabei verdrängt man, dass mit dem Ruf nach dem Staat das Gegenteil von dem gefordert wird, was das Silicon Valley in den USA ausmacht. Nicht dass die amerikanische Regierung am Erfolg des Silicon Valley unbeteiligt wäre. Im Gegenteil. Aber der Beitrag des amerikanischen Staates besteht eben nicht in direkten Subventionen, sondern geschieht auf andere Weise.

Berlin soll ein „Cluster“ für die Hochtechnologie werden, so wie man schon seit Jahrzehnten ein zweites Hollywood für Berlin fordert und fördert. Eine konzentrierte Ansammlung von neuen Unternehmen aus der Hochtechnologie muss nun auch her. An Ideen soll es nicht fehlen und an Geld schon gar nicht, so die Überzeugung der Industriepolitiker. Also bitte einen staatlichen Fonds ins Leben rufen, viel Geld zur Verfügung stellen, Expertisen vorbereiten, um die für würdig befundenen Unternehmen zu finden, und los geht es. Schließlich hat Berlin anscheinend alles, was es braucht, um zum führenden Standort der Hochtechnologie in Europa zu werden und um mit dem Silicon Valley gleichzuziehen.

Die Planer des Berliner Silicon Valley verweisen auf die Präsenz hochrangiger Universitäten in der deutschen Hauptstadt. Was für das Silicon Valley die Universitäten Stanford, Berkeley und die Technische Universität Caltech sind,

PICTURE ALLIANCE/AP/ALBERT LLOP

PICTURE ALLIANCE/DPA/MARC MÜLLER

Silicon Valley: Lässt sich nicht kopieren. Einmalig und nicht wiederholbar ist zum Beispiel die WhatsApp-Story. 2009 in Santa Clara von Jan Koum (rechts im Bild) und Brian Acton als Startup ins Leben gerufen, ist WhatsApp eine Applikation für Mobiltelefone zum Austausch von Textnachrichten, Bild-, Video- und Ton-Dateien, die der herkömmlichen SMS den Garaus gemacht hat. 2014 kauft Mark Zuckerberg (links im Bild) für 19 Milliarden US-Dollar die WhatsApp Inc. für Facebook und macht die Gründer zu Milliardären.

wären für Berlin die Humboldt-Universität, die Freie Universität, die Technische Universität und andere mehr. Auch wird argumentiert, dass die Lebensqualität, die Berlin und Umgebung zu bieten haben, durchaus mit Nordkalifornien mithalten kann. Zudem: Das was für das Silicon Valley in Bezug auf besonders motivierte und talentierte Arbeitskräfte Asien ist, das kann für Berlin Osteuropa sein.

Was die Industriepolitiker seit jeher jedoch ignorieren, ist die Tatsache, dass Silicon Valley keine Organisation ist und nie ein Projekt war, sondern das ist, was der Ökonom und Nobelpreisträger Friedrich Hayek eine „spontane Ordnung“ nannte. Spontane Ordnungen verdanken ihr Entstehen nicht einem zentralen Willen. Sie sind nicht als Organisation strukturiert, und sie gehorchen weder Anordnungen noch Befehlen, sondern leben gemäß ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit und entstehen und entwickeln sich spontan.

Das Regelwerk einer spontanen Ordnung ist nicht explizit und kann demnach weder gelehrt noch imitiert werden. Um die Regeln kennen und befolgen zu lernen, muss man sie praktizieren. Wie das geht, kann man nicht außerhalb, sondern nur innerhalb der spontanen Ordnung selbst erfahren. Man muss dabei sein, um mitreden zu können. Spontane Ordnungen lassen sich nicht verpflanzen und nicht imitieren.

Die bedeutende Konsequenz, dass das Silicon Valley eine spontane Ordnung repräsentiert, ist der Umstand, dass die qualifizierten Leute zum Silicon Valley kommen und nicht das Silicon Valley auf Wanderschaft geht. In der Entwicklungspolitik wurde diese Einsicht in die Unmöglichkeit der Imitation mit höchsten Kosten bezahlt. In der Industriepolitik ist es nicht anders, doch stellt man sich hier noch sturer als in der Entwicklungspolitik.

Äußerlich betrachtet ist das Silicon Valley eine Anhäufung von Unternehmen der Hochtechnologie, ein so genanntes „Cluster“, wie es die Industriepolitiker zu nennen pflegen. Das Silicon Valley ist zwar das bedeutendste und innovativste Technologiezentrum in den Vereinigten Staaten, aber bei weitem nicht das einzige. Daneben gibt es eine ganze Reihe anderer Technologiezentren in anderen Regionen der Vereinigten Staaten, mit jeweils eigenen Charakteristiken. Schon einige der ganz zentralen Zusammenhänge, die im Silicon Valley anzutreffen sind, lassen sich nicht kopieren. Dazu zählen in erster Linie das Finanzierungsmodell und die Umwälzung des hergebrachten Arbeitsmarktes.

ENTREPRENEURSHIP.TU-BERLIN.DE/CRINGLE

Berlin: Muss eigene Wege finden. Zum Beispiel durch Ermunterung zum Unternehmertum, wie es die Technische Universität (TU) mit ihrem StarTUp Incubator betreibt. Daraus gehen Unternehmen wie Cringle hervor. Das Startup hat 2015 eine App zur Überweisung von Handy zu Handy zur Marktreife gebracht, die es jetzt im App Store und als Android App gibt. Im Bild v.l.n.r. Konrad Maruszewski (Dipl. Informatiker), Malte Klussmann (B.Sc. Betriebswirtschaftslehre), Frane Bandov (Dipl. Informatiker), Joschka Friedag (Dipl. Wirtschaftsingenieur).

Das Silicon Valley zeigt eine fast vollständige Auflösung der althergebrachten Typologien von Arbeiter, Angestelltem und Boss, von Kapitalist und Unternehmer, von Erfinder und Forscher, von Arbeitszeit und Freizeit, von Finanzier, Geldgeber und Anteilseigner. Wie könnte man so einen Lebens- und Arbeitsstil, wie er sich im Silicon Valley über die Zeit herausgebildet hat, in Deutschland verwirklichen? Darf man das überhaupt, würden hier doch viele entsetzt rufen.

Wer bestimmt im Silicon Valley, wer Geld zum Experimentieren bekommt und wer nicht? Es ist fast nie eine Geschäftsbank, die hier Kredit vergibt. Die Finanzierung von Neuprojekten erfolgt mit Wagniskapital. Die Startups nehmen nicht Kredite auf, sondern suchen Beteiligungen. Wenn das Projekt schiefgeht, sind es nicht die jungen Unternehmer, die mit Schulden dastehen, sondern das Projekt wird von den Beteiligungsträgern abgeschrieben. Diese gehen von Anfang an davon aus, dass von der Vielzahl von Projekten, an denen sie sich beteiligen, letztlich nur ein Bruchteil in die Gewinnzone kommt. Die wenigen Gewinner müssen so erfolgreich sein, dass sie den Rest mitfinanzieren.

Kann die Berliner Tech-Szene jährlich eine genügend hohe Zahl von vielversprechenden

WIRTSCHAFTSWUNDER, **VON UNS GERETTET.**

Antriebsrad der Auslegerkräne in der Sayner Hütte, 1830. Mehr über die Geschichte dieses Denkmals: www.dieganzegeschichte.de

Eines von vielen tausend geförderten Denkmalen.

Wir erhalten Einzigartiges. Mit Ihrer Hilfe.

Spendenkonto

IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG

www.denkmalschutz.de

DEUTSCHE STIFTUNG DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.

Projekten bieten, von denen ein paar dann von den Wagnisfonds ausgewählt werden mit dem Wissen, dass selbst von diesen ausgewählten Projekten die meisten fehlschlagen? Um mit dem Silicon Valley mithalten zu können, bräuchte man pro Jahr mehrere tausend vielversprechende Projekte. Von denen würden dann die Geldgeber etwa ein Zehntel zur Finanzierung auswählen und davon ausgehen, dass von diesen ausgewählten wiederum nicht viel mehr als etwa ein Dutzend Unternehmen den Hauptteil der Gewinne erbringen müssten.

Es geht ja darum, aussichtsreiche Projekte zu finden, über deren Erfolgsaussichten kein Konsens besteht. Falls Konsens besteht, würde bestenfalls eine durchschnittliche Rendite winken. Wenn Konsens besteht, kann man die alten Wege beschreiten. Dann stehen von selbst genügend Geldgeber, einschließlich Banken, zur Verfügung. Es ist aber genau der Punkt, dass das große Geschäft, das zu Unternehmen wie zum Beispiel Google führt, auf fehlendem Konsens beruht. Was zählt, ist die Finanzierung von Projekten, bei denen kein Konsens besteht und die dann trotzdem Erfolg haben. Diese Herausforderung kann nicht von herkömmlichen Banken gemeistert werden und schon gar nicht von Beamten in Regierungsstellen.

„Es geht bei Wagniskapital darum, Projekte zu finden, über deren Erfolgsaussichten kein Konsens besteht."

Der Ansatzpunkt der Wagnisfinanzierung schaut ganz anders als die herkömmliche Bankenfinanzierung oder staatliche Förderung aus. Beide sind konsensorientiert. Man versucht, solche Projekte zu vermeiden, die nicht konsensfähig sind. Bei der Wagnisfinanzierung ist es ganz anders. Hier vermeidet man die konsensfähigen Projekte, die ja eh nur durchschnittliche Rendite einbrächten, und konzentriert sich auf die nicht konsensfähigen. Hier müssen dann einige wenige so gewinnbringend sein, dass sie die Verluste der nicht erfolgreichen Projekte ausgleichen können.

Gewinnmatrix der Wagniskapitalfinanzierung

Der Fokus der Wagnisfinanzierung ist nicht Zelle C, wie bei der herkömmlichen Projektfinanzierung, sondern Zelle D mit der bewussten Inkaufnahme von B.

	Konsens	Kein Konsens
Fehlschlag	(A) -	(B) -
Erfolg	(C) 0	(D) +

- Verlust
0 keine überdurchschnittliche Rendite
+ überdurchschnittlicher Rendite

Wie sieht es nun in Deutschland mit den Möglichkeiten aus, dass Startups mit nicht konsensfähigen Ideen zur Finanzierung ihrer Pläne kommen können? Welche Möglichkeiten bestehen hierzulande für Börsengänge, bei denen die Unternehmensgründer zusammen mit ihren Beteiligungsträgern genügend Geld einsammeln, um nicht nur die Expansion des erfolgreichen Unternehmens voranzutreiben, sondern auch die Verluste der nicht erfolgreichen Projekte zu kompensieren?

„In Deutschland gilt ja vielfach schon ein Aktienfonds als spekulativ.

Welches Finanzinstitut könnte es tolerieren, hunderte von Projekten zu finanzieren, von denen weniger als fünf Prozent jemals Gewinn einbringen? Wie würde sich eine staatliche Förderstelle rechtfertigen, wenn fast alle ihre Projekte den Bach runtergehen, aber bei den wenigen, die funktionieren, die Geschäftsgründer Milliardäre werden?

In Deutschland gibt es keine Kultur, die dem Silicon Valley gleichkäme. Schließlich ist dieses auch in den USA einzigartig. Was den Erfolg ausmacht, lässt sich nicht definieren. Aber schon ein paar Hinweise auf die speziellen Umstände genügen, um das Einmalige zu kennzeichnen.

Kalifornien ist einer der jüngsten Staaten der USA. Das Gebiet wurde 1848 von Mexiko übernommen und „California" wurde 1850 ein Staat innerhalb der Vereinigten Staaten. Lange Zeit blieb die Entwicklung zurück und die Wirt-

schaft wurde hauptsächlich durch die Agrikultur geprägt. Richtig los mit Kalifornien ging es erst im 20. Jahrhundert, und der Startschuss für die Technologie kam mit dem Zweiten Weltkrieg. Die USA wendeten sich dem Pazifik zu. Seit dem Pazifikkrieg fließen massiv Gelder aus dem Verteidigungshaushalt nach Kalifornien. Heutzutage befindet sich ein erheblicher Teil der amerikanischen Verteidigungsindustrie in Kalifornien und garantiert so nicht nur immer wieder Impulse für die Hochtechnologie, sondern vor allem auch einen sehr beständigen Zufluss von Geldern.

Während der Beitrag der Verteidigungsindustrie für den spezifischen Erfolg des Silicon Valleys unbestritten ist, kommt noch der eher zufallsbedingte Beitrag Einzelner dazu. Hier wäre an erster Stelle die Rolle von William Shockley zu nennen. William Shockley ist der Erfinder des Transistors. Er arbeitete an der amerikanischen Ostküste, wo er eine Forschungsgruppe bei den Bell-Laboratorien leitete. Shockley zog nach Kalifornien aus dem sehr persönlichen Grund, dass er in der Nähe seiner kranken Mutter wohnen wollte. Mit ihm kam ein Teil seines Teams nach Kalifornien, wo Shockley nun begann, seine Erfindungen zu kommerzialisieren. Rückblickend sagen die Kenner der Szene, dass der Startschuss für das Silicon Valley kam, als William Shockley im Jahre 1956 von New Jersey ins kalifornische Mountain View zog, um dort „Shockley Semiconductor Laboratory“ als Teil der Beckman Instruments (heute Beckman Coulter) zu gründen.

Um das Bild komplett zu machen, ist zudem der Beitrag der Stanford University zu nennen. Diese Hochschule begann als Gründung durch den Unternehmer Leland Stanford und durchlief zu Beginn eine durchaus wechselvolle Geschichte. Erst in den 1960er-Jahren kam es zum Durchbruch und zum Aufstieg in die Elite der US-amerikanischen Universitäten. Heute nimmt die Stanford University in den einschlägigen Ranglisten Spitzenplätze ein. Was diese Universität auszeichnet, ist ihre enge Verbindung zum Unternehmertum, etwas das für deutsche Universitäten immer noch und wohl noch für lange Zeit schwierig ist.

Professoren in Stanford sind nicht nur Lehrer und Forscher, sondern vielfach selbst Unternehmer. Shockley zum Beispiel lehrte neben seiner unternehmerischen Tätigkeit auch an der Stanford University. Die Rolle, die Universitätsprofessoren als Unternehmer und umgekehrt Unternehmer als Professoren spielen, wird von der Stanford University nicht nur toleriert, sondern intensiv gefördert. Wo gibt es etwas Ähnliches in Berlin oder überhaupt irgendwo in Deutschland?

> *„In Deutschland gibt es keine Kultur, die dem Silicon Valley gleichkäme. Schließlich ist dieses auch in den USA einzigartig.“*

Das alles soll nicht heißen, dass es in Deutschland oder in Berlin keine Chance für ein Zentrum der Hochtechnologie gäbe. Es wird aber nie und nimmer ein „Silicon Valley“ sein. Schon die Idee einer Imitation zeigt, dass sie zum Scheitern verurteilt ist. Gerade wenn erwartet werden soll, dass das Projekt gelingt, muss es einzigartig sein und nicht eine Nachahmung. Die Rolle des Staates, der Finanzierung, der Universität müssen im Einklang mit den eigenen Besonderheiten stehen. Wenn dann noch ein paar Besonderheiten hinzukämen, könnte es zum Startschuss kommen. Bis dahin würde die Politik schon genug tun, wenn sie Interventionen unterlässt.

Einen besseren Beitrag, als Industriepolitik zu betreiben, kann die Politik leisten, wenn sie aktiv versuchen würde, Hemmnisse abzubauen. Diese Aufgabe ist jedoch ungleich schwieriger und unangenehmer, als Milliarden so generös wie nutzlos zu verpulvern. ◆

Die Website The Global Economy des Continental Economics Institute unseres Autors Prof. Antony Mueller bietet Wirtschaftsanalysen zum Lesen und Anhören auf Englisch, Portugiesisch und Deutsch unter www.continentaleconomics.com

wenn wir möbel & mehr sagen, meinen wir möbel & mehr.

Mehr! Das heißt bei uns Qualität, Service, Familienfreundlichkeit und Kundennähe!
Nicht nur Ihre Kleinen sind in unserem portalino-Kinderclub mit viel Spaß und professioneller Kinderbetreuung gut aufgehoben. Auch Sie sind bei porta mit beispielsweise einem frischen Espresso oder unseren kulinarischen Leckereien aus unserem Restaurant bestens versorgt.
Unsere umfangreichen Beratungs- und Service-Leistungen lassen keine Einrichtungswünsche offen. Genießen Sie die kompetente Planung mit 3D-Technik bei uns im Einrichtungshaus oder direkt bei Ihnen Zuhause. Die Lieferung und Montage können Sie dann ganz unseren Teams überlassen!
Ihr porta Team-Potsdam freut sich schon, Sie im Einrichtungshaus begrüßen zu dürfen.

- QUALITÄTSMARKEN
- STARKE FACHABTEILUNGEN
- RIESIEGE AUSWAHL
- KOMPETENTE BERATUNG
- ECHTE PREISVORTEILE
- SUPER SERVICE

14480 Potsdam · Porta Möbel Handels GmbH & Co. KG Potsdam · Zum Kirchsteigfeld 4 · direkt neben dem Stern-Center
Tel.: 0331/20085-0 · UNSERE ÖFFNUNGSZEITEN: MO-SA 10-20 UHR · www.porta.de

Folgen Sie uns auf Facebook

PRIVAT

Max Thomas Mehr arbeitet als freier Journalist. 1977 Mitbegründer der Tageszeitung *taz*, fühlt er Berlin seither den politischen Puls. Zuletzt schrieb er im HAUPTSTADTBRIEF 128 über die erlahmten Parteien im Roten Rathaus. Für den HAUPTSTADTBRIEF 130 legt er dar, warum der neue Drang zum Volksentscheid die demokratischen Prozesse unterhöhlt.

Die neue Berliner Volksdemokratie

Wir laufen Gefahr, auf dem Weg zu sein in eine Demokratie, die zum Wunschkonzert von Unterschriften-Mehrheiten verkommt | Von Max Thomas Mehr

Die neue Berliner außerparlamentarische Opposition wirft keine Steine, besetzt keine Häuser, und sie verspürt wenig Drang zu Demonstration und Revolution. Aber sie ist höchst effektiv: Ob es um den Erhalt von Schrebergartensiedlungen in Berlin-Wilmersdorf oder um die Randbebauung des Tempelhofer Feldes geht – die neue APO protestiert vor allem mit dem Kugelschreiber. Sie kämpft mittels Unterschrift um jede Brache, die einem Neubau vor der eigenen Haustür weichen soll.

Sie ist gegen Verdichtung in der Innenstadt und will gleichzeitig billig wohnen, selbstverständlich im Zentrum – eine Quadratur des Kreises in einer wachsenden Metropole, in die jedes Jahr 40 000 Menschen zuziehen. Altgewordene Maoisten, grüne Fundamentalisten und einstmals linksautonome Hedonisten ziehen Arm in Arm mit Alt-Berliner Fortschrittsskeptikern und kiezfixierten Status-quo-Verteidigern in den Kampf gegen die drohende „Gentrifizierung“ und beschleunigen sie so doch nur.

Das Wunderinstrument für diese neue Art der Volksdemokratie ist der Bürger- oder Volksentscheid. Sein größter Vorteil: Der lange Marsch durch die Institutionen entfällt. Jüngstes Beispiel ist der Berliner „Mietenvolksentscheid“ – um beim Kampf für den „Erhalt und die Schaffung preiswerten Wohnraums“ dabei zu sein, reichen eine Unterschrift und die aktuelle Berliner Wohnadresse. Getrommelt wird mit Hilfe der soziale Netzwerke. Dank Facebook und Twitter haben die Initiatoren aus einem „Stadtteilbüro“ in Friedrichshain schon in wenigen Wochen die erste Hürde für den Volksentscheid spielend genommen: 50 000 Unterschriften kamen zusammen.

Das Besondere an diesem Unterfangen ist, dass es hier nicht zwischen Ja und Nein zu entscheiden gilt – wie etwa bei der Frage, ob das Tempelhofer Feld bebaut werden sollte. Jetzt geht es um ein umfangreiches, detailliertes Mietengesetz, niedergeschrieben auf rund 60 Seiten. Der Verfasser: ein früherer Mitstreiter der Sozialwissenschaftlerin und Publizistin Jutta Ditfurth, einst Mitbegründerin der Grünen und Urgestein des grünen Fundamentalismus.

> *Man ist gegen Verdichtung in der Innenstadt und verhindert Baumaßnahmen. Gleichzeitig will man billig wohnen, selbstverständlich im Zentrum.*

Vieles gibt Anlass zum Wundern bei diesem zur Abstimmung stehenden Bürgerentscheid. Zunächst einmal: Die meisten der 50 000 Unterschreibenden sind von dem angestrebten neuen Mietengesetz gar nicht selbst betroffen, denn es sieht erst einmal nur für die 85 000 förderfähigen Haushalte im bestehenden „sozialen Wohnungsbau“ niedrigere Mieten vor. In diesen häufig überteuerten Sozialwohnungen leben vor allem Transfergeldempfänger. Die Konsequenz des Volksentscheids, würde er Gesetz, wäre: Der öffentliche Haushalt müsste die Altlasten einer verfehlten Wohnungsbauförderung der Vergangenheit noch stärker als bisher subventionieren. Eine enorme Belastung für den Berliner Landeshaushalt – zum Nutzen von nicht mehr als gut 4 Prozent der Berliner Haushalte.

PICTURE ALLIANCE/DPA/BERND VON JUTRCZENKA

Basteln an der Demokratie per Kugelschreiber: Am 1. Juni 2015 hat die Initiative „Mietenvolksentscheid Berlin“ 48.540 gesammelte Unterschriften für ihr Anliegen bei der Senatsverwaltung für Inneres abgeben. Mehr als doppelt so viele wie erforderlich, um den Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens zu unterstützen. Die Initiative hat die Website mietenvolksentscheidberlin.de

Die Mietpreisentwicklung insgesamt ändert sich dadurch aber nicht. So sind für die rund 300 000 Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften in dem Volksentscheid-Gesetz keine Mietveränderungen vorgesehen. Sie sollen lediglich in eine andere Rechtsform überführt werden. Deren einziges Ziel: Die Wohnungsunternehmen müssten zukünftig keine Gewinne mehr an den allgemeinen städtischen Haushalt abführen. Das wirft die Frage auf: Tun sie das denn? Nein, zumindest in den vergangenen 15 Jahren ist das kein einziges Mal vorgekommen. Wieso also wünscht der Entwurf hier Änderung zu schaffen? Das weiß vermutlich nur sein Verfasser selbst.

Vom Staat etwas fordern – das fällt der neuen APO leicht. So sollen laut Volksentscheidbestreben die städtischen Wohnungsunternehmen in fünf Jahren mit 500 Millionen Euro ausgestattet werden – frisches Geld vom Senat. Sinn der Finanzspritze: Mit erhöhtem Eigenkapital sollen die Unternehmen in die Lage versetzt werden, neue Wohnungen zu bauen. Zum Vergleich: 500 Millionen Euro entsprechen in etwa der Summe, die pro Jahr im Berliner Haushalt insgesamt für Investitionen zur Verfügung steht – für Wohnungen, Straßenbau, neue Kitas oder die Sanierung von Schulen. Wesentliche Bereiche, die von öffentlicher Förderung abhängen, müssten demnach völlig auf Geld verzichten, sollte der Volksentscheid durchgesetzt werden. Und auch an den rund 1,6 Millionen Berliner Haushalten, die privatwirtschaftlich mit Wohnungen versorgt sind, geht der Vorstoß komplett vorbei.

Das Gravierende an diesem Vorgang: Die angestrebten Gesetzesänderungen sollen nicht etwa im gewählten Parlament entschieden werden – wo die mit vielen checks and balances austarierte Entscheidungskultur unserer parlamentarischen, indirekten Demokratie immerhin für einen Ausgleich unterschiedlicher Interessen

zu sorgen in der Lage ist. Nein, der „Wohnungssozialismus durch die Hintertür“ soll einfach mal so per Unterschrift als Gesetzeswirklichkeit durchgesetzt werden. Dass auch nur ein nennenswerter Prozentsatz jener, die ihre Unterschrift geleistet haben, den Entwurf in voller Länge gelesen haben, darf bezweifelt werden.

Wer erwartet, dass der Berliner Senat sich mit klugen Argumenten gegen diese neue Art der Volksdemokratie stellt und seinerseits durchdachte Konzepte für eine dynamische Stadtentwicklung anbietet, sieht sich enttäuscht. Das stellt offenbar nicht die Hauptsorge von Berlins regierenden Senatoren dar. Vielmehr ist ihnen daran gelegen, die Gunst des Wahlpublikums nicht zu verlieren – also eilt man den Initiatoren des Volksentscheids sogar mit offenen Armen entgegen. Wohlgemerkt: Der Mieten-Volksentscheid hat bisher gerade einmal die erste Hürde zu seiner Verwirklichung genommen. Aber die Verantwortlichen auf Senatsseite treffen sich bereits mit den selbsternannten Aktivisten der neuen APO und suchen nach Gemeinsamkeiten.

„Berlins Senatoren eilen den Initiatoren von Volksentscheiden mit offenen Armen entgegen – aus Populismus und Mangel an eigener Zielsetzung.“

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller, vor einem Jahr als Stadtentwicklungssenator bei der Volksabstimmung über das Tempelhofer Feld auf der Verliererseite, mag die Befürchtung hegen, dass die Mieten-Volksabstimmung mit den unschönen haushaltspolitischen Konsequenzen, die sie nach sich ziehen könnte, zum Desaster seiner Amtszeit werden könnte. Überhaupt scheint der Volksentscheid um das Tempelhofer Feld die Arithmetik zwischen Politik und Gesellschaft in Berlins Rotem Rathaus aus den Angeln gehoben zu haben. Die Parteien wirken zunehmend geschwächt, ihr politisches Personal zunehmend unattraktiv. Kaum jemand scheint es sich noch zuzutrauen, selbst Ziele für die wachsende Metropole zu entwickeln und zu formulieren, geschweige denn sie durchzusetzen.

So wurde gerade ein offenes Bürgerbeteiligungsverfahren um die zukünftige Gestaltung der historischen Mitte zwischen Fernsehturm und Schloss vom Senat ausgerufen – in Vorwegnahme eines zu erwartenden Volksbegehrens. Skurriler Höhepunkt dieser fragwürdigen neuen Smiley-Demokratie: In einer ersten Bürgerversammlung mit dem neuen Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel wurde ernsthaft erwogen, auch Touristen in die Diskussion um die Zukunft der historischen Mitte einzubeziehen. Schließlich frequentieren sie den Platz zwischen Fernsehturm und Rotem Rathaus am häufigsten.

Übrigens, der nächste Berliner Volksentscheid ist schon im Anmarsch: für 110 Prozent Lehrerstellen. Wir laufen Gefahr, auf dem Weg zu sein in eine Demokratie, die zum Wunschkonzert von Unterschriften-Mehrheiten verkommt – nicht zuletzt, weil es ihr an führungsstarken politischen Akteuren in den Parteien mangelt, die auf intelligente Weise Zivilgesellschaft und politische Vernunft zusammenzudenken und die notwendige Dynamik in politische Entscheidungen zu bringen in der Lage wären. ◆

IMPRESSUM Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Bruno Waltert | Redaktionsdirektor: Dr. Rainer Bieling
Art Director: Paul Kern | Gestaltung und Layout: Mike Zastrow | Bildbearbeitung: Manuel Schwartz
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Rainer Bieling (Redaktion), Janine Kulbrok (Anzeigen), beide c/o Verlag

Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin
Telefon 030 - 21 50 54 00 | Fax 030 - 21 50 54 47 | info@derhauptstadtbrief.de, www.derhauptstadtbrief.de

Druck: ESM Satz und Grafik GmbH, Berlin | Redaktionsschluss: 24. Juni 2015 | Wiedergabe von Beiträgen nach Genehmigung stets mit der Quellenangabe: © DER HAUPTSTADTBRIEF. Für unverlangte Zusendungen keine Haftung.

DER HAUPTSTADTBRIEF erscheint mit acht Ausgaben im Jahr.

ISSN 2197-2761

PRIVAT

Prof. Dr. Bernd Wonneberger ist Emeritus der Technischen Fachhochschule (TFH) Wildau für BWL und Internationales Marketing. 1997 erstellte er das betriebswirtschaftliche Gutachten für einen Alternativstandort zu Schönefeld im Norden Berlins. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum der derzeit geplante Eröffnungstermin für den BER im zweiten Halbjahr 2017 eine trügerische Hoffnung ist.

An 2017 glauben heißt, nichts aus BER gelernt zu haben

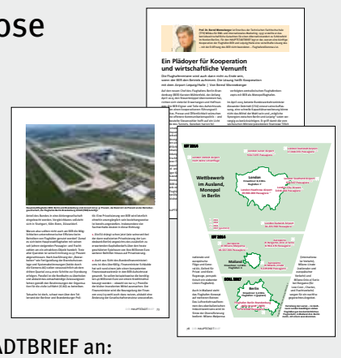
Die für Ende 2017 in Aussicht gestellte Eröffnung des Flughafens ist eine Erlösungsverheißung, die vor unser aller Augen wie eine Seifenblase zerplatzen wird | Von Bernd Wonneberger

Matt leuchtet im Sommer 2015 ein Licht am Ende des Tunnels: Der Eröffnungstermin für den Hauptstadtflughafen ist beschlossen und verkündet. Im dritten oder vierten Quartal 2017 soll das BER-Chaos der Vergangenheit angehören. Bei der durch zurückliegende Versprechen und Enttäuschungen zermürbten und mittlerweile notgedrungen an die Nicht-Existenz eines hauptstadtgemäßen Airports gewöhnten Öffentlichkeit keimt Hoffnung auf. Doch ein gehöriger Rest Skepsis bleibt – und das nicht ohne Grund. Denn die alten Probleme sind auch die neuen. Sie heißen Technik, Unternehmensführung, Schallschutz.

Sorgenkind Nummer 1 im Bereich Technik war die Entrauchungsanlage. Die Firma Siemens soll es nun richten. Und tatsächlich: Die vollständigen Planungsunterlagen für eine Ausführungsplanung für den Umbau der Entrauchungsanlage lagen nach 9 Monaten (statt der veranschlagten 3 bis 4 Monate) vor. Doch: Das Absaugen der Rauchluft und die Zufuhr von Frischluft im Brandfall in der nun dreigeteilten Anlage mittels einer Siemens-Turbine könnten auf dem Dach des Terminals bei Volllast zu erheblichen Verwirbelungen führen, trotz meterhoher aerodynamisch günstiger „Schornsteine“ und einer jetzt wohl 108 Klappen umfassenden Anlage.

Auch war nichts davon zu hören – beispielsweise von der TU Berlin, die über Fachleute hierfür und einen geeigneten Strömungskanal verfügt –, dass hierzu umfangreiche Tests im Modellversuch gelaufen wären beziehungsweise laufen. Eine neu konzipierte Anlage aber müsste vor der Realisierung als Modell getestet werden – besonders nach den bisher am BER gemachten Erfahrungen. Die Notwendigkeit umfassender Prüfungen kann nicht hoch genug bewertet werden, wie der Fall des Flughafens Heathrow beweist, wo bei der Eröffnung das ganze System für mehrere Tage zusammenbrach.

Berlins endlose Geschichte



Der Autor knüpft mit seinem Plädoyer für ein Aufwachen aus unhaltbaren BER-Träumen an seine vorhergehenden sechs Beiträge zur Flughafenthematik im HAUPTSTADTBRIEF an: „BER plus Tegel ist billiger“ (Heft 118), „Plädoyer für die Privatisierung des Hauptstadtflughafens BER“ (Heft 120), „Der Irrtum Großflughafen ist noch abwendbar“ (Heft 121), „Das BER-Monopol ist nicht alternativlos“ (Heft 122), „Das Modell mit Zukunft heißt BER plus“ (Heft 123) und „Ein Plädoyer für Kooperation und wirtschaftliche Vernunft“ (Heft 129).

PICTURE ALLIANCE/DPA/PAUL ZINKEN

Verzögerungspotential Lärmprotest: Selbst wenn die Technik- und Kapazitätsprobleme des BER bis dahin behebbar wären, steht einer planmäßigen Eröffnung 2017 noch der massive und von den Flughafenverantwortlichen in seiner Tragweite nicht gebührend berücksichtigte Bürgerprotest gegen Fluglärm entgegen.

Sorgenkind Nummer 2 im Bereich Unternehmensführung war der Umstand, dass die Flughafen Berlin Brandenburg (FBB) GmbH erhebliche Defizite aufweist – auf einem Feld also, das für weltweit konkurrenzfähige Flughäfen eminent wichtig ist. Die Mängelliste bei der FBB GmbH in Stichworten: Ständiger Wechsel des technischen Führungspersonals; kein Generalunternehmer seit 2012; fatale Vernachlässigung der im Handling von Flughäfen immer brisanter werdenden betriebswirtschaftlichen Kompetenz; (bewusst undurchschaubar gehaltene) Finanzierungsprobleme (u. a. die Vermischung von Kosten/Aufwendungen bis zur Fertigstellung und der weiteren Kosten/Aufwendungen für die unumgänglichen Erweiterungen). Jeder Versuch der Quantifizierung der Finanzierungsprobleme ist irritierend erschwert durch die Verwendung wahlweise der Begriffe Kosten, dann wieder Aufwendungen, ein andermal Ausgaben oder Auszahlungen. Auch der Bund der Steuerzahler wies bereits mehrfach auf die betriebswirtschaftliche Begriffsverwirrung hin, die es zumindest von außen nahezu unmöglich macht, Einblick in die tatsächliche Finanzlage zu erhalten.

Wie kann der neue Chef Karsten Mühlenfeld da den Laden zusammenhalten, dafür sorgen, dass der Eröffnungstermin eingehalten wird – und zugleich über die Fertigstellung von BER hinaus für die Zukunft planen, etwa was zentrale Fragen der Finanzierung, der Kostenrechnung, der Positionierung von BER im internationalen Wettbewerb angeht? Gar nicht zu reden von Luftverkehrslogistik und Organisationsentwicklung – kurz die Umsetzung erfolgsorientierter strategischer Unternehmensführung für einen internationalen Flughafen. Hier besteht akuter Handlungsbedarf.

Auch die drei Zuständigkeitsebenen, in denen sich der Flughafenchef zu bewegen hat, also Eigentümergemeinschaft, Aufsichtsrat und Führungspersonal der FBB GmbH, erschweren in erheblicher Weise die Koordination – und es sieht nicht so aus, als ob diese Gremien in der Vergangenheit seinen Vorgängern die Arbeit leicht gemacht hätten. Die Eigentümergemeinschaft hat es bisher weitgehend vermieden, wirtschaftlichen Fragen die ihnen zukommende Bedeutung beizumessen. Statt einer Dreieinigkeit der Gesellschafter konnte man eine Zweckgemeinschaft mit zum Teil divergierenden Zielvorstellungen beobachten.

Während der Bund mit BER einen Teil seines Luftverkehrskonzeptes realisieren will und der

Staatssekretär im Verkehrsministerium kurz entschlossen in Brüssel die Genehmigung einer Erhöhung des Förderrahmens auf nunmehr wohl 2,3 Milliarden Euro beantragt hat (deutlich mehr, als die beiden Bundesländer es vorhatten), scheinen Berlin und Brandenburg den Airport nicht in erster Linie als unternehmerisches, sondern vor allem als politisches Projekt zu begreifen. Resultat war und ist ein stark politisierter Aufsichtsrat, der sich bislang nicht als Kompetenzzentrum des BER hervorgetan und die Frage nach der Wirtschaftlichkeit des Hauptstadtflughafens eher ausgeklammert hat.

Nicht umsonst empfahl der Landesrechnungshof Brandenburg dringend, auf die Entsendung von Ministern in den Aufsichtsrat zu verzichten. Und noch im Juni 2015 plädierte die Vereinigung von Aufsichtsräten in Deutschland nicht nur für eine deutliche Verkleinerung des Aufsichtsrates, sondern formulierte zugleich wünschenswerte Qualifikationen für den Aufsichtsratsvorsitzenden der FBB GmbH. In der Tat: Es muss mehr Wirtschaftskompetenz in den Aufsichtsrat (wir erörterten diesen Punkt bereits im HAUPTSTADTBRIEF 120 unter der Überschrift „Lasst die Profis an die Startbahn!“). Der vom ausufernden Finanzbedarf für BER geplagte Steuerzahler würde es dankbar zur Kenntnis nehmen. In diesem Zusammenhang scheint es ratsam, die erst neuerdings offiziell in Erwägung gezogene Möglichkeit einer (Teil-) Privatisierung der FBB GmbH tatsächlich anzustreben, ebenso wie die Umsetzung eines (im HAUPTSTADTBRIEF ebenfalls mehrfach erörterten) dezentralen Hauptstadtflughafen-Konzeptes.

Sorgenkind Nummer 3 im Bereich Fluglärm hat das größte Potenzial für zeitliche Verzögerungen. Die Bürgerproteste gegen den zu erwartenden Lärm und den Ausbau der dritten Start- und Landebahn sind zahlreich, mit steigender Tendenz. Dieser Problematik wird beim BER nicht der nötige Stellenwert zugemessen. Wer meint, dass 730 Millionen Euro für passive Schallschutzmaßnahmen das Problem auch nur annähernd regeln könnten, sei an die Erfahrungen anderer Flughafenprojekte erinnert: Insgesamt 9 Jahre wird das dritte Terminal des Frankfurter Flughafens (Abschlussplanung, zwei Gutachten, Obergutachten, Baubeginn und 7 Jahre Bauzeit mit Abnahme) wohl dauern, und am Flughafen München sind bis heute ebenfalls 9 Jahre für die Errichtung einer dritten Start- und Landebahn vergangen (derzeit ruhen die Arbeiten wieder). Wie dort sind auch in und um Berlin nach wie vor sensibilisierte und organisierte Bürger bereit, langfristig für ihre Interessen zu streiten. Mit anderen Worten: Bereits allein die Lärmproblematik wird dazu beitragen, die Eröffnung von BER längere Zeit über den nunmehr geplanten Termin 2017 hinauszuschieben.

„Berlin und Brandenburg begreifen BER noch immer nicht als unternehmerisches, sondern vor allem als politisches Projekt.“

Die erwähnten Probleme und Sachverhalte beinhalten zwei Risikopakete: hinsichtlich der Einhaltung des verkündeten Eröffnungstermins von BER im zweiten Halbjahr 2017 und bezüglich der aktuell geschätzten Gesamtkosten von alsbald 8 Milliarden Euro (einschließlich Kapazitätserweiterung). Wenn man von der Ankündigung der BER-Seite ausgeht, man werde den Hauptstadtflughafen zum anvisierten Zeitpunkt unter Volllast an den Start schicken können, erscheint der Termin 2017 als eine Erlösungsverheißung, die vor unser aller Augen zerplatzen wird wie eine Seifenblase. Ein Ende des BER-Debakels ist nicht in Sicht – es wird nur in eine andere Phase eintreten. Insbesondere die Lärmschutzproblematik wird nicht nur die FBB GmbH, Anwohner, Bürger und Medien weiter beschäftigen, sondern auf Jahre auch Anwälte und Gerichte. ◆

Umfangreiche Informationen zum erwarteten Fluglärm durch den Hauptstadtflughafen BER und die Bürgerproteste dagegen liefert die Infoplattform Fluglärm BER (BBI) hier: fluglaermber.de

PRIVAT

Stefan Aust ist Journalist und Herausgeber der *Welt* und der *Welt am Sonntag*. Er war Chefredakteur des *Spiegels*. Im HAUPTSTADTBRIEF würdigt er in essayistischem Rundumschlag den ganz eigenen Charme Berlins, das sich ständig wandelt, um sich irgendwie doch immer treu zu bleiben.

Berlin, trotz alle deine Fehler lieb ick dir

Wie es der legendäre Otto Reutter einst im Couplet besang, so geht es einem auch mit der Metropole Berlin von 2015 | Von Stefan Aust

Man weiß es zwar noch – vorstellen aber kann man sich das einstige Berlin kaum mehr, auch wenn hier und da Reste der Mauer zu Erinnerungszwecken stehen geblieben sind. Nur gelegentlich – etwa wenn wieder einmal bei der Bahn gestreikt wird – sehnt man sich auf einmal ins alte West-Berlin zurück und gedenkt wehmütig der kurzen (und preiswerten) Flüge mit Pan Am von Tempelhof aus der ummauerten Stadt heraus – eine zweite Luftbrücke, die Berlin mit dem Rest der Welt verband.

Aber das war einmal. Heute ist Berlin eine andere Art von Stadt: laut und schrill, unfertig, grau und glitzernd und voll von Touristen, Zugereisten und Migranten aus aller Herren Länder. Auch aus den neuen und den alten Bundesländern – nicht zuletzt aber aus solchen Gegenden der Welt, die noch ärmer sind als die Hauptstadt und deutlich weniger sexy.

„Und Berlin war wieder mitten drin. Ein Zentrum, wo eine Frau aus dem Osten zu einer der wichtigsten politischen Figuren des Westens werden konnte."

Berlin heute, das ist eine Metropole, fast so groß wie sie früher schon einmal mal war – vor den Kriegen, als die Welt noch in kaiserlicher Ordnung schien und doch brüchig, weil die Herrschenden den Herausforderungen und Krisen der Neuzeit mit den alten Methoden zu begegnen trachteten. Hier an der Spree ließ sich ein unbedarfter Kaiser von seinen Bürokraten und Militärstrategen, unterstützt von den Vettern und Verwandten auf den Thronen der Nachbarländer, zu einem verheerenden Krieg überreden. Hier wurde die Revolution ausgerufen, hier bekämpften sich Spartakisten und SA-Gruppen, hier feierte Hitler seine Machtergreifung, hier ließ er seine Truppen paradieren, bevor sie über Europa herfielen. Hier regneten Bomben herunter, bis kein Stein mehr auf dem anderen blieb. Hier begann der Kalte Krieg. Und hier endete er auch, als in einer Novembernacht vor 26 Jahren die Mauer fiel – plötzlich und unerwartet vor allem für jene, die mit Unsummen von Steuergeldern dafür bezahlt werden, kommende politische Entwicklungen im Voraus zu erspähen.

Solange das Brandenburger Tor verschlossen war, von einer meterdicken Mauer in elegantem Bogen westseitig abgeschottet, blieb die deutsche Frage offen. Auf diesen Punkt hatte Richard von Weizsäcker die Geschichte gebracht. Willy Brandt, der als Regierender Bürgermeister den Bau der Mauer in ohnmächtiger Wut hatte mitansehen müssen, konnte noch die Hoffnung erleben, dass nun tatsächlich zusammenwachsen würde, was zusammengehört. Und das war nicht nur das geteilte Deutschland. Der Fall der Mauer ließ auch Europa, ließ West-Europa und Ost-Europa wieder zueinanderfinden.

PICTURE-ALLIANCE/DPA/SIEGFRIED SAMMER

Eines der Ausfalltore in den Westen, als Berlin noch eine Insel war: eine Maschine der Pan American World Airways auf dem Flughafen Tempelhof. Pan Am, bis 1991 die größte Fluggesellschaft der USA, verband mit ihren „Clippern" die ummauerte Stadt auf dem Luftweg mit der freien Welt.

Und Berlin war wieder mittendrin. Ein Zentrum, eine Brücke zwischen Ost und West. Wo eine Frau aus dem Osten zu einer der wichtigsten politischen Figuren des Westens werden konnte, wo europäische Geschichte geschrieben wurde und wird – mit friedlichen Mitteln. Vielleicht lässt sich hier eine Fortsetzung der Balance-Politik Otto von Bismarcks erkennen, der immer wusste, dass Politik nicht nur das Bohren dicker Bretter ist, sondern auch das Balancieren damit. Doch auch das ist nicht frei von Risiken. Balance-Politik kann zur Schaukelpartie werden, kurzfristiges Taktieren langfristige Strategien aushebeln. Wer nicht mehr weiß, wo er steht, kann plötzlich da landen, wo er nicht hinwollte.

Wie unter einem Brennglas ließ sich an der Berliner Mauer der Kalte Krieg verfolgen. Wie unter einem Brennglas zeichnen sich auch heute die Konfliktlinien der Welt im Berliner Regierungsviertel ab. Gutes Beispiel: Untersuchungsausschüsse, allen voran jener Ausschuss, der die Aktivitäten der amerikanischen National Security Agency (NSA) in Deutschland zu beleuchten hat. Große Fragen laufen hier zusammen: Wie weit darf ein Staat sich von seinem großen Bruder USA ausspionieren lassen? Wie eng muss man bei der Bekämpfung von Terroristen, Islamisten, Dschihadisten zusammenarbeiten? Welche Daten gibt man weiter, was bekommt man dafür, was darf man offenlegen und was nicht? Wann ist man noch Verbündeter, wann nur noch Handlanger und wie weit hat man sich inzwischen aus dem Bündnis entfernt? Paris, Brüssel, London, Washington, Moskau, Peking, Jerusalem, Erbil und nicht zuletzt Athen: Sie alle schicken ihre Abgesandten nach Berlin und sorgen für Bewegung in der Politik – und Stillstand im Straßenverkehr um das Regierungsviertel.

In kaum einer Hauptstadt der Welt liegen Politik und Öffentlichkeit so nah beieinander, treffen sich Politiker und Lobbyisten, Journalisten und Wirtschaftsmanager, Film- und Fernsehleute und Kunstschaffende auf so engem Raum, Tag für Tag, Abend für Abend. Eine Handvoll Restaurants in Berlins Mitte sind publicitywirksame Treffpunkte deutscher und ausländischer Politiker, da sitzen Hollywoodstars und Ministerpräsidenten, deutsche und europäische Parlamentarier, Geheimdienstler und ehemalige US-Präsidenten Tisch an Tisch – zum Erstaunen so mancher ausländischen Beobachter. Die Klassengesellschaft der Politik scheint hier ein Stück weit ausgehebelt. Irgendwie weltoffen und demokratisch, das neue Berlin – und das ist ja auch gut so, für einen Ort mit dieser Geschichte. ◆

Man weiß es noch, kann es sich aber dennoch kaum mehr vorstellen – dass Berlin einst eine geteilte Stadt war und West-Berlin eine ummauerte Insel. Die Frage „Wo verlief die Berliner Mauer?" beantwortet das Hauptstadtportal berlin.de anhand von Luftaufnahmen mit eingezeichnetem Grenzverlauf: berlin.de/mauer/luftbild

Das Couplet von Otto Reutter, auf das sich unser Autor Stefan Aust in der Überschrift zu seinem Essay bezieht, sowie zahllose weitere Lieder des großen Berliner Entertainers (1870 bis 1931) gibt es zum Anhören hier: otto-reutter.de/index.php/couplets

PRIVAT

Irena Nalepa ist im Kunsthandel tätig. Sie war Gründerin der Galerie Nalepa und Geschäftsführerin der Galerie Schoen+Nalepa in Berlin. Für den HAUPTSTADTBRIEF sprach sie mit dem Künstler Albert Merz, dessen Arbeiten derzeit parallel in der Kommunalen Galerie Berlin und in der Kirche am Hohenzollernplatz zu sehen sind.

Nur das Allgemeingültige hat Bestand

Der Künstler Albert Merz ist angekommen in seiner Kunst – und weiter auf der Suche. Zwei Ausstellungen zeugen davon | Von Irena Nalepa

NALEPA: Sie kommen ursprünglich aus der Schweiz und leben nun schon seit 35 Jahren in Berlin. Von 1980 bis 1985 haben Sie an der damaligen Hochschule der Künste bei Horst Hirsig studiert. Seither ist viel passiert in Ihrer Kunst. Die figurativen Menschen- und Tierdarstellungen von einst, die intensiven Farben sind aus Ihren Bildern verschwunden. Sind Sie heute, mit 72 Jahren, künstlerisch angekommen?

MERZ: Ja, ich empfinde das so. Früher war Kunst für mich auch Selbsttherapie. Dann habe ich aber begriffen, dass nur das Allgemeingültige Bestand hat. Das Therapeutische ist lediglich temporär genießbar. Wenn man mit der Kunst gewissermaßen verehelicht ist, verändert sie sich in dem Maße, wie man selbst älter und – ich wage das jetzt mal zu sagen – reifer wird. Sie wächst sozusagen mit. Meine Malerei wurde im Laufe dieses Prozesses einfacher – nicht zu verwechseln indessen mit simpel. Sie ist konzentrierter geworden. Wie eine Quintessenz aus dem alchemistischen Labor: fünfmal destilliert.

PRIVAT

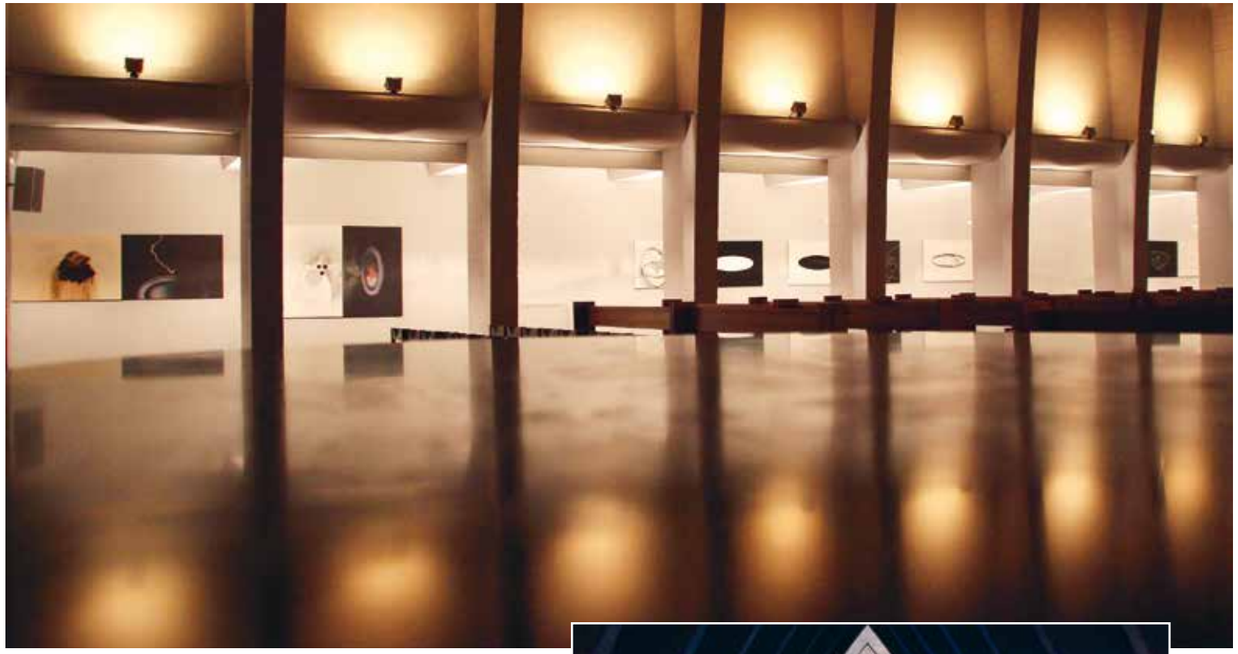
Der Künstler Albert Merz in seinem Atelier – in dem er, nach eigenen Angaben, zu Werk geht wie ein Alchemist in seinem Laboratorium.

Das scheint mir eine gute Metapher für Ihre Arbeit, für Ihre geheimnisvollen Bildwelten zu sein.

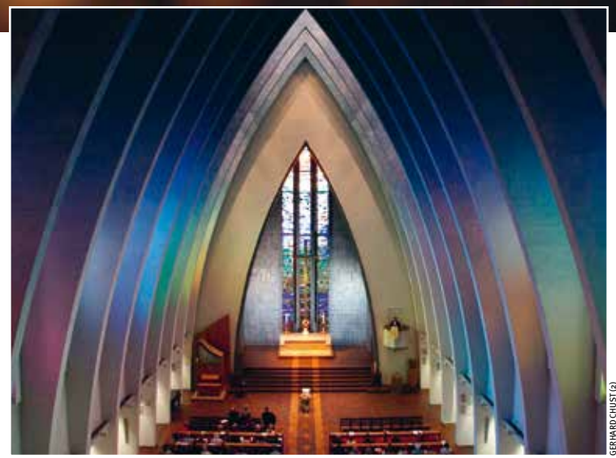
Ich habe mich sehr früh schon als Alchemist begriffen und mich mit den Schriften von Carl Gustav Jung und Sigmund Freud befasst. Ich hatte immer eine Neigung zum Schamanismus und zum Magischen, zum Rituellen – als Heimwehschweizer.

Die Ausstellung „Anatomie der Farbe“ ist im nüchtern-weißen Ambiente der Kommunalen Galerie nahe dem Fehrbelliner Platz in Wilmersdorf zu sehen, Ihr Zyklus „Salome – Anatomie eines Tanzes“ dagegen an einem sakralen Ort, der unweit davon gelegenen Kirche am Hohenzollerndamm. Wie war das für Sie, Ihre Bilder dort zu erleben, bei einem Gottesdienst in Anwesenheit des Bischofs der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg Markus Dröge?

Die „Salome“ passt, wegen ihres neutestamentlichen Themas, gut in eine Kirche. (Salome gehört laut Markusevangelium zu den Frauen, die der Kreuzigung Jesu beiwohnten; eine zweite, fiktionale Salome ist später, nach Markus und Matthäus, als illegitime Ehefrau des Herodes in die Geschichte von Johannes dem Täufer projiziert und mit dessen Ermordung in Verbindung gesetzt worden – Anm. d. Red.) Ich habe gleich gemerkt, dass dort die Türen offen standen. Wobei ich „Salome“ allerdings nicht nur als religiöse Figur sehe, sondern auch als eine politische Thematik. Die Mischung aus Politik und Sex, Hinterhältigkeit und Intrige, die sich darin verbirgt, ist ein allgemeingültiges Thema. Dass man etwas so Irdisches in einer Kirche ausstellen kann und darf, finde ich sehr bereichernd. Diese Kirchenbegegnung hat etwas Erhebendes für mich. Ich bin nicht kirchlich gebunden – aber in Cham, im Kanton Zug in der Schweiz, steht auch schon ein Andachtsraum von mir.



Die Kirche am Hohenzollerndamm liefert den erhabenen Rahmen für den achtteiligen Zyklus „Salome – Anatomie eines Tanzes“, in dem sich der Künstler mit einem Gemälde von Lucas Cranach dem Älteren auseinandersetzt, das Salome mit dem Haupt Johannes des Täufers zeigt. Die acht Bilder des Zyklus bestehen jeweils aus zwei Teilen.



GERHARD CHUST (2)

Sie haben der biblischen Geschichte von Salome zeitgenössischen Ausdruck verliehen in einer siebenteiligen Serie zweiteiliger Tafeln, fast monochrom in Schwarz und Weiß gehalten. Warum?

Ich habe ein Gemälde von Lucas Cranach dem Älteren aus dem 16. Jahrhundert nachgemalt und nachempfunden. Es ist ein verstörendes und erhellendes Bild: Dieses liebliche Mädchen, Salome, naiv lächelnd, ein bisschen unsicher vielleicht, hält eine Schüssel mit dem Kopf des Johannes in der Hand, blutend. Sie trägt die Schüssel wie einen Früchtekorb. Und mir wurde bewusst, wie alt und gleichzeitig überzeitlich präsent diese Thematik ist. Der Mensch ist eben nicht viel besser geworden seitdem – anders vielleicht, aber nicht wirklich besser.

Die Brutalität des Themas und der Darstellung in Cranachs Gemälde erfährt durch Ihre

ALBERT MERZ

Die Ausstellung „Anatomie der Farbe“ in der Kommunalen Galerie dominieren intensive Farben und abstrakte Formen. Eigens für die Ausstellung entstand die Reihe „Still“ in Pink und Orange auf schwarzem Grund. Ebenfalls extra für die Ausstellung fertigte der Künstler eine großformatige Wandarbeit für das Foyer.

malerische Transformation eine Veränderung zu etwas wie „Reinheit“ hin, finde ich.

Genau! Da sprechen Sie etwas sehr Wichtiges an. Das Erste, was ich machen wollte, als ich mich mit dem Gemälde auseinandersetzte, war: mit Blut antworten. Aber dann habe ich gedacht: Nein, das geht nicht. Das ist keine Verarbeitung, das ist nur Ableiten von Emotionen. Ich möchte etwas Allgemeingültiges schaffen, also gehe ich das Ganze kühl und analytisch an. Nur so können wir weiterkommen, über eine bedachte Handlung und Haltung. Und so habe ich das Blut rausgenommen. Nun ist silberne Farbe darauf. Gut, das ist auch Symbol – für Geld, für Silberlinge –, aber es ist nicht mehr Kampf und Gegenschlag. Darum heißt es ja auch: Anatomie eines Tanzes.

Sie malen also wie ein Alchemist?

Ja, der Alchemist geht ins Labor, ich gehe ins Atelier. Man geht da hin, bringt sich Material mit – oder es liegt schon da – und versucht, daraus etwas zu machen.

Ist auch der neue Bilderzyklus in der Kommunalen Galerie so entstanden?

Ich muss sagen: Die neuen Bilder sind mir eigentlich nicht eingefallen, sie sind mir passiert. Das purzelte aus mir heraus. Anfangs, bei den ersten Bildern, habe ich erst selbst gestaunt, dass ich das gemacht haben soll. Ich war irritiert. Das ist doch gar nicht Merz, dachte ich zunächst. Aber die Bilder haben mir gut gefallen, und ich habe sie weiterentwickelt, bis plötzlich alles in sich wieder stimmig wurde.

Wie geht es weiter in Ihrer Malerei? Lassen Sie sich treiben, oder gibt es eine Unruhe des Wohin?

Die neuen Bilder machen mich ein bisschen unruhig. Es ist für mich selbst auch völlig offen, wie das weitergeht. Aber ich bin bereit für die Herausforderung. ◆

Albert Merz: Anatomie der Farbe. Kommunale Galerie Berlin, Hohenzollerndamm 176, 10713 Berlin. Bis 16. August 2015, geöffnet Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr, Mittwoch 10 bis 19 Uhr, Sonntag 11 bis 17 Uhr. Eintritt frei. www.kommunalegalerie-berlin.de

Albert Merz: Salome – Anatomie eines Tanzes. Kirche am Hohenzollernplatz, Nassauische Straße 66, 10717 Berlin. Bis 25. Oktober 2015, geöffnet Dienstag, Donnerstag und Freitag 14 bis 18 Uhr, Mittwoch und Samstag 11 bis 13 Uhr. Eintritt frei. www.stiftung-stmatthaeus.de

Die neuen, derzeit gezeigten Bilder von Albert Merz stellen zum Teil eine markante Fortentwicklung seines Stils dar – zurückverfolgen lässt sich die Entwicklung anhand der Arbeiten von 2002 bis heute auf seiner Website: albert-merz-berlin.de

PRIVAT

Dr. Peter Funken ist Kunstvermittler und Kurator der Kunstmesse *Berliner Liste*, die im September 2015 zum zwölften Mal stattfinden wird. Für den HAUPTSTADTBRIEF hat er sich die Ausstellung „Impressionismus – Expressionismus. Kunstwende“ in der Alten Nationalgalerie angesehen.

Gemeinsames Merkmal: Modernität

Impressionismus und Expressionismus haben mehr Verbindendes und Verwandtes, als gemeinhin angenommen | Von Peter Funken

Derart Seite an Seite sah man sie bisher noch nie in einer gemeinsamen Ausstellung, die beiden großen europäischen Kunstrichtungen des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts: den Impressionismus und den Expressionismus. Zu viel schien sie zu unterscheiden: hier der Impressionismus mit seinen Licht- und Farbenspielen, eine lebensbejahende Kunst aus Frankreich voller Esprit und Charme, dort der Expressionismus aus Deutschland, farbintensiv und ausdrucksvoll, aber auch melancholisch und karikierend und die Katastrophen des 20. Jahrhunderts vorausahnend.

Dass solch schematische Zuweisung der näheren Betrachtung nicht standhält, ist keine neue Erkenntnis – doch kaum jemals ließ sich so augenfällig die geläufige Einstellung prüfen, was den „Im“ vom „Ex“ unterscheidet, wie derzeit anhand von hervorragenden Bildbeispielen in der Alten Nationalgalerie. Die Ausstellung „Impressionismus – Expressionismus. Kunstwende“ zeigt 160 Meisterwerke beider Stilepochen, überwiegend von französischen und deutschen Künstlern, vergleichend kombiniert und zuweilen konfrontiert.

„Bei genauer Betrachtung, und die ermöglicht die Ausstellung wunderbar, lässt sich feststellen, wie fließend die Übergänge tatsächlich sind.“

Der Impressionismus beginnt um 1870 mit der Malerei von Claude Monet, Pierre-Auguste Renoir und Edouard Manet in Frankreich, seit Anfang der 1980er-Jahre übernehmen ihn die deutschen Künstler Lovis Corinth, Max Liebermann und Max Slevogt. Zuerst galt „Impressionist“ geradezu als Schimpfwort – dann aber, mit Wirkung bis heute, wandelte sich der anfangs geschmähte Stil zum Inbegriff des Kunstschönen.

Mit dem Expressionismus entwickelte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine markante Gegenbewegung dazu – die zunächst um 1908 in Frankreich mit der Malerei der „Fauves“, der „Wilden“, Fahrt aufnimmt und alsbald in ganz Europa, vor allem aber in Deutschland, Furore macht. Insbesondere die „Brücke“ (gegründet von Ernst Ludwig Kirchner, Fritz Bleyl, Erich Heckel und Karl Schmidt-Rottluff), „Der Blaue Reiter“ (Wassily Kandinsky und Franz Marc) sowie die Rheinischen Expressionisten um August Macke repräsentieren diesen Kunststil.

Bei genauer Betrachtung lässt sich feststellen, wie zahlreich die Übereinstimmungen und Verwandtschaften zwischen Impressionismus und Expressionismus tatsächlich sind und wie fließend die Übergänge zwischen den beiden Strömungen. Es verbindet sie der Wille zum antiakademischen Affront, die Hochschätzung der Freilichtmalerei (die seit der Erfindung industrieller Farbtuben 1841 einfacher und praktischer geworden war),

BPK/STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN, NATIONALGALERIE/JÖRG P. ANDERS (2)

Bilderpaare wie „Im Wintergarten“ von Edouard Manet von 1878/79 und „Doppelbildnis“ von Max Pechstein von 1920 machen die fließende Fortentwicklung vom Impressionismus zum Expressionismus deutlich.

die direkte Umsetzung unmittelbarer Farb- und Lichterlebnisse und die Hinwendung zum Alltagsleben in der Darstellung der Großstadtwelt. Zudem waren Subjektivität und individueller Ausdruck für die Künstler beider Strömungen positiv besetzte Werte.

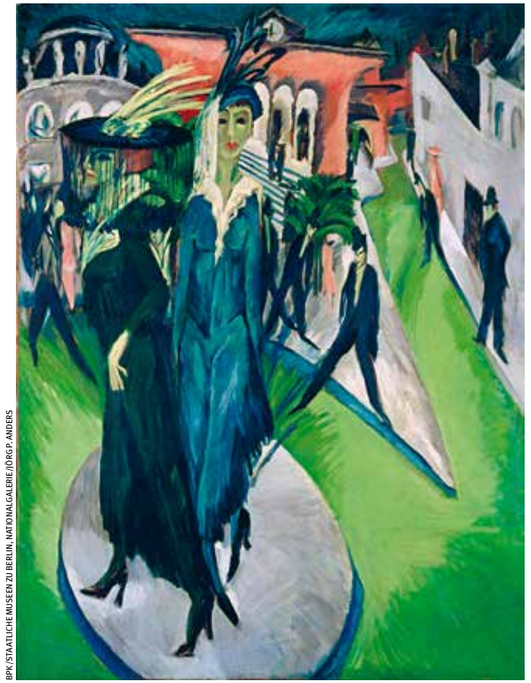
Unter thematischen Überschriften wie „Badende“, „Beziehungen“, „Vision Krieg 1913“ oder „Im Grünen“ und „Stadt/Vorstadt/Passanten“ entsteht ein komplexes Abbild der Realität vor und nach der Jahrhundertwende, die geprägt war von massiver gesellschaftlicher Veränderung, technischen Neuerungen und einer immensen kulturellen Dynamik. Es ist die Zeit der „Kunstwende“, des Übergangs vom Im- zum Expressionismus – der Begriff geht auf den Berliner Galeristen Herwarth Walden zurück, der damit

THE METROPOLITAIN MUSEUM OF ART/ART RESOURCE, NY.

Als die Städte zu Metropolen wurden: „Der Boulevard Montmartre an einem Wintermorgen“ von Camille Pissarro von 1897 und „Potsdamer Platz“ von Ernst Ludwig Kirchner von 1914 bilden das sich wandelnde urbane Lebensgefühl ab.

auf eine ästhetische Veränderung hinwies, die nicht nur aus Brüchen, sondern auch aus folgerichtigen Entwicklungen entstand. Denn mit der Erfindung und Einführung von Automobil, elektrischer Beleuchtung und Fototechnik entwickeln sich damals nicht nur neue Lebensweisen, sondern auch neue, oft radikale Wahrnehmungs- und Darstellungsformen.

Dass die Industrialisierung Millionenstädte entstehen ließ, dass der Zeittakt beschleunigt wurde – das erst bildete die Voraussetzung für eine Kunst, die von den sich ausweitenden Erfahrungs- und Ausdrucksmöglichkeiten des Individuums zu berichten wusste wie im Impressionismus, aber auch von neuen Ängsten, von Anonymität und Isolation in der modernen Zeit, oft abgebildet von den Expressionisten. Ebenfalls von Einfluss war, dass die Fotografie jener Zeit die Malerei von ihrer sie lange bestimmenden Dokumentationsaufgabe entband, weil sie diese Funktion ersetzte. So erhellend die Ausstellung ist, auf derlei Zusammenhänge gehen die begleitenden Texte leider zu wenig ein – die



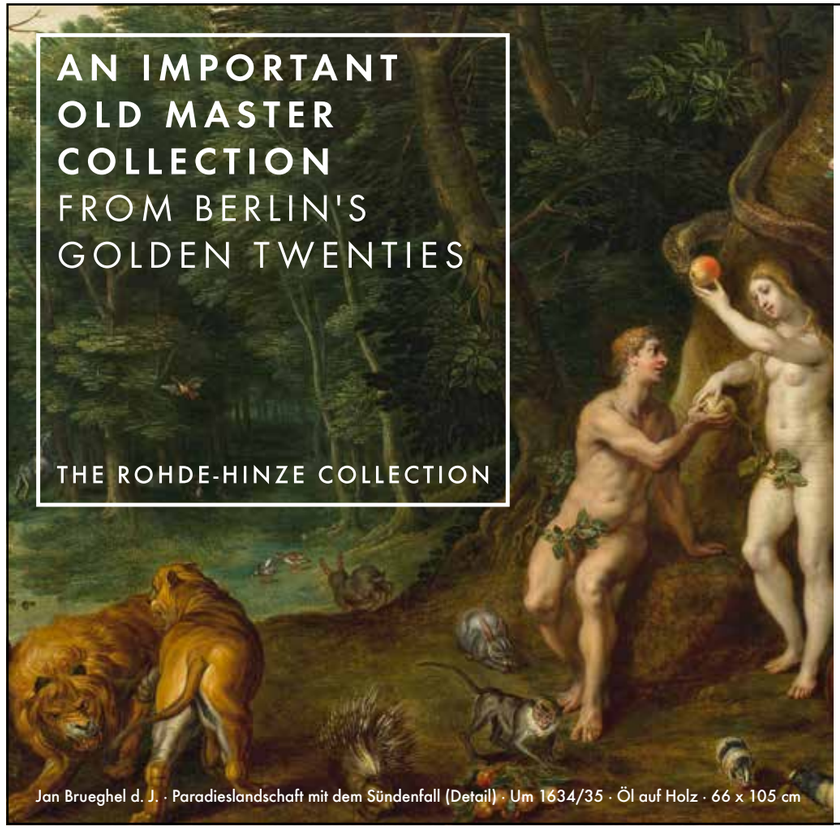
BPK/STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN, NATIONALGALERIE/JÖRG P. ANDERS

Verknüpfung gesellschaftlicher, technischer und kultureller Entwicklung kommt zu kurz.

Die überwiegende Zahl der Arbeiten stammt aus dem reichen Berliner Museumsbesitz. Schon früh, seit 1896, erwarb die Nationalgalerie unter ihrem Direktor Hugo von Tschudi die erste Museumssammlung impressionistischer Bilder, noch vor Paris und anderen Metropolen. Sein Nachfolger Ludwig Justi wiederum trug nach 1918 im ehemaligen Kronprinzenpalais eine berühmte Sammlung von Werken der Expressionisten zusammen. So zeigt die Ausstellung beeindruckende Werke von Ernst Ludwig Kirchner, Erich Heckel, Emil Nolde und Karl Schmidt-Rottluff. Weitere wichtige Exponate von Paul Cezanne, Edgar Degas und der Impressionisten Pierre-Auguste Renoir und Camille Pissarro wurden aus Zürich, Wien, Brüssel und Paris entliehen, seltene Werke der Expressionisten August Macke und Franz Marc aus deutschen Museen.

„ImEx – Kunstwende“ ist eine brillante Bilderschau, die sich an ein breites Publikum wendet (was sich allerdings auch an der Länge der Warteschlange vor dem Museum zeigt). Die Ausstellung vermittelt ein zwar wissenschaftlich bekanntes, aber der Öffentlichkeit so deutlich bisher nie präsentiertes Geflecht von Verbindungen und Beziehungen zwischen zwei äußerst populären Kunstrichtungen – deren gemeinsames Credo Max Liebermann auf den Punkt brachte, als er sagte: „Eine gut gemalte Rübe ist besser als eine schlecht gemalte Madonna.“ ◆

Impressionismus – Expressionismus. Kunstwende. Alte Nationalgalerie, Museumsinsel, Bodestraße 1-3, 10178 Berlin. Bis 20. September 2015, geöffnet: Dienstag, Mittwoch und Sonntag 10 bis 18 Uhr, Donnerstag, Freitag und Samstag 10 bis 20 Uhr. Eintritt 12 Euro, ermäßigt 6 Euro, VIP-Ticket (ohne Wartezeit, online buchbar) 30 Euro. www.imexinberlin.de



Jan Brueghel d. J. · Paradieslandschaft mit dem Sündenfall (Detail) · Um 1634/35 · Öl auf Holz · 66 x 105 cm

AUKTIONEN IN BERLIN
3. Juli (Gemälde)
4. Juli (Angewandte Künste)

VORBESICHTIGUNG
27. Juni bis 2. Juli 2015

Frans van Bloemen
Bartholomeus Breenbergh
Jan Brueghel d.J.
Bartholomäus Bruyn
Mirabello Cavalori
Jacob Duck
Anthonis van Dyck
Lavinia Fontana
Pier Francesco Foschi
Willem Key
Jan Miense Molenaer
Jacob van Ruisdael
Salomon van Ruysdael
Marten Stoop
David Teniers d.J.
Sebastian Vrancx
Philips Wouwerman u.a.

Katalogbestellung:
orangerie@villa-grisebach.de

Villa Grisebach Auktionen GmbH
Fasanenstraße 25 · 10719 Berlin
Telefon +49-30-885 915-0
www.villa-grisebach.de

GRISEBACH

KPM KÖNIGLICHE PORZELLAN-MANUFAKTUR BERLIN GMBH
FLAGSHIPSTORE · OUTLET · ERLEBNISWELT WEGELYSTRASSE 1 10623 BERLIN

KURFÜRSTENDAMM 27
10719 BERLIN

FRIEDRICHSTRASSE 158
10117 BERLIN

ROSENTHALER STR. 40–41
10178 BERLIN

BRANDENBURGER STR. 3
14467 POTSDAM

KPM ONLINESHOP
WWW.KPM-BERLIN.COM